

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Philosophische Fakultät
Sozialwissenschaftliches Institut
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Wasilios Rodoniklis

**„Politisches Interesse von Jugendlichen:
Eine empirisch-vergleichende Untersuchung in den
Landeshauptstädten Düsseldorf und Stuttgart“**

Impressum

Hiermit erklärt der Verfasser, Wasilios Rodoniklis, geb. am 16.09.1978 in Stuttgart - Bad Cannstatt, dass die vorliegende Masterarbeit ‚Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine empirisch-vergleichende Untersuchung in den Landeshauptstädten Düsseldorf und Stuttgart‘ selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt und alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Schriften entnommen sind, als solche kenntlich gemacht hat.

Erscheinungsjahr: 2009

Erscheinungsort: Düsseldorf, Stuttgart

Diese Publikation wurde als Abschlußarbeit im Masterstudiengang Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität verfasst.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	S. 4
2. Relevanz der Untersuchung und Forschungsvorhaben.....	S. 6
3. Theoretische Grundlage.....	S. 9
3.1 Kinder- und Jugendpartizipation.....	S. 13
3.2 Gesellschaftliche Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation.....	S. 20
3.3 Rechtsformen und rechtliche Grundlagen für Kinder- und Jugendpartizipation.....	S. 24
3.4 Modelle und Formen politischer Kinder- und Jugendpartizipation.....	S. 27
4. Die Städte Düsseldorf und Stuttgart im Vergleich.....	S. 31
4.1 Soziodemografische Merkmale und räumliche Gliederung.....	S. 32
4.2 Rechtliche Grundlagen für politische Kinder- und Jugendpartizipation in Düsseldorf und Stuttgart.....	S. 35
4.2.1 Rechtliche Grundlagen in Düsseldorf.....	S. 36
4.2.2 Rechtliche Grundlagen in Stuttgart.....	S. 38
4.3 Struktureller Aufbau der Partizipationsmöglichkeiten.....	S. 40
4.3.1 Struktureller Aufbau des Jugendrates in Düsseldorf.....	S. 40
4.3.2 Struktureller Aufbau der Jugendräte in Stuttgart.....	S. 41
5. Stand der Forschung und Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt.....	S. 43
„Politisches Interesse Jugendlicher in Düsseldorf“.....	S. 43
6. Empirisch-vergleichende Untersuchung: „Politisches Interesse von Jugendlichen in den Landeshauptstädten Düsseldorf und Stuttgart“.....	S. 47
6.1 Methodisches Vorgehen.....	S. 48
6.1.1 Methodenwahl.....	S. 48
6.1.2 Stichprobe.....	S. 49
6.1.3 Fragebogen.....	S. 53
6.2 Hypothesenbildung.....	S. 59
6.2.1 Dimension der politischen und sozialen Teilhabe.....	S. 59
6.2.2 Dimension des politischen Interesses.....	S. 61
6.2.3 Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung.....	S. 63
6.2.4 Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung.....	S. 65
6.3 Datenerhebung.....	S. 67
6.4 Datenauswertung.....	S. 69
6.4.1 Codierung.....	S. 69
6.4.2 Generelle Ergebnisse der Untersuchung.....	S. 71
6.4.3 Hypothesenüberprüfung Dimension der politischen und sozialen Teilhabe.....	S. 86
6.4.4 Hypothesenüberprüfung Dimension des politischen Interesses	S. 89
6.4.5 Hypothesenüberprüfung Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung.....	S. 93
6.4.6 Hypothesenüberprüfung Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung.....	S. 95
7. Fazit und Ausblick.....	S. 97
8. Literatur.....	S. 101
8.1 Internetquellen.....	S. 107
8.2 Abbildungsverzeichnis.....	S. 108

*Johann Wolfgang von Goethe (1749 - 1832):
„Das Schicksal jedes Volkes und jeder Zeit hängt
von den Menschen unter 25 Jahren ab.“*

1. Einleitung

Das Zitat von Goethe spricht Bände. Bereits er erkannte die politische Bedeutung des jüngeren Teils einer Gesellschaft für die Bevölkerung. Nichtsdestotrotz kann man heutzutage zu Recht die Frage stellen: Jugend und Politik - passt das zusammen?

Seit langem beschäftigt genau diese Frage Wissenschaftler¹, Parteien, Politiker, Pädagogen und andere Personen, die mit den Themenbereichen Jugend, Bildung und Politik zu tun haben. Sie setzen sich unter anderem mit den Fragestellungen auseinander, ob und inwieweit Kinder und Jugendliche sich für politische Themen interessieren, sich politisch engagieren oder sich auch an politischen Willensbildungsprozessen aktiv beteiligen sollten.

Aus rechtlichen Gründen dürfte sich diese Frage eigentlich überhaupt nicht stellen lassen. Völkerübergreifend regelt die UN-Kinderrechtskonvention seit knapp zwanzig Jahren als erste allgemeine, völkerrechtliche Grundlage die menschenrechtlichen Ansprüche der Kinder und Jugendlichen. Artikel 12 der Konvention legt fest, dass minderjährige Kinder und Jugendliche der unterzeichnenden Vertragsstaaten, die fähig sind, eine Meinung zu bilden, das Recht zugesichert werden muss, sich in allen sie selbst betreffenden und berührenden Angelegenheiten äußern zu können und entsprechend ihres Alters und ihrer Reife mitzubestimmen.²

Eigentlich müsste dadurch für alle Unterzeichnerstaaten klargestellt sein, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in bestimmten Entscheidungsprozessen gewährleistet werden muss und verpflichtend gilt. In der politischen Wirklichkeit sieht dies jedoch grundsätzlich anders aus. Viele Sachverhalte werden seit Jahren, die Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Familienpolitik betreffend, auf landes- und bundespolitischer Ebene entschieden, ohne dass die betreffende Bevölkerungsgruppe hierzu Stellung beziehen darf. Weshalb wird aber dieser Status Quo so lange schon beibehalten?

Auf der einen Seite gibt es die Fürsprecher von politischer Partizipation³ Jugendlicher, die der Meinung sind, dass man Kindern und Jugendlichen nur den Raum für politische Beteiligung geben muss, damit man ihr politisches Interesse und Engagement aktiviert. Gibt man ihnen Orientierung und Halt durch Erwachsene, werden sie politisch aktiv und möchten

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird keine geschlechtergerechte Sprache verwendet. Mit allen Bezeichnungen in maskuliner Form sind auch Frauen gemeint.

² Die UN-Kinderrechtskonvention ist eine erste allgemeine, völkerrechtliche Grundlage, die die menschenrechtlichen Ansprüche der Kinder und Jugendlichen regelt. Auf weitere Details wird im Kapitel 3.3 eingegangen.

³ Die Begriffe ‚Partizipation‘ und ‚Beteiligung‘ werden nachfolgend in dieser Arbeit als gleichbedeutende Synonyme genutzt.

bei Entscheidungen ‚mitreden‘. So erlernen sie demokratisches Denken und Handeln. Bei dementsprechendem Erfolg und der dazugehörigen Anerkennung fühlen sie sich wie ein Teil dieser Gesellschaft, in der sie durch Erwachsene als gleichwertige Partner angesehen und auch ernst genommen werden. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die behaupten, dass Kinder und Jugendliche politikverdrossen, eine hedonistische Spaßgesellschaft darstellen und so oder so eine ‚Null-Bock-Mentalität‘ in allen Belangen aufweisen. Politisches Interesse, Engagement, geschweige denn Beteiligung ist deren Ansicht nach ein Tabu-Thema für Kinder und Jugendliche. Doch kann man letztere Behauptung tatsächlich so stehen lassen?

Ob heranwachsenden Menschen der rechtliche sowie strukturelle Rahmen mit konkreten Entscheidungsmöglichkeiten zur politischen Beteiligung gewährt wird und in welchem Umfang sie diese Rahmenbedingungen nutzen, sind Fragen, die im Laufe dieser Arbeit beantwortet werden sollen.

Die Studie stützt sich auf das in 2008 durchgeführte Forschungsprojekt ‚Politisches Interesse von Jugendlichen in Düsseldorf‘⁴. Anhand einer umfassenden Befragung in Düsseldorfer Schulen wurde untersucht, wie es um das politische Interesse von Jugendlichen in Düsseldorf steht und mit welchen Maßnahmen und Personen, dieses gefördert und unterstützt werden kann. Dabei konnten interessante Ergebnisse gewonnen werden, die einen detaillierten Blick auf Düsseldorfer Jugendliche und ihr politisches Bewusstsein ermöglichen.⁵

In der vorliegenden Untersuchung soll nun ein weiterer Schritt getan und das politische Interesse in Bezug auf eine der möglichen Partizipationsformen in den Städten Düsseldorf und Stuttgart untersucht und verglichen werden. Detaillierte Informationen gibt es hierzu im nachfolgenden Kapitel, um dann auf das theoretische Fundament und die bestehenden strukturellen Voraussetzungen für Kinder- und Jugendbeteiligung in den beiden Landeshauptstädten einzugehen.

Im zweiten Teil wird auf das methodische Vorgehen und die Ergebnisse der mit den Jugendlichen aus den beiden Landeshauptstädten durchgeführten Studie eingegangen, bevor diese dann mit der Analyse der Erhebung, dem Fazit und einem Ausblick abgeschlossen wird.

⁴ Das Forschungsprojekt ‚Politisches Interesse von Jugendlichen in Düsseldorf‘ wurde in Gruppenarbeit von Oliver Nieto-Tröger, Wasilios Rodoniklis, Jens Weisheit und Daniel Zander im Rahmen der Masterstudiengänge ‚Sozialwissenschaften‘ und ‚Politische Kommunikation‘ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Sommersemester 2008 durchgeführt.

⁵ Ein Überblick zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts wird in Kapitel 5 vorgestellt.

2. Relevanz der Untersuchung und Forschungsvorhaben

Die vorliegende Arbeit basiert auf die im Rahmen eines Forschungsprojekts im Frühjahr 2008 durchgeführte Untersuchung mit 585 Schülern zum Thema ‚Politisches Interesse von Jugendlichen: Eine Fallstudie in Düsseldorf‘. In Kooperation mit dem Amt für Statistik und Wahlen Düsseldorf wurden Jugendliche an mehreren Düsseldorfer Schulen mittels eines standardisierten Fragebogens befragt. Abgesehen von Realschulen wurden sämtliche Schulformen für die Untersuchung gewonnen, um so an eine größtmögliche Bandbreite von Jugendlichen innerhalb der Stichprobe zu gelangen. Eine repräsentative Stichprobe konnte hier jedoch nicht gewährleistet werden.⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Projektarbeit aufschlussreiche Ergebnisse geliefert hat, die sich zumeist mit den Ergebnissen anderer Studien aus dem Bereich ‚Jugend und Politik‘ decken. Jugendliche sind an gesellschaftlichen Themen wie Umwelt, Menschenrechte und Frieden interessiert, engagieren sich aber eher in unkonventionellen und kurzfristigen Formen sozialen Engagements, ohne politische Beteiligung aufzuzeigen. Man kann sie somit nicht als politisch desinteressiert bezeichnen, doch kann man eine Verdrossenheit gegenüber politischen Akteuren erkennen, die sie davor abschreckt, sich in politischen Organisationen, Parteien oder Institutionen mitzuwirken. In Jugendstudien, wie bspw. die Shell-Studien und das Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts wurden ähnliche Ergebnisse gewonnen. Konkrete Maßnahmen, wie das politische Interesse von Jugendlichen gefördert werden kann, konnten aus der Untersuchung leider nicht gewonnen werden. Sie gaben zwar an, dass politische Themen leicht verständlich und am besten über elektronische Medien oder in der Schule vermittelt werden sollten, jedoch konnten diesbezüglich keine genauen Erkenntnisse gewonnen werden.⁷

Gerade der Blick auf das politische Interesse, die politische Einstellung und das soziale oder politische Engagement der Jugendlichen ist von elementarer Bedeutung für demokratische Gesellschaften, da diese für Entscheidungsprozesse deren Unterstützung als Interessensvertreter der heranwachsenden Generation benötigen. Nur über den Einbezug dieser Generation kann langfristig und nachhaltig für die Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems gesorgt werden.⁸

Da als maßgebliche Einflussfaktoren auf die politische Beteiligung von Bürgern das individuelle politische Interesse und ihre jeweilige Einstellung gegenüber dem politischen System, den Institutionen, den Akteuren und deren Entscheidungen eine überaus wichtige

⁶ Vgl. Nieto-Tröger, Oliver/Rodoniklis, Wasilios/Weisheit, Jens/Zander, Daniel (2008): Politisches Interesse von Jugendlichen: Eine Fallstudie in Düsseldorf. Unveröffentlichte Projektarbeit an der Heinrich-Heine-Universität. Düsseldorf, S. 6

⁷ Vgl. ebd., S. 91

⁸ Vgl. Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9. aktualisierte Auflage. München, S. 150 ff.

Rolle spielen, wird in dieser Untersuchung wiederum das Augenmerk auch das Vertrauen in die genannten Akteure erforscht. Besonders hervorgehoben wird in dieser Untersuchung die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit den für sie geltenden Partizipationsmöglichkeiten der Jugendräte, -parlamente, -foren, etc. Ausgehend von der Feststellung, dass ein Bürger seine Rechte und Pflichten erst dann beansprucht, wenn er dazu auch rechtlich befähigt wird, soll ermittelt werden, ob sich das politische Interesse Jugendlicher mit der Bereitstellung von verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten gefördert und erhöht wird.

Allein die Möglichkeit, das grundlegendste Partizipationsmittel einer Demokratie, nämlich das Wählen, nutzen zu können, erhöht die Fähigkeit eines Bürgers, sich mit politischen Zusammenhängen auseinandersetzen und kann sich auf das politische Interesse unterstützend auswirken. Besonders die politische Integration und Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann die demokratische Stabilität einer Gesellschaft sichern. Wird ihnen der Sinn demokratischer Grundüberzeugungen bewusst gemacht, wird das Funktionieren einer Demokratie langfristig gesichert.⁹

Im Bereich der Jugendpartizipation und der Förderung des politischen Interesses führt die Landeshauptstadt Düsseldorf erst seit knapp vier Jahren das Projekt-Konzept ‚Junior-Wahlen‘ durch. Eine sinkende Wahlbeteiligung sowie ein unbefriedigender Wissens- und Informationsstand in den Bereichen ‚Politik- und Sozialwissenschaften‘ bei den Schülern, veranlasste den Schulausschuss dazu, diesem Phänomen mit mehreren Maßnahmen entgegenzuwirken. Neben dem Projekt wurde im Jahr 2007 schließlich der erste gesamtstädtische Jugendrat der Stadt von Jugendlichen gewählt.¹⁰

Stuttgart hingegen ist ein Musterbeispiel von Kinder- und Jugendpartizipation. Bereits 1995 gab es hier als erste bundesdeutsche Großstadt mit über 500.000 Einwohnern nach Wahlen die Bildung von Jugendräten. Mittlerweile bestehen in fast allen der 23 Stadtbezirke Jugendräte, die sich auch auf gesamtstädtischer Ebene in einem Arbeitskreis beraten und ihre Anliegen bei den Bezirksbeiräten und beim Jugendhilfeausschuss einbringen.

Der Vergleich von Jugendlichen der beiden Städte scheint aufgrund der unterschiedlichen politischen Zugangsvoraussetzungen für Kinder und Jugendlichen zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten interessant zu sein. Sozialstrukturell, bspw. bei der Altersstruktur, der Einwohnerzahl oder dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, handelt es sich ebenfalls um vergleichbare Städte.

Nun kann man für einen Vergleich folgende These aufstellen: In Stuttgart bestehen in einigen Stadtbezirken seit 1995 bis heute von Jugendlichen gewählte Jugendräte. Diese Entwicklung hat sich im Laufe der Zeit in fast alle anderen Bezirke übertragen, so dass sich nach und nach insgesamt 17 Jugendräte gebildet haben, d.h. in nahezu allen Stadtbezirken

⁹ Vgl. Möller, Kurt (1999): Die Stuttgarter Jugendrat-Studie – Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt. Stuttgart. S. 7 f.

¹⁰ Vgl. Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf (2008): Extrakt aus Projekt-Konzept: Junior-Wahlen – In Zukunft mit uns. Wir wollen Mitwirkung mit Wirkung. Düsseldorf, S. 2

haben Jugendliche bereits vor ihrem 18. Lebensjahr die Möglichkeit, ihre Vertreter auf Bezirksebene zu wählen. Sie sind somit mit der bestehenden Möglichkeit aufgewachsen, Demokratie im ‚Kleinen‘ schon relativ frühzeitig zu erleben und erste Erfahrungen zu machen. Nach Pickel ist dies eine wichtige Voraussetzung, um sich als vollwertiger Bürger zu fühlen und gleichzeitig ein größeres politisches Interesse zu entwickeln.¹¹

In Düsseldorf besteht der Jugendrat noch nicht über einen derart langen Zeitraum wie in einigen Stuttgarter Bezirken. Jugendliche haben im Jahr 2007 erstmals die Möglichkeit ihre jugendlichen Vertreter auf Stadtebene zu wählen. Waren sie unter 16 Jahre alt und konnten sie eine Beteiligung bei einer Kommunalwahl nicht vorzeigen, hatten sie somit zum ersten Mal die Aussicht, mit der Wahl ein ‚demokratisches Gefühl‘ zu entwickeln und demokratische Tugenden zu erlernen.

Gerade mit dem Wählen als grundsätzliches Mittel einer Demokratie erlernen heranwachsende Menschen demokratische Tugenden und werden zu wahlberechtigten oder politischen Bürgern sozialisiert. Demnach besteht ein Zusammenhang zwischen ‚Partizipation erfahren‘ und Partizipation oder auch Demokratie ‚erlernen‘. Diese Korrelation kann man als Voraussetzung für die genannte These dieser Untersuchung stellen.¹²

Aufgrund der zeitlichen und der strukturellen Unterschiede müssen das politische Interesse und das politische Engagement in Stuttgart größer sein als bei Düsseldorfer Jugendlichen. Durch Einräumung dieser Möglichkeit über einen längeren Zeitraum und der Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Institutionen und Akteuren haben die Jugendlichen aus Stuttgart ein größeres Vertrauen in diese bzw. zu ihnen.

Fasst man sowohl die Erkenntnisse aus der Primärerhebung des Forschungsprojekts als auch die der anderen Studien zusammen und fügt die Bedingungen für Jugendpartizipation der beiden Städte hinzu, können in zwei Schritten folgende zentrale Forschungsfragen für diese Arbeit zugrunde gelegt werden:

1. Wie ausgeprägt ist das politische Interesse der Jugendlichen in den Landeshauptstädten Düsseldorf und Stuttgart? Wo sind die Jugendlichen politisch interessierter und engagierter? In welcher Stadt besteht ein größeres Vertrauen der Jugendlichen zu politischen Institutionen und Akteuren? Wie beantworten Jugendliche mit Migrationshintergrund diese Fragen?
2. Wissen die Jugendlichen über das Bestehen von Jugendräten in ihrer Stadt bzw. in ihrem Bezirk Bescheid? Wird das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen durch ihre Teilnahme an Wahlen zum Jugendrat und die Ermöglichung zur Teilnahme an der Wahl der eigenen Vertreter erhöht bzw. gefördert?

¹¹ Vgl. Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen. S. 23

¹² Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Gütersloh. S. 50 f.

Da im Laufe dieser Arbeit immer wieder ein Bezug zum Bestehen von Jugendräten und deren Arbeit hergestellt wird, muss an dieser Stelle explizit erwähnt werden, dass nicht die Arbeitsqualität der Jugendräte verglichen und analysiert werden soll, sondern vielmehr, ob die Dauer des Bestehens und die dazugehörigen Strukturen einen Einfluss auf das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen haben.

Anhand der Beantwortung eines standardisierten Fragebogens mit einigen offenen Antwortmöglichkeiten, der mehrere Fragen aus dem Bogen der Primärerhebung beinhaltet und mit weiteren spezifischeren Fragestellungen, die das politische und soziale Engagement sowie das Bestehen von Jugendräten, -parlamenten, und -foren erfragen, sollen Erkenntnisse zur beschriebenen Annahme und Antworten auf die zentralen Forschungsfragen gewonnen werden.

3. Theoretische Grundlage

Um das Forschungsvorhaben realisieren zu können, wird wie in der Projektarbeit auf wichtige theoretische Grundlagen zu dieser Thematik eingegangen. Im theoretischen Rahmen der Projektarbeit wurde ausführlich auf demokratietheoretische Grundlagen, auf politisches Interesse, den Partizipationsbegriff, auf die Lebensphase ‚Jugend‘ aus entwicklungspsychologischer und sozialwissenschaftlicher Sicht sowie die Begrifflichkeit der Politikverdrossenheit eingegangen. Zudem wurde die Thematik ‚Jugend und Politik‘ theoretisch erläutert. An dieser Stelle soll nun angeknüpft und vor allem das Verhältnis von Kinder- und Jugendpartizipation aus verschiedenen Blickwinkeln ergründet werden. Dennoch wird in diesem Abschnitt kurz auf die Bedeutung von politischem Interesse, Partizipation und der Lebensphase Jugend eingegangen.

Politisches Interesse ist für eine demokratische Gesellschaft eine notwendige Voraussetzung, damit politisches Engagement und folglich auch Beteiligung durch die Bürger entstehen kann.¹³ Es kann vor allem vom Grad der persönlichen Betroffenheit bestimmter politischer Entscheidungen und von sozioökonomischen Faktoren wie Bildung, Einkommen und sozialem Status beeinflusst werden. Besonders das Bildungsniveau übt einen starken und positiven Effekt auf das politische Interesse und die Bereitschaft aus, sich mit Politik auseinanderzusetzen.¹⁴

¹³ Vgl. Deth, Jan W. van (2000): Das Leben, nicht die Politik ist wichtig. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Wiesbaden. S. 115 – 135, S. 115

¹⁴ Vgl. Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (2006a): Einleitung. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Bedeutung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden. S. 9-22, S. 13

Politisches Interesse kann sich bei Menschen so auswirken, dass diese sich politisch engagiert und an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt. Spricht man also von politischer Partizipation, bedeutet dies Beteiligung am politischen Prozess, die instrumentell oder normativ gestaltet werden kann. Instrumentelles Handeln ist demnach das zweckrationale Handeln von Menschen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Normatives Partizipieren hingegen meint die Wertigkeit der Möglichkeit, sich zu beteiligen. Man will als Bürger die Freiheit haben, an politischen sowie sozialen Situationen teilnehmen zu können.¹⁵

Partizipation ist neben Öffentlichkeit einer der wichtigsten Grundpfeiler in einer demokratischen Gesellschaft. Beteiligung bedeutet, dass man als Bürger mitgestaltet, mitwirkt und Verantwortung übernimmt. So entwickelt man Selbstvertrauen, stärkt seine eigene Persönlichkeitsentwicklung und identifiziert sich mit seinem Gemeinwesen und dessen Institutionen. Zugleich bildet man ein politisches Bewusstsein und dient zur gesellschaftlichen Integration. Partizipation ist somit ein Mittel der Erziehung zur Demokratie und bedeutet weitaus mehr als lediglich Teilhabe.¹⁶

Bereits im Bericht des Forschungsprojekts wurde ausführlich auf den Begriff Partizipation eingegangen. Dennoch wird an dieser Stelle kurz erläutert, was Partizipation genau heißt. Fritz Vilmar unterscheidet dabei drei Stufen. Auf der ersten Stufe hat man als Mensch das Recht und die Möglichkeit der Mitsprache. Auf der zweiten Stufe wird aus Mitsprache die Mitwirkung, die eine Beteiligung an einem Beratungsprozess über gemeinsame Angelegenheiten oder zu treffende Entscheidungen beschreibt. Auf der dritten und letzten Stufe besteht die Mitbestimmung, die einem Bürger die Rechte auf Beteiligung an einem Entscheidungsprozess garantiert.¹⁷

In den letzten Jahrzehnten hat das Leitbild der Bürgergesellschaft zunehmend an politischer Überzeugungskraft gewonnen, in dem es heißt, dass ein Bürger die dargestellten Stufen der Möglichkeiten politischer Teilhabe nutzen soll. Jeder Bürger erhält Teilhabemöglichkeiten, mit denen er auch Verantwortung für Belange des Gemeinwesens übernehmen kann.¹⁸

Auf welchem Wege politische Beteiligung möglich ist, hat Fuchs mit seinem Ausweitungsmodell politischen Handelns in fünf Typen verschiedener Handlungsbereiche beschrieben:

¹⁵ Vgl. Schultze, Rainer-Olaf (2007): Partizipation. In: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. 4. überarbeitete Auflage. München. S. 398 – 400, S. 398.

¹⁶ Vgl. Fatke, Reinhard (2007): Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh. S. 19 - 38, S. 19

¹⁷ Vgl. Vilmar, Fritz (1986): Partizipation. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn. S. 339 – 344, S. 340 f.

¹⁸ Vgl. Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut/Meinhold-Henschel, Sigrid/Biebricher, Martin (2006): Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006. S. 25 - 32, S. 25

- Die einfachste Form politischer Partizipation wie das Wählen oder die Meinungsäußerung beschreibt das *konventionelle Handeln*.
- Ist man aktives Mitglied einer Partei und übernimmt dabei politische Verantwortung, bezeichnet man das als *parteibezogenes Handeln*.
- *Demonstratives Handeln* bezeichnet legale und gewaltlose Meinungsäußerungen, wie z.B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen.
- *Konfrontatives Handeln* beläuft sich auf das Einsetzen illegaler, demonstrativer Mittel wie Straßenblockaden, wilde Streiks, nicht genehmigte Demonstrationen und Hausbesetzungen.
- In die Rubrik des *gewaltsamen Handelns* fallen alle gewalttätig politisch motivierten Aktionen gegen Menschen und Gegenstände.¹⁹

Zum besseren Verständnis des Partizipationsbegriffs sollte man die Typologisierung politischer Beteiligung von Gaiser und de Rijke heranziehen. Die Ausprägungen zwischen dem Ausweitungsmodell von Fuchs und dieser Typologisierung überschneiden sich, jedoch kann man sich dadurch einen besseren Überblick über den Partizipationsbegriff machen. Im Einzelnen sieht die Typologisierung so aus²⁰:

- *Verfasste vs. unverfasste Partizipation:*
 - verfasste Formen werden im institutionellen Kontext verstanden, bspw. im Wahlgesetz oder in der Wahlordnung; die dazugehörigen Handlungen sind das Wählen gehen oder die Teilnahme an Streiks,
 - unverfasste Formen sind außerhalb des institutionellen Rahmens, mit denen man, bspw. im Rahmen von Bürgerinitiativen, politische Entscheidungen beeinflussen möchte.
- *Konventionelle vs. unkonventionelle Partizipation:*
 - konventionelle Partizipation beschreibt die verfassten Formen wie das Wählen, die Parteimitgliedschaft oder die Arbeit bei Bürgerinitiativen,
 - unkonventionelle Beteiligung beinhaltet Beteiligung wie das Demonstrieren oder Boykotte.
- *Legale vs. illegale Partizipation:*

Hier handelt es sich um Beteiligungsformen, die zu den unkonventionellen Methoden gezählt werden. Zur legalen Beteiligung werden Demonstrationen und Boykotte gezählt, illegal sind dagegen ziviler Ungehorsam, nicht genehmigte Demonstrationen, wilde Streiks, Hausbesetzungen und politisch motivierte Gewalt gegenüber Dritten.

¹⁹ Vgl. Fuchs, Dieter (1995): Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase. In: Klingemann, Hans-Dieter/Erbring, Lutz/Diederich, Nils (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990. Opladen. S. 135 - 147, S. 137

²⁰Vgl. Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann (2006b): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden. S. 213 - 275, S. 241

Neben der Erfassung der politischen Beteiligung hat das 3. Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts diese mit der sozialen Partizipation ergänzt und die Organisationsform sowie zudem die dazugehörigen Inhalte und Ziele bestimmter Handlungen erfasst.

Die Form der Beteiligung mit der höchsten Verbindlichkeit sind traditionelle Organisationen und Verbände, die sich als Mitgliederorganisationen verstehen. Hier werden neben den politischen Parteien auch Gewerkschaften, Berufsverbände, Wohlfahrtsverbände und Vereine mit Bündelung von privaten Interessen hinzugezählt. Danach werden informelle Gruppen, Initiativen und Organisationen wie Umweltgruppen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Friedensbewegungen auf die nächste Stufe gestellt. Als formal am geringsten organisierte und unverbindlichste Form der Beteiligung gelten Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen, die als freiwilliges und kurzfristiges Engagement verstanden werden.²¹

In Bezug zur Erklärung des Partizipationsbegriffs ist von Bedeutung, dass Partizipation eben nicht nur aus politischer oder sozialer Sicht betrachtet werden darf, sondern neben diesen Dimensionen ein umfassendes Prinzip beschreibt, mit dem die Gesellschaftsmitglieder ihre individuelle Rolle in einer Gesellschaft ausgestalten. Das Paradoxe daran ist, dass die Anforderungen an diesen Beteiligungsgedanken in modernen Gesellschaften ansteigen, jedoch trotzdem ein zunehmender individueller Rückzug an den traditionellen Beteiligungsmöglichkeiten beklagt wird. Bukow sieht Partizipation als den Kern jeder moderner demokratischer Gesellschaft an, in dem der Bürgerschaftsgedanke von zentraler Bedeutung ist.²² Er bezieht sich dabei auf den von Rawls²³ genutzten Partizipationsbegriff, der der Meinung ist, dass die Gesellschaftsmitglieder durch Beteiligung ihre Mitgliedschaft anderen Mitgliedern ausleben und gestalten können. Nach Rawls beruht gesellschaftliche Beteiligung dabei darauf, dass Bürger in einer Gesellschaft in politischen Beziehungen zueinander stehen, in welche sie mit Geburt eintreten und mit dem Tode wieder austreten. Beteiligung geschieht dabei im Rahmen der Beziehungen zwischen freien und gleichen Bürger, die als Kollektiv in letzter Instanz Macht ausüben können. Er ist der Überzeugung, dass gesellschaftliche Partizipation im Rahmen eines Gerechtigkeitskonzeptes arbeitet, das auf Fairness basiert.

Neben der Begriffserklärung und den Grundlagen des politischen Interesses und partizipativen Handelns muss zur elementaren Erläuterung auf die Lebensphase Jugend eingegangen werden. In der theoretischen Grundlage des Projektberichts wurde diese Thematik ausführlich erläutert. Vor allem entwicklungspsychologische und soziologische

²¹ Vgl. ebd.

²² Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich: Zwischen Partizipation und Mitbestimmung. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 171 - 190, S. 173 ff.

²³ Vgl. Rawls 1998, S. 35 ff in Bukow, Wolf-Dietrich: Zwischen Partizipation und Mitbestimmung. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 171 - 190, S. 172

Merkmale wurden hervorgehoben und detailliert dargestellt, da gerade diese Besonderheiten diese Lebensphase prägen.

Nach Hurrelmann ist Jugend die Alterphase im Lebenszyklus eines Menschen, die mit dem Einsetzen der Pubertät beginnt und die Phase des Übergangs von Kindheit zum Erwachsenenalter beschreibt. Demnach sind Jugendliche zwischen zwölf und 27 Jahre alt und weisen typische, als jugendlich bezeichnete Verhaltensweisen und Einstellungen auf.²⁴

Innerhalb der Jugendphase entwickeln Jugendliche ihre eigene Identität und bilden kognitive Fähigkeiten wie das formal-logische Denken sowie die subjektive Betrachtung ihrer eigenen Zukunft.²⁵

Ab dem 11. bis 12. Lebensjahr können Jugendliche eigene Denkopoperationen durchführen und logischen Argumentationsformen folgen. Selbstverständlich unterscheidet sich der genaue Zeitpunkt der möglichen Nutzung der erlernten kognitiven Fähigkeiten bei jedem Jugendlichen individuell, jedoch kann man feststellen, dass Heranwachsende ungefähr ab diesem Zeitpunkt politisch mitsprechen und politische Zusammenhänge erkennen können.²⁶

Neben dem Lebensalter beeinflussen Rahmenbedingungen wie das Geschlecht, die Bildung, die soziale Lage und ein möglicher Migrationshintergrund eines Individuums die Bildung dieser kognitiven Fähigkeiten.²⁷ Mit den erlernten kognitiven Fähigkeiten und dem damit einhergehenden Verständnis für demokratische Prozesse steigt bei den jungen Menschen der Wille, die unterschiedlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrem sozialen Umfeld zu nutzen.²⁸ Wie sich die Mitwirkung und Mitbestimmung von Jugendlichen gestalten können, wird im Folgenden dargestellt.

3.1 Kinder- und Jugendpartizipation

Lässt man die negative Betrachtungsweise der sozialen Konstruktion von Jugend bei Seite, gilt sie für eine Gesellschaft als ‚Garantin der Zukunft‘, als ‚Hoffnungsträgerin‘ oder als ‚Motor von Wandel und Innovation‘. Eine Beteiligung der jungen Generation am politischen Meinungsbildungs- und Einflussprozess ist „ein wesentliches Element der Stabilität und Weiterentwicklung einer Demokratie“²⁹. Deshalb besteht bei politischen, pädagogischen und

²⁴ Vgl. Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9. aktualisierte Auflage. München, S. 41

²⁵ Vgl. Godewerth-Pollmann, Thelse (2007): Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie durch die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität. Düsseldorf, S. 27 f..

²⁶ Vgl. Burdewick, Ingrid (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn, S. 42f.

²⁷ Vgl. Hurrelmann 2007, S. 27

²⁸ Vgl. Reinders, Heinz (2001): Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektive und empirische Evidenzen. Opladen, S. 18

²⁹ Achatz, Juliane/Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/Kleinert, Corinna/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de (2000): Forschungsleitende Perspektiven und Konzept des Jugendsurveys. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.):

wissenschaftlichen Akteuren Einigkeit darüber, dass die Förderung politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine dringende Aufgabe ist, dies zu lösen gilt.³⁰

Da die politische Beteiligung von Jugendlichen nicht erst in der Jugendphase, sondern auch früher auch schon als Kind erlernt werden kann, wird nun ausführlich auf den Begriff der Kinder- und der Jugendbeteiligung eingegangen, um dann ausführlich auf deren gesellschaftliche Bedeutung und die rechtlichen Grundlagen dazu einzugehen.

Bis heute gibt es noch keine konsistente Theorie der Partizipation, die mit empirischen Befunden belegen kann, welche Faktoren oder Bedingungen das Partizipationsverhalten der Kinder und Jugendlichen beeinflusst. In der Partizipationsforschung geht man davon aus, dass entwicklungspsychologische Faktoren, soziokulturelle Zusammenhänge, soziodemografische Hintergründe und politische Lernprozesse der Kinder und Jugendlichen im wechselseitigen Zusammenspiel mit den Beteiligungsrechten und der in der Lebensumwelt der Heranwachsenden geschaffenen Strukturen ihre Beteiligung hervorrufen können.³¹

Die Leitidee von Beteiligungsmodellen für Kinder und Jugendliche „ist die Bildung einer Expertengemeinschaft für ihre eigenen Belange und die Notwendigkeit, Erwachsene in kommunalpolitischen Fragen zu beraten“³².

Die Definition von Kinder- und Jugendbeteiligung lautet nach Reinhard Fatke folgendermaßen: „Kinder- und Jugendpartizipation ist das aktive und nachhaltige Mitwirken und Mitbestimmen von jungen Menschen an Planungen und Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, sowie an deren Verwirklichungen“³³.

Neben den oben erläuterten Kontexten aus politischer, sozialer und gesellschaftlicher Sichtweise von Partizipation muss in Bezug auf Kinder und Jugendliche auch der pädagogische Zusammenhang betrachtet werden. Hier zielt Partizipation auf Beteiligung in rechtlichen Angelegenheiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Jugendhilfe. Die politisch-pädagogisch intendierte Sichtweise von Partizipation zielt auf die Bildung von gemeinschaftsfähigen Menschen, die sich in einem lebendig funktionierenden, demokratischen Gemeinwesen gut zu Recht finden können.³⁴

Kinder- und Jugendbeteiligung gilt in der politischen Bildung als möglicher Katalysator im Prozess der Entwicklung politischer und sozialer Kompetenzen bei Kindern und

Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen. S. 11-32, S. 12

³⁰ Vgl. Möller 1999, S. 101

³¹ Vgl. Fatke 2007, S. 35

³² Möller, Kurt (2000): Orientierungspunkte für die Qualität von Beteiligungsmodellen, in: neue praxis, Heft 4/2000, S. 379 - 396, S. 394

³³ Ebd., S. 27

³⁴ Vgl. Debiel, Stefanie: (Sozial-) Pädagogische Positionsmarkierung von Partizipation. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln, S. 34 – 55, S. 35

Jugendlichen. Werden sie an Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens beteiligt, so werden sie auf diesem Weg für die Mitgestaltung ihrer Zukunft befähigt und motiviert.³⁵

Damit sich Heranwachsende politisch beteiligen, müssen diese erst mal ein bestimmtes Maß an politischem Interesse entwickelt haben. Dieses gilt als Grundvoraussetzung für politisches Engagement, welches mit Partizipation am politischen Willens- und Meinungsbildungsprozess eine Demokratie stabilisiert und einem Menschen grundsätzlich ermöglicht, die Erfahrung zu machen, dass Demokratie von jedem Einzelnen gestaltbar ist. Daneben fördert politisches Interesse auch das subjektive Empfinden, den Glauben und das Vertrauen an die eigene politische Kompetenz. Ist ein Individuum davon überzeugt, politisch gebildet zu sein und politisches Wissen zu besitzen, steigert dies sein Selbstvertrauen in die eigene Einschätzung politischer Sachverhalte und in seine Bereitwilligkeit, sich am politischen Geschehen zu beteiligen.³⁶

Politische Integration und Partizipation von Kindern und Jugendlichen die demokratische Stabilität einer Gesellschaft. Gerade aufgrund dieser grundlegenden Tatsachen muss festgehalten werden, dass bestimmte Formen politischer Partizipation geschaffen werden müssen, die diesen Kindern und Jugendlichen Beteiligung ermöglichen. Vor allem in den letzten Jahren hat sich bei Politikern, Pädagogen und Wissenschaftlern eine Überzeugung manifestiert, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als ‚Experten in eigener Sache‘ an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen selbstverständlich werden muss.³⁷

Die Möglichkeit gesellschaftlicher und politischer Teilhabe wird in erster Linie nur volljährigen Bürgern zugesprochen. Kindern und Jugendlichen werden solche Rechte lediglich punktuell ermöglicht, in dem sie bspw. in einigen Bundesländern bei Kommunalwahlen bereits ab dem 16. Lebensjahr wählen dürfen. Doch wie sollen sich Kinder und Jugendliche ‚als ganze Menschen‘ fühlen, wenn sie diese Möglichkeiten nicht umfassend erhalten und in eine Demokratie hineinwachsen, ohne mitreden zu können, wenn es um Angelegenheiten geht, die selbst betreffen? Eigentlich ist eine Beachtung ihrer Interessen nur mit einem ‚Mehr‘ an Partizipation möglich.³⁸ Hier muss man die Frage stellen, wie man Kindern und Jugendlichen ein politisches Mitspracherecht einräumen kann, wo doch allseits bekannt ist, dass die Jugend als politisch desinteressiert gilt. Burdewick spricht hier aber eher von einer Politikerverdrossenheit. Kinder und Jugendliche unterstellen der etablierten Politik ein

³⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 53

³⁶ Vgl. Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen. S. 205-266, S. 210

³⁷ Vgl. Möller 1999, S. 16 f.

³⁸ Vgl. Bruner, Claudia/Winkhofer, Ursula/Zinser, Claudia (Deutsches Jugendinstitut e.V.) (Hrsg.) (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. München, S. 5

fehlendes Verständnis für die junge Generation und ein Desinteresse an den Themen, die sie selbst betreffen.³⁹

Welche Gründe können für eine politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen angebracht werden? Zunächst einmal müssten politische Partizipationsmöglichkeiten bei einer tatsächlichen Umsetzung „wohl durchdacht, gut strukturiert und gründlich vorbereitet werden“⁴⁰. Es muss geklärt werden, auf welcher politischen Ebene eine Beteiligung für Kinder und Jugendliche ermöglicht und aufgebaut werden kann. Gerade die kommunale Ebene wird als sehr wichtig angesehen, „denn vor Ort kann Partizipation konkret umgesetzt werden“⁴¹. In ihrem direkten Umfeld, in dem sie sich am besten auskennen, könnten Kinder und Jugendliche am ehesten mitgestalten. In Städten und Gemeinden öffnen sich ihnen vielfältige Beteiligungsfelder, die sie anpacken und mitgestalten können. Auf diese Weise kann eine langfristige Entwicklung auf kommunaler Ebene entstehen, die nur mit der Beteiligung aller Generationen geschaffen werden kann. Diese Felder müssen strukturell abgesichert sein, sowie sich nachhaltig und längerfristig auf die Kommunen auswirken.⁴²

Der jungen Generation muss ein Mitspracherecht in den Politik- und Lebensbereichen Verkehr, Freizeit, Bildung, Kultur und Umwelt angeboten werden. Gerade in diesen Feldern haben sie Erfahrungen machen können, die sie sinnvoll in die Beteiligungsmöglichkeiten einfließen lassen können.⁴³

Möglichst vielen Kindern und Jugendlichen aus allen sozioökonomischen Schichten und Beteiligungsmilieus sollte der Zugang zu Beteiligung ermöglicht werden. Geschlecht, Alter und Herkunft sollten dabei keine Rolle spielen. Dabei gilt, dass die Beteiligungsverfahren möglichst frühzeitig in den Lebensbereichen der Kinder und Jugendlichen zur Verfügung gestellt und zugleich tatsächliche Einflussmöglichkeiten angeboten werden sollen.⁴⁴

Es muss darauf geachtet werden, dass Kinder- und Jugendbeteiligung kein Einüben oder Simulieren von herkömmlichen Verfahren ist, sondern tatsächliche Einflussmöglichkeiten angeboten werden. Sackmann spricht davon, dass die Angebote kein ‚Alibi-Charakter‘ haben dürfen, da die Heranwachsenden Verantwortung in den konkreten Gestaltungsprozessen übernehmen möchten.⁴⁵

³⁹ Bereits im Projekt zum Teamprojekt wurde ausführlich auf die Thematik des ‚Politischen Desinteresses‘ und der ‚Politikverdrossenheit‘ eingegangen. Deshalb wird hier nur kurz auf die Gründe der Abwendung der Heranwachsenden zur konventionellen Politik eingegangen. Vgl. Burdewick, Ingrid (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn, S. 42 f.

⁴⁰ Möller 2000, S. 380.

⁴¹ Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: Zur Aktualität von Partizipation. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München, S. 9 – 13, S. 11

⁴² Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 8 ff.

⁴³ Vgl. Sackmann, Markus: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Politik. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München, S. 166 – 200, S. 167

⁴⁴ Vgl. Möller 2000, S. 380

⁴⁵ Vgl. Sackmann 2001, S. 167

Kinder- und Jugendpartizipation muss pädagogisch begleitet werden, so dass bestimmte fachliche Standards eingehalten werden. Die Begleitung durch Erwachsene, die lediglich unterstützend wirken und nicht ihre eigenen Interessen durchsetzen, ist dabei elementar.⁴⁶

Nun kann man sich die Fragen stellen, welche weiteren Qualitätskriterien bestehen müssen, damit Kinder- und Jugendbeteiligung erfolgreich stattfinden kann. Als Voraussetzungen müssen neben der pädagogischen Begleitung durch erwachsenes, ausgebildetes Personal die individuelle Entscheidungsfähigkeit und die politische Entscheidungsbefugnis der Kinder und Jugendlichen vorhanden sein, damit sie politisch partizipieren können. Über die Rechtmäßigkeit der Beteiligungsform und das Berücksichtigen der Vorschläge durch die etablierten Politiker wird eine gewisse Ernsthaftigkeit geschaffen, die die Legitimation von Beteiligungsprojekten unterstützt. Zudem spielt die Bereitstellung von Raum und Öffentlichkeit für die Kinder und Jugendliche eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist auch der Wille der Kinder und Jugendlichen bei diesen Beteiligungsprojekten entscheidend.⁴⁷

Nach Gundel-Berger ist Beteiligung von Heranwachsenden in Schulen und Kindergärten, bei Jugendbildungs- und Freizeitmaßnahmen, in der Kinder- und Jugendhilfe, bei allen kommunalen Planungen sowie bei politischen Entscheidungen durch die Beteiligung in den Gemeinderäten und Stadtverwaltungen. Zudem ist eine Beteiligung bei Wahlen, wenn rechtlich möglich, erdenklich.⁴⁸

Mit Einbezug der bereits genannten Merkmale können folgende Kriterien zusammengefasst werden, die der Qualitätsprüfung der Beteiligungsangebote dienen: die Freiwilligkeit der Mitwirkung, der Ernstcharakter der Angebote, die Integration einer höchstmöglichen Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die Begleitung durch Erwachsene, Handlungsspielräume mit einem Entscheidungsrahmen, ein Spielraum für eigene Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen, alters- und zielgruppengerechte Methoden, die Artikulation gemeinsamer Ziele, Verbindlichkeit, Transparenz der Angebote, Überschaubarkeit, ein bestehender Dialog, keine Inanspruchnahme durch Parteien, Kooperations- und Konfliktbereitschaft, Öffentlichkeit, Dokumentation und Feedback sowie eine Ganzheitlichkeit, mit der die Kinder und Jugendlichen in alle Phasen der Projektplanung einbezogen werden.⁴⁹

Zudem gilt eine ganz einfache Regel: trotz Ernsthaftigkeit und rechtlicher Regelungen sollte die Beteiligung den Kindern und Jugendlichen Spaß machen.⁵⁰

⁴⁶ Vgl. Möller 1999, S. 101 ff.

⁴⁷ Zinser, Claudia: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München, S. 145 – 165, S. 160 ff.

⁴⁸ Berger, Gundel: Rechtlicher Rahmen für die Mitwirkung in der Kommune. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 115 – 130, S. 116

⁴⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 22

⁵⁰ Vgl. Moser, Sonja: „Partizipation wie wir sie sehen.“ Gesellschaftliche Beteiligung aus der Sicht von Jugendlichen. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.) (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. S. 77 – 86, S. 79

Daneben gibt es bestimmte Faktoren, die dafür sorgen, ob Kinder und Jugendliche nun an vorhandenen Partizipationsangeboten mitwirken oder nicht. Zum einen hängt die Beteiligung mit positiven Beteiligungserfahrungen in der Schule, im Verein, etc. ab. Zudem müssen sie Bescheid wissen, ob es derartige Angebote in ihrem Lebensumfeld gibt und ein Zutrauen in ihre eigenen Kompetenzen besitzen. Ein engagierter Freundeskreis und der eigene Wunsch, etwas verändern zu wollen spielen zwar auch eine Rolle bei der Beteiligungsentscheidung, sind aber nicht so gewichtig wie die anderen Argumente.

Fasst man diese Handlungsempfehlungen zusammen, so kann man diese auch in der Form der so genannten Partizipationsspirale darstellen.⁵¹

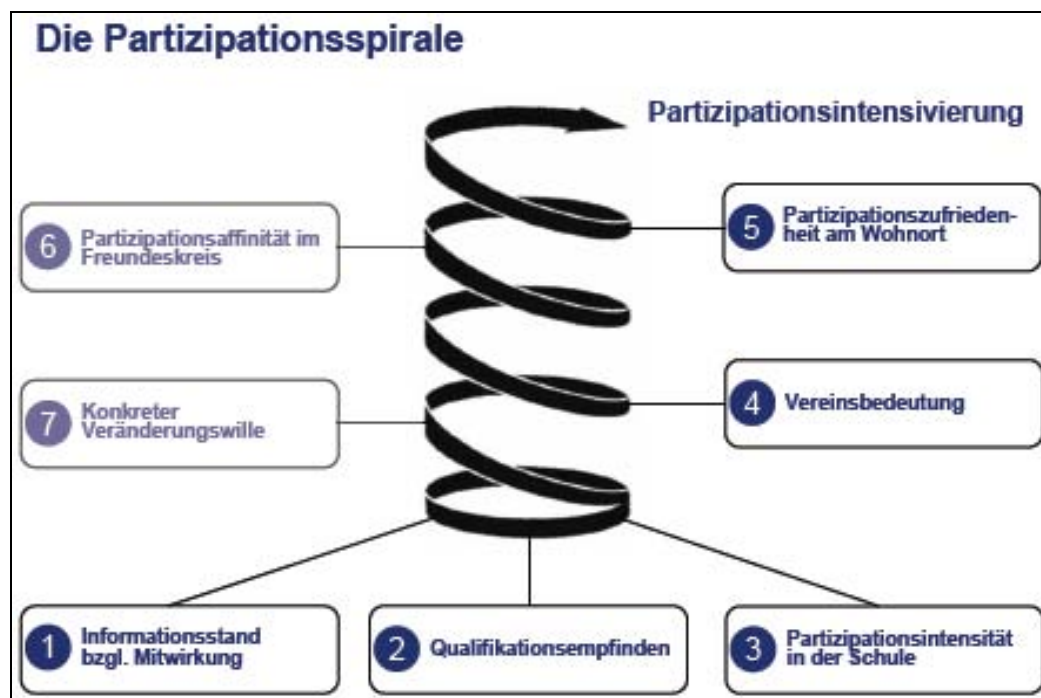


Abb. 1: Die Partizipationsspirale der Bertelsmann Stiftung, Quelle: http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A00F0A-9F1D25CC/bst/Partizipationsspirale_neu.pdf; eingesehen am 21.12.2008

Findet innerhalb der Partizipationsangebote eine kontinuierliche Evaluierung der Ergebnisse statt, so kann man durch Sicherstellung der Beteiligungszufriedenheit der teilnehmenden Personen die Mitwirkung der Jugendlichen intensivieren.⁵²

Somit gilt der Grundsatz: die Bereitschaft zur Beteiligung wird durch den Grad der Zufriedenheit mit den bisherigen Erfahrungen des Engagements bestimmt. Haben junge Menschen positive Erfahrungen mit einer Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeit machen können, werden sie wohl eher weiter partizipieren und mitwirken. Dabei müssen nach Meinhold-Henschel bestimmte Gütekriterien für erfolgreiche Partizipation stehen. Es kommt nicht nur auf das Ergebnis an, sondern auch auf welchem Wege und zu welchem Zeitpunkt

⁵¹ Vgl. Fatke, Schneider, Meinhold-Henschel, Biebricher 2006, S. 31

⁵² Vgl. ebd.

es erreicht wurde. Außerdem müssen die Prozesse und Ergebnisse qualitativ abgesichert, sowie personelle und finanzielle Ressourcen wie auch Verfahrensregelungen zu einer optimierten Planung und Umsetzung zur Verfügung gestellt werden.⁵³ Weitere Punkte, die bei den Beteiligungsmöglichkeiten beachtet werden müssen, sind die verschiedenen Lebenslagen der Heranwachsenden, die Heterogenität der Mitglieder, die Klärung der Projektziele, die Festsetzung und Bearbeitung wichtiger Themen, die Anerkennung des Engagements, die Ergebnissicherung und die Evaluierung eines Projekts.⁵⁴

Insgesamt muss in der aktiven Politik ein Paradigmenwechsel stattfinden, mit dem sie signalisiert, dass nicht nur die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen unterstützt wird, damit sie dann später ihre erlernten Kenntnisse als Bürger nutzen, um die Gesellschaft demokratisch zu gestalten, sondern auch deren Entscheidungen von ihr ernst genommen und auch umgesetzt werden.⁵⁵

Durch Bildung einer Transparenz der politischen Arbeitsprozesse und die damit zusammenhängende Gelegenheit zur aktiven Teilnahme für Kinder und Jugendliche, würde die etablierte Politik den richtigen Weg einschlagen, um die junge Generation an die Politik heranzuführen. Dabei dürfen die politischen Akteure nicht hinter verschlossenen Türen darauf warten, dass Jugendliche politische Aktivität und Mitverantwortung zeigen, sondern sie dort abholen, wo sie sich tatsächlich physisch und psychisch befinden. Dabei sollten sie neben den bewährten Strukturen der Ansprache auch auf neue Kommunikations- und Informationsformen setzen, mit denen sie den Heranwachsenden signalisieren, dass sie es mit ihrer Beteiligung ernst meinen.⁵⁶

Durch die Herstellung von Transparenz über die Beteiligungssituation der Kinder und Jugendlichen, die strukturelle Absicherung von Partizipation im kommunalen Gemeinwesen, einer Strategieentwicklung, wie junge Menschen erfolgreich partizipieren können, einer strukturellen Absicherung von Kinder- und Jugendpartizipation im kommunalen Gemeinwesen, sowie einer nachhaltigen und flächendeckenden Verankerung würde man die ersten großen Schritte in eine etablierte und umfassende Kinder- und Jugendbeteiligung machen.⁵⁷

Auf diesem Wege kann eine Demokratisierung unserer Gesellschaft unter Einbezug von Kindern und Jugendlichen stattfinden, in dem möglichst vielen Mitgliedern unserer Gesellschaft, die Möglichkeit gegeben wird, sich politisch zu beteiligen und Demokratieerfahrungen im Alltag machen zu dürfen.⁵⁸

⁵³ Vgl. Meinhold-Henschel, Sigrid: Qualitätsanforderungen an Beteiligungsvorhaben. In: Bertelsmann Stiftung (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh. S. 221 – 245, S. 224

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 226 ff.

⁵⁵ Bertelsmann Stiftung 2007, S. 17

⁵⁶ Vgl. Sackmann 2001, S. 168 ff.

⁵⁷ Vgl. Fatke, Schneider, Meinhold-Henschel, Biebricher 2006, S. 32

⁵⁸ Vgl. Meinhold-Henschel 2007, S. 225

Die partizipierenden Kinder und Jugendliche nehmen durch ihr Engagement auch persönliche Vorteile mit. Sie bilden eine eigene Urteilsfähigkeit, gestalten ihr Leben und ihr Umfeld eigenständig sowie entwickeln sie ein Engagement für Mitmenschen und Gemeinwesen.⁵⁹

Zusammenfassend kann man sagen: die Partizipationsangebote müssen Kinder und Jugendliche so ansprechen, dass sie sich beteiligen dürfen, wenn sie mögen, können und wollen.⁶⁰ Wird ihnen dies ermöglicht, schafft Beteiligung den Jugendlichen genau den Raum, in dem sie sich als vollständige Mitglieder dieser Gesellschaft fühlen.⁶¹

3.2 Gesellschaftliche Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation

Im Bericht des Forschungsprojekts wie auch in dieser Arbeit wurden mehrere Bedeutungsaspekte von politischer Beteiligung für Kinder und Jugendliche betrachtet. Es wurde erläutert, dass Partizipation eine mehrdimensionale Bedeutung hat, wobei die gesellschaftliche Bedeutung mit ihren mehreren Betrachtungsebenen hervorzuheben ist. Dabei muss Partizipation auf der individuellen, entwicklungspsychologischen Ebene, in Zusammenhang mit der sozialpsychologischen Dimension, ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung für eine Kommune sowie mit ihrer demokratietheoretischen Bedeutung betrachtet werden.⁶² Diese Ebenen beeinflussen sich wechselseitig, greifen ineinander und dürfen aus diesem Grund nicht einzeln, sondern werden nachfolgend in einem Gesamtkonzept betrachtet.

Wenn sich junge Menschen politisch oder sozial beteiligen, dabei die Ergebnisse und die Auswirkungen in ihrer direkten Lebensumwelt sichtbar werden, entsteht ein Bezug zwischen ihnen und dieser Umwelt, der ihre Identifikation zu dieser stärkt. Dieses Identifikationsgefühl kann der Ursprung von einem Gefühl der Verantwortung sein, dass in der Entwicklung eines Menschen von grundlegender Bedeutung sein kann.⁶³

Durch die Ergänzung der herkömmlichen Formen politischer Beteiligung wie das Wählen und Demonstrieren durch Unterschriftensammlungen, Parteimitgliedschaften, Bürgerbegehren und -entscheiden, etc. sind in den letzten Jahrzehnten weitere politische Möglichkeiten für Bürger entstanden, mit denen sie sich aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds auseinandersetzen können. Schon seit langem wird öffentlich über diese Aussicht weiterer

⁵⁹ Vgl. Sackmann 2001, S. 170

⁶⁰ Vgl. Gernbauer, Karolin: Geleitwort – Beteiligung von Jugendlichen als politische Herausforderung. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.) (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. S. 17 - 22, S. 17

⁶¹ Vgl. Meinhold-Henschel, Sigrid: Räume eröffnen im demokratischen Gemeinwesen. In: Bertelsmann Stiftung (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Bertelsmann 2007. S. 9 – 18, S. 12

⁶² Vgl. Fatke 2007, S. 21 f.

⁶³ Vgl. Jaun 1999, S. 272 in Fatke 2007, S. 22

partizipativer Formen direkter Demokratie diskutiert. Neu an dieser Debatte ist, dass auch Kinder und Jugendliche mit einbezogen werden.

Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien, Vereinen, Verbänden oder anderen Organisationen bietet den Heranwachsenden die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen zu fördern, zu kommunizieren, eine politische Identität zu entwickeln und zu erlernen, wie Entscheidungen gemeinsam und in Kompromissen getroffen werden.⁶⁴ Daneben kommt Kindern und Jugendlichen, die sich engagieren, eine Beteiligung gerade deshalb zu Gute, weil dadurch Bildungsprozesse ermöglicht werden, sozial Benachteiligte wirksam integriert und eine nachhaltige Demokratieentwicklung gefördert werden.⁶⁵

Durch den möglichen Weg sich einmischen zu können, über bestimmte Projekte mit Mitmenschen zu diskutieren, Kompromisse auszuhandeln und Verantwortung zu übernehmen, üben die Kinder und Jugendlichen Demokratie im Gemeinsinn und das solidarische Handeln.⁶⁶ Dadurch entsteht ein politischer Sozialisationsprozess, mit dem ein Kind oder ein Jugendlicher in die Rolle eines politischen Bürgers hineinwächst und Gestaltungsaufgaben im politischen Bereich erwirbt.⁶⁷ Mit der Möglichkeit zu partizipieren, erwerben sie Fähigkeiten und Einstellungen, die sie zu so genannten „guten Bürgern machen.“⁶⁸

Gesellschaftspolitisch wird im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendpartizipation neben der Bildung eines stabilen demokratischen Gemeinwesens auch die rechtliche Situation von Heranwachsenden betrachtet. Hier geht es nicht um die rechtlichen Grundlagen⁶⁹, die für Kinder- und Jugendbeteiligung erforderlich sind, sondern um ihre Rolle als ‚vollständige‘ Bürger in einer Gesellschaft. Auch Kinder und Jugendliche werden hier als voll teilhabeberechtigte Bürger verstanden, die als ‚Experten in eigener Sache‘ die Gestaltung der Kommune prägen und an den Prozessen beteiligt werden sollen.⁷⁰

Im Rahmen des Leitbildes einer ‚Bürgergesellschaft‘ hat sich in den letzten Jahren das Bild einer beteiligungsorientierten Neufassung unserer Staatsverständnisses entwickelt, in der die Bürgergesellschaft ein Gemeinwesen von selbstbewussten und selbstverantwortlichen Bürgern ist, zu denen auch Kinder und Jugendliche gehören.⁷¹

Darüber hinaus gilt Partizipation von Kindern und Jugendlichen im politischen Bildungsbereich als Übungs- und Trainingsfeld, in dem sie auf ihre Zukunft als verantwortlicher und aktiver Staatsbürger vorbereitet werden sollen. Besonders in der Lernphase und somit auch in der Schule sind die politischen Strukturmöglichkeiten zur

⁶⁴ Vgl. van Deth 2000, S. 109

⁶⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 9

⁶⁶ Vgl. Bunder, Winklhofer, Zinser 1999, S. 6

⁶⁷ Vgl. Hurrelmann 2007, S. 143

⁶⁸ Bertelsmann Stiftung 2007, S. 39

⁶⁹ Die rechtlichen Grundlagen für Kinder- und Jugendpartizipation werden in Kapitel 3.3 vorgestellt.

⁷⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 53, S. 65 und S. 78

⁷¹ Vgl. ebd., S. 78 – S. 83

Partizipation ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von politischer Beteiligung. Kinder und Jugendliche sind demnach nicht nur ‚human becomings‘, um die sich die Erwachsenen ständig kümmern und bevormunden, sondern sind vielmehr ‚human beings‘, die sich in frühem Kindesalter aktiv an Entscheidungsprozessen ihres Lebensumfeldes beteiligen.⁷²

Nicht zu vernachlässigen sind auch Stichwörter wie Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Generationengerechtigkeit, des demografischen Wandels, als Standortfaktor für Kinder- und Jugendfreundlichkeit einer Kommune und im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationsfähigkeit. Dabei ist die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft maßgeblich vom gebildeten Humankapital oder sozialem Kapital abhängig, dass in solchen Organisationen, die politisch mitwirken und mitbestimmen, bereits im Kleinen gebildet wird.⁷³

Ein weiterer Grund für die politische Beteiligung Heranwachsender ist die Senkung von sozialen Kosten. Kinder und Jugendliche schätzen die Planung und Gestaltung ihrer Umgebung, so dass sie mitgeplante und gestaltete Räume anders wahrnehmen. Kinder- und jugendfreundliche Strukturen und deren Einbezug beugt wohl vor Vandalismus und Gewalt. Projekte, die sie mit organisiert haben, werden sie eher nicht schänden oder zerstören.⁷⁴

Durch die Einbettung der Kinder und Jugendliche in ein soziales Gebilde, die die politischen Partizipationsmöglichkeiten darstellen, und deren Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, wirkt sich Kinder- und Jugendbeteiligung gesamtgesellschaftlich integrativ aus.⁷⁵ Vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche gilt, dass deren soziale Integration verstärkt und ihre Ausgrenzung vermieden werden muss. Besonders auf behinderte Heranwachsende oder Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wird hier gezielt, damit gerade diese gesellschaftlichen Gruppen ihre Kompetenzen, Anerkennung und ihre Stärken in ihrer Mitwirkung sehen können. Hier zielt der Begriff der sozialen Gerechtigkeit nicht auf die Verteilung von Ressourcen, sondern vielmehr auf die Ermöglichung von Integration durch die Möglichkeit der Beteiligung. Durch eine integrative Leistung kann das Fundament für die spätere Integration der Kinder und Jugendlichen in die Erwachsenengesellschaft gelegt werden.⁷⁶

Die Förderung zum Engagement, die Bildung von Vertrauen in die lokalen demokratischen Institutionen und zu seinen Mitmenschen, die praktische Möglichkeit, Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können und die Chance der Veränderbarkeit der eigenen Lebensbedingungen mit der Übernahme von Verantwortung für das eigene Gemeinwesen sind Faktoren, die die politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen positiv prägen können. Zugleich schafft die Erhöhung der Identifikation mit der eigenen Lebenswelt und

⁷² Vgl. ebd., S. 59

⁷³ Vgl. ebd., S. 68 – 83 & Nieto-Tröger et al. 2008, S. 26 ff.

⁷⁴ Vgl. Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter: Die Kommune als Ort lebendiger Demokratie: Beteiligungsprojekte in Schleswig-Holstein. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 288 – 296, S. 292 f.

⁷⁵ Vgl. van Deth 2000, S. 109

⁷⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 91 ff.

deren Einrichtungen gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Gesellschaftsmitglieder. Laut Stange und Tiemann prägt die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf diese Art den sozialen Wandel und sichert den sozialen Frieden. Dies prägt den Transformationsprozess zu einem Einbezug bzw. Anstieg der Mitgestaltung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Belangen. Werden den Jugendlichen von Kommunen Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, so kann dies zu einem besseren Zusammenleben der Bürger in einer Gemeinde oder Stadt führen.⁷⁷

Durch den politischen Einbezug der nachwachsenden Generation wird auf diese Weise den Tendenzen einer weiteren Zersplitterung der Gesellschaft, einer möglichen Zunahme der Politikverdrossenheit, eines zunehmendem Misstrauens gegenüber politischen Akteuren, der Zuwendung zu extremistischen Gruppierungen und einer steigenden Demokratieunzufriedenheit von Jugendlichen entgegengewirkt. Dabei muss Kinder- und Jugendpartizipation als „permanenter diskursiver Prozess“⁷⁸ betrachtet werden, in dem das Partizipieren als Teil politischer Sozialisation verstanden wird. Erwachsene sollen zwar eine Schlüsselposition einnehmen, jedoch nur koordinierend und als helfende Hand mitwirken. Die Entscheidungen treffen selbstständig die „Kinder und Jugendlichen als Subjekte ihres eigenen Wollens und Handelns“⁷⁹.

Bei Kinder- und Jugendpartizipation wird auch auf grundsätzliche Gefahren angedeutet. Bach hat hierzu zwei zentrale Punkte herausgesucht und versucht davor zu warnen, lediglich Beteiligungsspielwiesen für Kinder und Jugendliche zu bilden, die von der etablierten Politik nicht ernst genommen werden. Zudem dürfen die Partizipationsprojekte auf keinen Fall von politischen Akteuren instrumentalisiert oder für politische Gruppierungen bzw. Parteien und deren Ziele und Zwecke instrumentalisiert werden. Bei möglicher Erweiterung des Wahlrechts auf einen jüngeren Personenkreis und der damit einhergehenden Herabsetzung des Wahlalters, könnten Wahlstimmen von Kindern und Jugendlichen von den Eltern genutzt werden, um ihre Interessen durchzusetzen bzw. ihre bevorzugte Partei zu wählen.⁸⁰ Diese Gefahren gilt es zu minimieren, jedoch ist eine Einschränkung der Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche keine Alternative.

Für Fatke ist klar: wenn Kommunen es schaffen, junge Menschen für Beteiligung und Engagement in ihrem Wohnort zu motivieren, wird der in der Gesellschaft wachsenden Politikerverdrossenheit und dem sinkenden Vertrauen in Institutionen und in die aktive Politik entgegengewirkt.⁸¹ Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen und

⁷⁷ Vgl. Stange, Tiemann 2001, S. 296

⁷⁸ Vgl. Moser 2008, S. 77

⁷⁹ Ebd., S. 84

⁸⁰ Vgl. Bach, Johannes: Möglichkeiten politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel des Jugendrats der Stadt Cham. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München, S. 176 – 200, S. 182 f.

⁸¹ Vgl. Fatke 2007, S. 22

sozialen Aktivitäten ist dabei eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren moderner Gesellschaften.⁸²

3.3 Rechtsformen und rechtliche Grundlagen für Kinder- und Jugendpartizipation

Die Bestimmungen, die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen rechtlich manifestieren, werden im folgenden Kapitel genau dargestellt.

Die wichtigste rechtliche Grundlage, die ein Bürger mit seinen politischen Teilhabemöglichkeiten in Verbindung setzt, ist das Recht, seinen politischen Repräsentanten wählen zu dürfen: das aktive und passive Wahlrecht.

In der Bundesrepublik Deutschland⁸³ gilt das Wahlrecht nach Art. 38, II des Grundgesetzes für Bundes- und Landtagswahlen ab Vollendung des 18. Lebensjahres.⁸⁴ Lediglich bei Kommunalwahlen haben einige Bundesländer die Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht verändert und räumen bereits Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, das Recht ein, auf kommunaler Ebene ihre Vertreter zu wählen.

Kinder und Jugendliche werden durch das allgemeine Wahlrecht von den Wahlen ausgeschlossen. Hauptsächlich ist das der Grund dafür, weshalb sie sich bei politischen Entscheidungsprozessen in den vorgesehenen Gremien überhaupt nicht vertreten fühlen oder nur unterrepräsentiert sind, auch wenn es sich um Entscheidungen handelt, die sie direkt betreffen.⁸⁵

In den letzten Jahren hat sich, wie bereits oben erwähnt, dieser Zustand durch die Bereitstellung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gewandelt. Hierzu ist ein normativer Rahmen erforderlich gewesen, der nachfolgend mit den Rechtsformen der Beteiligung für Kinder und Jugendliche genauer erläutert wird. Darüber hinaus wird in diesem Kapitel dargestellt, welche rechtlichen Grundlagen ihr Bestehen grundlegend sichern. Bevor sich Menschen an bestimmten Prozessen beteiligen können, muss sichergestellt sein, dass sie über ein bestimmtes Maß an Informationen verfügen. In allgemeinen Verwaltungsverfahren sind Auskunft, Anhörung und Beratung die wichtigsten Verfahrensgrundsätze. Daher schreibt auch die UN-Kinderrechtskonvention die Information, die Anhörung und die Beratung von Kindern und Jugendlichen, in den für sie betreffenden Verfahren, vor. Diese Vorgänge werden als passive Beteiligung bezeichnet.⁸⁶

⁸² Vgl. Deth 2000, S. 109

⁸³ Bundesrepublik Deutschland wird im weiteren Verlauf der Arbeit mit BRD abgekürzt.

⁸⁴ Vgl. www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg_03.html; eingesehen am 15.01.2009

⁸⁵ Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich: Zum gesellschaftlichen Standort von Kinder- und Jugendforen. Eine erste Orientierung. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 19 – 33, S. 27

⁸⁶ Vgl. Richter, Ingo: Kinderrechte – normativer Rahmen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh. S. 87 – 101, S 90 f.

Beteiligungsvorgänge müssen stets dokumentiert werden, damit die Information, die Anhörung und die Beratung festgehalten sind. Nach der Dokumentation muss eine Einsicht der Dokumente möglich sein. Nur so können die Beteiligungsmöglichkeiten Ernsthaftigkeit beanspruchen. Daneben müssen die Anliegen von der Öffentlichkeit wahrgenommen und von den Entscheidungsträgern wahrgenommen, berücksichtigt, beaufsichtigt sowie eine Weiterleitung an die zuständigen Stellen gesichert werden.⁸⁷

Die grundsätzliche Legitimation für Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen liefern die Menschen- und Bürgerrechte, die für alle Menschen und Bürger eines Staates gelten und nicht an Bedingungen gebunden sind. Danach teilen auch Kinder und Jugendliche mit allen anderen Menschen die gleichen Grundrechte und sind somit grundsätzlich an allen Fragen und Angelegenheiten der politischen Gemeinschaft zu beteiligen. Werden die Grundrechte eingeschränkt, so muss eine besondere Situation bestehen und sich aus dem Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen ergeben. Dies muss auf besondere Weise begründet und auf die Vereinbarkeit mit den Grundrechten geprüft werden.⁸⁸ In der BRD werden Kindern und Jugendlichen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch⁸⁹ Rechte zugesprochen, aber auch eingeschränkt.

Nach dem BGB beginnt die Rechtsfähigkeit des Menschen mit der Vollendung seiner Geburt.⁹⁰ Demnach ist ein Individuum mit seiner Geburt teilweise rechtsfähig. Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ist es jedoch nicht voll handlungs- und geschäftsfähig, d.h. bis dahin übernehmen die Eltern eines Heranwachsenden teilweise rechtliche Pflichten. Auch wenn Kinder und Jugendliche nach dem bürgerlichen Recht rechtsfähig sind, regelt die Aufsichtspflicht für Eltern nach § 832 BGB die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.⁹¹

Die direkte gesetzliche Grundlage für Kinder- und Jugendpartizipation ist jedoch die Forderung nach freier Entfaltung der Menschenwürde. Jeder Mensch, auch Kinder und Jugendliche, kann demnach selbstbewusst und frei gegenüber sich und seinen Mitmenschen sein ‚Menschsein‘ gestalten. Die bereits entfalteten Fähigkeiten soll jedes Individuum frei und autonom nutzen. Einigen Gesellschaftsmitgliedern wird dieses Handeln verwehrt. Dafür sollen verantwortliche Mitmenschen in der Ordnung ihrer Verantwortlichkeit wie Treuhänder helfen, damit diese ihre Fähigkeiten möglichst frei entfalten und eigenverantwortlich nutzen können. Dies bedeutet, dass Eltern und Erzieher die Mündigkeit der Kinder und Jugendlichen so gut wie möglich fördern sollen.⁹²

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 91 f.

⁸⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 24 f.

⁸⁹ Das Bürgerliche Gesetzbuch wird im weiteren Verlauf der Arbeit mit BGB abgekürzt.

⁹⁰ Vgl. www.buergerliches-gesetzbuch.info/_buch/bgb.htm; eingesehen am 19.01.2009

⁹¹ Vgl. Richter 2007, S. 88

⁹² Vgl. Molinski, Waldemar (2001): Partizipation aus der Sicht der Würde von Kindern und Jugendlichen. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. München. S. 17 – 36, S. 20 ff.

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist die bereits oben erwähnte UN-Kinderrechtskonvention von besonderer Bedeutung, da sie eine hohe völkerrechtliche Verbindlichkeit hat. Sie wurde am 20. November 1989 deklariert, in der BRD drei Jahre später für verbindlich erklärt und regelt die menschenrechtlichen Ansprüche der Kinder und Jugendlichen. Erwähnen sollte man hierbei, dass die Menschenrechte die allgemeinen Leitlinien für Kinder- und Jugendpolitik vorgeben.⁹³

In Artikel 12 der UN-Konvention wird festgelegt, dass die Vertragsstaaten minderjährigen Kindern und Jugendlichen, die dazu in der Lage und fähig sind, eine Meinung zu bilden, das Recht zusichern, sich in allen sie selbst betreffenden und berührenden Angelegenheiten frei äußern zu dürfen und entsprechend ihres Alters und ihrer Reife mitzubestimmen.⁹⁴

Mit den berühmten drei ‚P‘, die für protection, provision und participation⁹⁵ stehen, sollten die sozialen und politischen Kinderbürgerrechte neu aufgestellt werden, wobei das Prinzip der Partizipation als innovativ gilt und von besonderer Bedeutung ist, weil Kinder hier erstmals als Rechtssubjekte mit Teilhaberechten anerkannt werden. Insbesondere auf Grundlage der UN-Konvention ist in den letzten Jahren die öffentliche Debatte über die Einführung von Partizipationsmöglichkeiten und die Zusprechung von Partizipationsrechten an Kinder und Jugendliche voll im Gange.⁹⁶

Darüber hinaus verpflichtet eine internationale Vereinbarung, die 1992 in Rio de Janeiro von über 170 Staaten unterzeichnet wurde, die Kommunen, politische Beteiligung sicherzustellen und die Lebensverhältnisse mit unmittelbarer Bürgerbeteiligung, auch mit Kindern und Jugendlichen, nachhaltig und zukunftsfähig zu entwickeln.⁹⁷ Hier sind vor allem zwei Kapitel der Agenda in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung hervorzuheben. Zum einen Kapitel 28 mit dem Appell an die Kommunen, die Entscheidungsfindungsprozesse zu öffnen und Maßnahmen zur Förderung und Einbindung von Kindern und Jugendlichen zu bilden. Zum anderen spielt Kapitel 36 eine wichtige Rolle, welches die Ausrichtung der Bildungsinhalte und Bildungschancen an einer nachhaltigen Entwicklung fordert und die Kompetenzen der Menschen zu stärken versucht.⁹⁸

Als nächste Ebene, die über Staaten mit ihren Rechtsverordnungen steht, wird die Europäische Union betrachtet. Hier nimmt die vom Europarat beschlossene ‚Europäische Charta über die Beteiligung der Jugendlichen am Leben der Gemeinden und Regionen‘ eine zentrale Position ein. Sie fordert verpflichtend von den Kommunen, eine Optimierung der Voraussetzungen für die Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungen und Debatten.

⁹³ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 25

⁹⁴ Vgl. Möller 1999, S. 17

⁹⁵ Die Begriffe ‚protection‘, ‚provision‘ und ‚participation‘ stehen für die Schutzbedürftigkeit, die Grundversorgung und die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen. Quelle: www.kinderrechte.gv.at; eingesehen am 03.01.2009

⁹⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 28 ff.

⁹⁷ Vgl. Möller 1999, S. 18

⁹⁸ Vgl. Gernbauer 2008, S. 19 f.

Unter anderem fordert sie dabei die Einführung und Unterstützung von Jugendräten, die von ihren Altersgenossen gewählt werden.⁹⁹

Auf bundesdeutscher Ebene sind bisher keine rechtlich bindende Kinderrechte im Grundgesetz integriert worden. Es bestehen lediglich Normen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, bspw. im Bundesbaugesetz, im Kinder- und Jugendhilfegesetz und in den Schulgesetzen. Daneben gibt es noch Beteiligungsrechte wie das bereits oben genannte Anhörungsrecht bei Gerichts- und Verwaltungsverfahren, wenn sie Kinder oder Jugendliche betreffen, sowie das Beteiligungsangebot wie Jugendfreizeit- und Bildungsmaßnahmen oder die Kinder- und Jugendhilfe aus dem Sozialgesetzbuch.¹⁰⁰

Das teilweise geltende Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren in Bundesländern wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein wird auf Länderebene festgelegt. Dabei wählen die Bundesländer zumeist eine rechtlich nicht bindende Soll-Vorschrift, bspw. dass die Gemeinde bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen sollen. Nur Schleswig-Holstein hat als Bundesland eine Muss-Vorschrift verabschiedet, die bindend wirksam ist. Auch die mögliche Bildung von politischen Jugendgremien wird in den Landkreis- und Gemeindeordnungen geregelt.¹⁰¹

Bevor die Besonderheiten der Gemeinderats- bzw. Landtagsbeschlüsse bzgl. der beiden zu untersuchenden Landeshauptstädte Düsseldorf und Stuttgart im viertel Kapitel dargestellt werden, wird im folgenden Abschnitt der Arbeit auf die möglichen Formen der politischen Kinder- und Jugendbeteiligung eingegangen.

3.4 Modelle und Formen der politischen Kinder- und Jugendpartizipation

Kinder- und Jugendpartizipation kann verschiedenartig aussehen. Neben der theoretischen Typologisierung und den verschiedenen Formen politischen Handelns, bestehen mehrere praktische Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche, die nun in diesem Abschnitt genau betrachtet werden.

Allgemein betrachtet müssen die angebotenen Partizipationsformen altersgemäß sein und den beteiligten Kindern und Jugendlichen einen großen Spielraum an Spontaneität, Offenheit und Flexibilität bieten. Zudem sollten sie dem kindlichen bzw. jugendlichen Zeitverständnis entsprechen und der sozialen Vielfalt, dem Entwicklungsstand und dem Bildungsniveau aller Teilnehmer entsprechen. Ebenso sollte kreativen Arbeitsformen genügend Raum zu deren Entfaltung gelassen werden.¹⁰²

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 17

¹⁰⁰ Vgl. Berger 2007, S. 121 f.

¹⁰¹ Bertelsmann Stiftung 2007, S. 31

¹⁰² Vgl. Möller 2000, S 382

In Bezug auf Kommunalpolitik unterscheidet Möller zwei Ebenen von möglicher Partizipation. Zum einen handelt es sich um die Lebensweltpartizipation, mit der Kinder und Jugendliche bereits als politisch Handelnde gesehen werden, wenn sie sich z.B. an der Planung von Angeboten beteiligen oder an der Konzeption der Jugendarbeit vor Ort mitwirken. Zum anderen gibt es aber auch die Systempartizipation, bei der das politische Handeln über die lebensweltlichen Verhältnisse hinausreicht und die Regelung von vergleichsweise abstrakteren gesellschaftlichen Verhältnissen betrifft. Beispielhaft dafür wären der Einbezug von Jugendlichen in die Jugendarbeit mit städtisch, jugendpolitischem Gesamtkonzept, die Verkehrswegeplanung, parlamentarisches Mitwirken und das Treffen von Entscheidungen in Gremien, etc. Systempartizipation von Kindern und Jugendlichen muss auf die demokratischen Erfahrungen im Alltag von der Lebensweltpartizipation beruhen. Dies bedeutet, dass beim Ruf nach Systempartizipation zunächst der Ruf nach Alltagsdemokratie und Lebensweltpartizipation erfolgen muss.¹⁰³

Innerhalb der Systempartizipation werden verschiedene Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche diskutiert. Palentien und Hurrelmann haben diese unterteilt in:

1. „*Modelle direkter Einflussnahme*, zu denen die Forderung nach einer Senkung des derzeitigen Wahlalters oder die Einführung eines Familienwahlrechts gezählt werden kann,
2. *Modelle konsultativer Einflussnahme*, die eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zumeist auf kommunaler Ebene in Form von Kinder- und Jugendbeiräten und -foren sowie Kinder- und Jugendparlamenten umfassen, und in
3. *Modelle advokativer Einflussnahme*, die eine Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen mittels Kinder- und Jugendbeauftragter anzielen.“¹⁰⁴

In allen Modellen steht der Wunsch an erster Stelle, Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, jedoch sieht der Weg dazu jeweils anders aus. Wie die Modelle der direkten Einflussnahme durch Senkung des Wahlalters oder der Einführung des Familienwahlrechts verfolgen auch die Modelle der konsultativen Einflussnahme eine ähnliche Zielrichtung. Kinder und Jugendliche sollen in der Politik ernst genommen und ihnen mehr Mitsprache gegeben werden. Diese Modelle können in drei weitere Formarten unterteilt werden. Neben den parlamentarischen Formen wie Jugend(gemeinde)räte und -parlamente gibt es die projektbezogenen und die offenen Formen. Bei projektbezogenen Formen handelt es sich um kurzfristige und gemeinwesenorientierte Partizipation bei konkreten Aktionen und Planungsprozessen, wie bspw. Spielplatz- und Schulhofgestaltung, Stadtteilbegehungen, Umweltprojekten oder auch den Ausbau von Freizeitangeboten. Die offenen Formen bieten Kindern und Jugendlichen zu

¹⁰³ Vgl. Möller 1999, S. 25 f.

¹⁰⁴ Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus: Veränderte Jugend – veränderte Formen der Beteiligung Jugendlicher? In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (1998): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied, Kriftel, Berlin. S. 11 – 32, S. 22

genauen Terminen die Möglichkeit, ihre Meinungen, Wünsche und Kritik gegenüber politischen Akteuren und Verwaltungsangestellten zu äußern. Anhand der Anwesenheit dieser Akteure und der Medien wird hier sichergestellt, dass die Anliegen und Vorschläge umgesetzt werden. Beispiele hierfür können Jugendforen, Jugendhearings, Kinderparlamente oder auch so genannte ‚Runde Tische‘ sein.¹⁰⁵

Claudia Zinser ist einen Schritt weiter gegangen und hat eine Typologie der Beteiligungsformen geschaffen, die eine detaillierte Auflistung der Beteiligungsmöglichkeiten darstellt. Dabei gibt es:

- die *repräsentativen Beteiligungsformen*, also Gremien mit gewählten oder delegierten Vertretern, bspw. in Jugendgemeinderäten in Baden-Württemberg, in Jugendstadträten, die es vorwiegend in Nordrhein-Westfalen gibt, Jugendbeiräte in Schleswig-Holstein und Stadteiljugendräte wie auch Kinder- bzw. Jugendparlamente, die auf dem Delegiertenprinzip basieren,
- die *offenen Beteiligungsformen*, die sich durch den freien Zugang für alle interessierten Kinder und Jugendliche auszeichnen, wie Kinder- und Jugendforen, Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings und Jungbürgerversammlungen,
- die *projektorientierten Beteiligungsformen*, die thematisch und zeitlich eingegrenzt sind. häufig mit kreativen Methoden arbeiten und insbesondere im Bereich der Spielplatz- und Spielflächengestaltung, von Freizeitangeboten, etc. stattfinden,
- die *Kinder- und Jugendlichenvertretungen in Erwachsenengremien*, in denen sie sich innerhalb bestehender Planungsgruppen wie in Stadtteilkreisen oder Bürgerinitiativen beteiligen,
- die *Politiker-Kontakte*, mit denen Kinder und Jugendliche die politischen Akteure direkt ansprechen und ihre Anliegen im Rahmen von ‚Meckerbriefkästen‘, Sprechstunden und Rathausbesuchen vortragen können,
- die *Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit*, die auf Angebote der Partizipation in Jugendtreffs, Jugendhäusern, etc. abzielt und
- das *kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren*.¹⁰⁶

Bei den erläuterten Beteiligungsformen besteht neben dem grundsätzlich positiven Aspekt der politischen Beteiligungsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen auch durchaus Konfliktpotential. Zum einen konkurrieren die neu geschaffenen Partizipationsformen zu bereits bestehenden traditionellen Formen wie die Jugendorganisationen der Parteien oder Bürgerbegehren. Sie dienen zwar auch dem gleichen Anliegen, jedoch zielen sie auf die

¹⁰⁵ Vgl. Möller 1999, S. 26 f.

¹⁰⁶ Vgl. Zinser, Claudia: Erfahrungen mit Modellen gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der BRD. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 305 - 322, S. 311 & vgl. Bruner, WInklhofer, Zinser 1999, S. 29

Beteiligung einer sich eingrenzen Gruppierung, die politisches Interesse signalisiert und auf jeden Fall politisch engagiert ist. Zudem besteht die Gefahr der falschen Themensetzung in den oben beschriebenen Teilnehmungsformen, da die genannten Gremien zu bestimmten Themenbereichen kein Mitspracherecht eingeräumt bzw. ihnen durch die traditionellen Teilnehmungsformen verwehrt wird.¹⁰⁷

Durch die Bereitstellung der beschriebenen Partizipationsangebote und der Aufnahme ihrer Anliegen wird Kindern und Jugendlichen signalisiert, dass sie als Bürger ernst genommen werden.¹⁰⁸

Repräsentative Teilnehmungsformen haben den Vorteil, offizielle Vertretungsgremien zu sein, die sich regelmäßig und über einen längeren Zeitraum hinweg in den kommunalen Diskurs einbringen können. Zudem können sie mit ihrer parlamentarischen Form bei den etablierten politischen Akteuren, vor allem auf kommunaler Ebene, hohe Akzeptanz finden.¹⁰⁹ Durch die dauerhafte Präsenz gibt es stets verfügbare Ansprechpartner, die wegen ihrer Einbindung in das Handeln der Verwaltung und über ihre Zugänge zu den Erwachsenengremien, hohe Effektivität vorweisen können.¹¹⁰ An den repräsentativen Teilnehmungsformen gibt es jedoch auch mehrere Kritikpunkte. Neben der erwachsenengerechten Methodik wird auch die oftmals fehlende Macht- bzw. Entscheidungsbefugnis oder das kaum bestehende Mitspracherecht dieser Gremien beanstandet.¹¹¹ Außerdem wird auch die eher formale Teilnehmungsform wie das Wählen oder die Sitzungskultur beanstandet. Jugendliche mit ihrem unkonventionellen Politikverständnis werden damit nicht unbedingt angesprochen, so dass sie diesen Methoden und somit der Teilnehmungsform fern bleiben.¹¹²

Ein weiterer Kritikpunkt ist die relativ geringe Reichweite der repräsentativen Teilnehmungsformen. Bildungsbenachteiligte bzw. -ferne Kinder und Jugendliche lehnen es ab, daran zu teilnehmen. Strukturell ältere, männliche und gut gebildete Jugendliche hingegen nehmen oft und gerne daran teil.¹¹³

An den offenen und den projektorientierten Formen wird positiv hervorgehoben, dass sie kinder- und jugendgemäß mit hohem und kurzfristigem Wirkungsgrad sind. Innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens kann hiermit ein Projektvorhaben entwickelt, geplant und umgesetzt werden. Darüber hinaus werden mit diesen Teilnehmungsformen auch Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien angesprochen und zur Teilnahme ermuntert.¹¹⁴

¹⁰⁷ Vgl. Bukow 2001, S. 187 ff.

¹⁰⁸ Vgl. Möller 1999, S. 27

¹⁰⁹ Vgl. Bruner, Winklhofer, Zinser 1999, S. 32

¹¹⁰ Vgl. Möller 1999, S. 27 f.

¹¹¹ Vgl. Bruner, Winklhofer, Zinser 1999, S. 32

¹¹² Vgl. Möller 1999, S. 27 f.

¹¹³ Vgl. Hermann, Michael C.: Institutionalisierte Jugendparlamente. Über die Beteiligungsmotivation kommunaler Akteure – Formen, Chancen und Risiken. In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (1998): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Neuwied, Krefeld, Berlin. S. 315 – 334, S. 333

¹¹⁴ Vgl. Bruner, Winklhofer, Zinser 1999, S. 31

Bemängelt werden an diesen Formen die nicht dauerhafte Beteiligung und folglich auch die fehlende systematische Anbindung der beteiligten Personen an den Institutionen der Kommunalpolitik. Somit kann der Erfolg eines Projektes von den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen gar nicht oder nur kaum gemessen werden. Aufgrund der zeitlichen Begrenzung weiß niemand, was für Partizipationsmöglichkeiten den Kindern und Jugendlichen danach angeboten werden können.¹¹⁵

Fatke nimmt hierzu den Vorschlag von Michael C. Hermann auf, die repräsentativen, die offenen und die projektorientierten Beteiligungsformen in den Kommunen zu kombinieren, um auf diese Weise eine neue Qualität der Kinder- und Jugendpartizipation zu schaffen, mit der man den kinder- und jugendspezifischen Interessen gerecht wird, zugleich die Themen ganzheitlich bearbeitet und die Beteiligungsaktivitäten in den Kommunen nachhaltig verankert werden.¹¹⁶ Auf diesem Wege können auch die in Kapitel 3.1 formulierten Teilziele der Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten, wie Transparenz und die Bildung einer Öffentlichkeit, die für die Anliegen der Kinder und Jugend von besonderer Bedeutung ist, erreicht werden. Sie ist für die Existenz aller genannten Partizipationsformen elementar.

Erreichen die Anliegen und Diskussionen innerhalb der dargestellten Partizipationsformen eine große Gruppe an Jugendlichen und werden die Anliegen innerhalb dieser Öffentlichkeit von den etablierten Politikern gehört, kann dies einen Effekt auf die Motivation der beteiligten Kinder und Jugendlichen mit sich bringen. Erst wenn durch deren Motivation das Interesse und das Engagement aufrecht erhalten oder auch vergrößert werden, können die Teilnehmer in den erläuterten Partizipationsformen erfolgreich und nachhaltig arbeiten. Voraussetzung und notwendige Bedingung dafür ist die Schaffung einer Öffentlichkeit.¹¹⁷

4. Die Städte Düsseldorf und Stuttgart im Vergleich

Düsseldorf und Stuttgart – zwei Landeshauptstädte, die durch wirtschaftliche Prosperität und mit einer traditionsreichen Geschichte auf sich aufmerksam machen können. Um die grundlegenden Fragen dieser Arbeit beantworten zu können, muss neben den bisher dargestellten theoretischen Grundlagen auch etwas über die beiden Großstädte in Erfahrung gebracht werden.

Da diese Erhebung auf das Forschungsprojekt vom Frühjahr 2008 basiert, hat es sich empfohlen, wiederum Düsseldorfer Jugendliche für die Studie heranzuziehen. Zum einen

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 31 f. & Vgl. Möller 1999, S. 27 f.

¹¹⁶ Vgl. Fatke, Schneider, Meinhold-Henschel, Biebricher 2006, S. 27

¹¹⁷ Vgl. Spindler, Susanne: Kinder- und Jugendöffentlichkeit (Foren und Öffentlichkeit). n: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne (2001): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Köln. S. 191 – 203, S. 192 ff.

bestand bereits der Kontakt über das Amt für Statistik und Wahlen zu mehreren Schulen¹¹⁸, über die der Zugang zu Schülerinnen und Schülern und somit zum Erhebungsfeld sichergestellt wurde. Zum anderen empfiehlt es sich natürlich aus empirischen Gründen einen Vergleich der jetzt erhobenen zu den im April und Mai gewonnenen Daten durchzuführen. Als zu vergleichende Stadt wurde Stuttgart ausgewählt, weil hier bekanntermaßen hervorragende Rahmenbedingungen für politische Jugendbeteiligungsmöglichkeiten geschaffen worden sind, die in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern in Deutschland und auch europaweit kaum vorzufinden sind. Deshalb erscheint es interessant, zu prüfen, ob sich das Angebot solcher Strukturen im Gegensatz zu einer Stadt, die sich erst seit kurzem politische Jugendbeteiligung auf die Fahnen schreibt, auf das politische Interesse aller Kinder und Jugendlicher der Stadt positiv auswirken kann.

Nachdem gleich auf die soziodemografischen Merkmale, die räumliche Gliederung und dann auf die rechtlichen Grundlagen für Kinder- und Jugendpartizipation eingegangen wird, erfahren wir zum Ende des vierten Kapitels, wie die Teilhabemöglichkeiten in Düsseldorf und Stuttgart strukturell aufgebaut sind.

4.1 Soziodemografische Merkmale und räumliche Gliederung

Zunächst einmal werden die Stadtprofile der beiden Landeshauptstädte betrachtet. Nach der Klassifikation der Kommunen nach Gemeindetypen durch die Gemeindereferenz des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung vom 31.12.2006 werden beide Städte als ‚Große Großstadt‘ eingestuft, die als ‚Oberzentrum mit mindestens 300.000 Einwohnern‘ gelten.¹¹⁹

Am 31.12.2007 lebten in Düsseldorf 581.122 Einwohner. Düsseldorf ist Landeshauptstadt des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. In Stuttgart lag die Einwohnerzahl minimal höher. Die Landeshauptstadt des Bundeslandes Baden-Württemberg hatte zum gleichen Zeitpunkt 591.568 Einwohner. Dabei lag der Ausländeranteil in Düsseldorf bei 18,8 % und in Stuttgart bei 21,5 %. Hier sind evtl. Abweichungen aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom Juli 1999 zu berücksichtigen. Spricht man von Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit zwar besitzen, jedoch ihre Herkunft nicht-deutsch ist, dann handelt es sich um Personen mit Migrationshintergrund. Würde man diese Personen auch in den Personenkreis der ‚Ausländer‘ hinzuzählen, wäre dieser wesentlich größer. Geographisch

¹¹⁸ Aufgrund der Durchführung des Teamprojekts bestand zu sämtlichen Schulformen -außer zu Realschulen- ein Kontakt, der sich zumeist auch für diese Erhebung positiv auswirkte. Zu Realschulen musste für die Erhebung ein expliziter Zugang geschaffen werden.

¹¹⁹ Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (2009): Kommunalprofil Düsseldorf, krfr. Stadt. Regierungsbezirk Düsseldorf, Gemeindetyp: Große Großstadt. Düsseldorf. S. 2

und verwaltungstechnisch ist die Stadt Stuttgart in 23 Bezirke mit 152 Stadtteilen aufgeteilt.¹²⁰
 In Düsseldorf werden 50 Stadtteile zehn Stadtbezirken zugeteilt.¹²¹

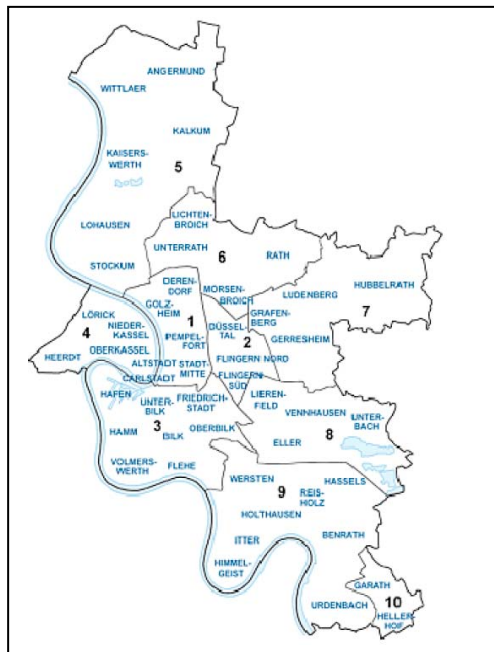


Abb. 2: Landeshauptstadt Düsseldorf - Bezirke und Stadtteile
 Quelle: www.duesseldorf.de/bv/index.shtml;
 eingesehen am 12.1.09

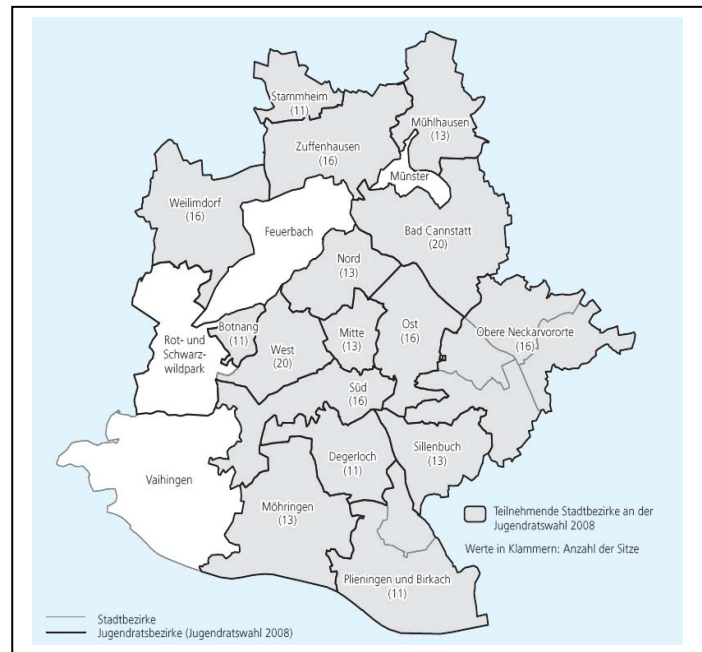


Abb. 3: Landeshauptstadt Stuttgart - Stadt- und Jugendratsbezirke
 Quelle: [Komunis – Jugendratswahlen in Stuttgart auf www.komunis.de](http://www.komunis.de); eingesehen am 03.02.2009

Das verfügbare Einkommen¹²² der privaten Haushalte in den Landeshauptstädten liegt auf einem vergleichbar ähnlichen Niveau. Im Schnitt verfügt ein privater Haushalt in Düsseldorf 22.107 €, wo in Stuttgart ein Haushalt über durchschnittlich 21.800 € zur Verfügung hat.

Auch bei den sozialversicherungspflichtigen beschäftigten Personen besteht eine gute Vergleichbarkeit der Städte. Ende Juni 2007 lag die Zahl Düsseldorf bei 343.237.¹²³ Das Arbeitslosenniveau erreichte hier 10,7 %.¹²⁴ In Stuttgart war diese Zahl mit 340.581 Beschäftigten geringer. Die Arbeitslosenquote lag in Stuttgart zu diesem Zeitpunkt bei 7,6 %, wobei sie sich bis Ende 2008 bei ca. 6 % eingependelt hat.¹²⁵

Da Jugendliche die entscheidende Rolle für die Untersuchung spielen, werden die Landschaft der weiterführenden Schulen und deren Schülerstruktur in Düsseldorf und Stuttgart gegenübergestellt. Hierzu können lediglich Daten aus dem letzten Schuljahr

¹²⁰ Vgl. Schwarz, Thomas: Die räumliche Gliederung Stuttgarts in Stadtbezirke und Stadtteile. In: Komunis (KommunaleS Informationssystem). Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt. Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2004, S. 12

¹²¹ Vgl. www.duesseldorf.de/bv/index.shtml, eingesehen 12.01.2009

¹²² Verfügbares Einkommen = Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen ./ Einkommensteuer und Sozialabgaben + Transferzahlungen des Staates, wie z.B. Kindergeld; Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Stand Dezember 2006. In: www.statistik-bw.de; eingesehen am 08.01.2009

¹²³ Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2009, S. 14

¹²⁴ Vgl. www.prcenter.de/Stellenmarkt-weniger-Arbeitslose-in-Duesseldorf-als-2007.27158.html; eingesehen am 09.01.2009

¹²⁵ Stuttgarter Zahlenspiegel 1995 - 2008. In: Komunis (KommunaleS Informationssystem). Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt. Statistik und Informationsmanagement

2007/2008 aufgezeigt werden, da keinen aktuelleren Daten zur Verfügung stehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die Zahlen bis heute nicht erheblich geändert haben und somit auch für die jetzt aktuelle Untersuchung herangezogen werden können. In Düsseldorf gab es zu diesem Zeitpunkt insgesamt 76 weiterführende Schulen mit 60.295 Schülern. Die 14 Hauptschulen besuchten 4.584 Schüler, von denen 2.953 eine deutsche und 1.631 Schüler keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Die 13 Förderschulen wurden von 2.027 Jugendlichen besucht, die zu ungefähr drei Viertel Deutsche waren. Die restlichen Förderschüler hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die 13 Realschulen besuchten 6.706 Schüler, von denen mit 5.052 Schülern der überwiegende Teil eine deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Die 17 Gymnasien hatten mit 14.361 Schülern abgesehen von den Berufsschulen die größte Schülerschaft, von denen lediglich 2.149 Schüler keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Gesamtschulen wurden von insgesamt 4.120 Schülern besucht, deren Schülerschaft sich aus 2.765 deutschen und 1.355 nicht-deutschen Staatsangehörigen.¹²⁶ Die 15 Berufsschulen und Berufsschulen besuchten in diesem Schuljahr insgesamt 28.497 Schüler. Dabei besaß mit 25.381 Schülern der große Teil der Schüler eine deutsche Staatsangehörigkeit.¹²⁷

Zieht man nun zum Vergleich die Schülerzahlen aus Stuttgart heran, lassen sich gravierende Unterschiede in den Schülerzahlen erkennen. Zum einen ist es damit zu erklären, dass es in Stuttgart keine Gesamtschulen gibt, so dass sich diese Schüler auf andere Schularten verteilen und somit grundlegend jede Schulform eine größere Anzahl an Schülern als in Düsseldorf hat. Laut der Statistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg besuchten 6.498 Schüler eine der 38 Hauptschulen, wovon der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (3.544 Schüler) größer ist als der mit deutscher Staatsangehörigkeit (2.954 Schüler). Die zwölf Förder- und Sonderschulen in Stuttgart ‚beherbergten‘ 2.618 Schüler. Der Anteil deutscher und nicht-deutscher Schüler an den 19 Realschulen in Stuttgart ist dem in Düsseldorf sehr ähnlich. Ungefähr 70 % (5.707) der insgesamt 7.987 Realschüler besitzen eine deutsche Staatsangehörigkeit. Die restlichen 2.280 Realschüler sind ausländische Staatsangehörige. Von den 20.048 Schülern an Gymnasien ergibt sich ein sehr großer Unterschied zwischen deutschen und nicht-deutschen Schülern. Hier besitzen 17.930 Schüler die deutsche und 2.118 Schüler nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.

¹²⁶ Vgl. Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf (2008): Die städtischen Schulen und deren Schüler in den Stadtbezirken und Stadtteilen am Jahresende 2007 & Die Schüler an den städtischen Schulen nach Wohnort, besuchter Schulform und Nationalität am Jahresende 2007. Quelle: Schulverwaltungsamt.

¹²⁷ Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (2009): Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler, Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler an öffentlichen und privaten Berufskollegs. Liste vom 15.10.2007.

Schulform	Anzahl Schulen in Düsseldorf	Düsseldorf Schüler (deutsche Staatsangehörigkeit)	Düsseldorf Schüler (keine deutsche Staatsangehörigkeit)	gesamte Schüleranzahl Düsseldorf
Hauptschulen	14	2.953	1.631	4.584
Förder-/Sonderschulen	13	1.472	555	2.027
Realschulen	13	5.052	1.654	6.706
Gesamtschulen	4	2.765	1.355	4.120
Gymnasien	17	12.212	2.149	14.361
Berufsschulen / Berufskollegs	15	25.381	3.116	28.497
gesamt	76	49.835	10.460	60.295

Schulform	Anzahl Schulen in Stuttgart	Stuttgart Schüler (deutsche Staatsangehörigkeit)	Stuttgart Schüler (keine deutsche Staatsangehörigkeit)	gesamte Schüleranzahl Stuttgart
Hauptschulen	38	2.954	3.544	6.498
Förder-/Sonderschulen	12	1.717	901	2.618
Realschulen	19	5.707	2.280	7.987
Gesamtschulen	-	-	-	-
Gymnasien	37	17.930	2.118	20.048
Berufsschulen / Berufskollegs	22	15137	6.869	22.006
gesamt	128	43445	15712	59.157

Abb. 4: Verteilung der Schüler in Düsseldorf und Stuttgart Ende 2008; selbst erstellt in Anlehnung an Daten aus www.komunis.de und dem Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf (2008); Stand Schuljahr 2007/08.

4.2 Rechtliche Grundlagen für politische Kinder- und Jugendpartizipation in Düsseldorf und Stuttgart

Da innerhalb der Studie zu dieser Arbeit erhoben wird, inwieweit sich die Bildung von politischen Partizipationsmöglichkeiten in den beiden Städten sich auf das politische Interesse und Engagement der Jugendlichen auswirkt, muss auch das rechtliche Fundament der demnach wichtigsten Beteiligungsmöglichkeiten in Düsseldorf und Stuttgart erkundet werden. Die rechtlichen Grundlagen für die Bildung von Jugendräten werden nachfolgend dargestellt. Hierzu muss hervorgehoben werden, dass sie nicht die einzigen Partizipationsmöglichkeiten in den beiden Städten sind, doch soll das Augenmerk besonders auf diese Form der Beteiligung gerichtet werden, da sich diese in den beiden Städten als zentrale politische Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche entwickelt hat.

Wie in Kapitel 3.3 angedeutet, kann man sagen, dass die Bereiche kommunaler Beteiligung für Kinder und Jugendliche im Landesrecht geregelt werden. Hier muss vor allem auf die Gemeindeordnungen der einzelnen Bundesländer verwiesen werden. Daneben bestehen Beteiligungsrechte im Bundesrecht wie das Anhörungsrecht bei Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen und das generelle

Beteiligungsgebot aus dem Sozialgesetzbuch.¹²⁸ Die Einbettung in internationale Richtlinien wie die UN-Kinderrechtskonvention wurde in dieser Arbeit schon erwähnt, deshalb soll auf die weltweit rechtliche Bindung der Unterzeichnerstaaten nicht mehr eingegangen werden.

In Bezug auf Kinder- und Jugendpartizipation wurde bereits im theoretischen Abschnitt erläutert, dass sich die nahe Lebenswelt der Heranwachsenden am besten für Beteiligung eignet. Demnach sollte hier ein Blick auf das kommunale Wahlrecht der beiden Bundesländer vorteilhaft sein.

In Baden-Württemberg gilt nach § 12 Gemeindeordnung und § 10 Landkreisordnung, dass das Wahlalter bei 18 Jahren liegt. In Nordrhein-Westfalen besteht die gesetzliche Regelung nach § 7 des Kommunalwahlgesetzes, mit der das Wahlalter für Kommunalwahlen bei 16 Jahren festgesetzt wurde.¹²⁹ Demnach haben die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen gegenüber den Baden-Württembergern zumindest die staatsbürgerliche Pflicht und den Vorteil, ihre kommunalen Repräsentanten in den Gemeinderäten selbst bestimmen zu dürfen. Wie sich das rechtlich mit der Wahl der Jugendräte hält und welche gesetzlichen Vorschriften sie beachten bzw. Rechte sie besitzen, wird nachfolgend erläutert.

4.2.1 Rechtliche Grundlage in Düsseldorf

Am 14. Juni 2007 hat der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf die Wahlordnung für die Wahl des Jugendrates in Düsseldorf und deren Geschäftsordnung als Satzung in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1) und § 41 Abs.1 f) der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen beschlossen.¹³⁰ Dabei wurde der Grundstein für die Wahl und die Bildung des ersten gesamtstädtischen Jugendrates in Düsseldorf gelegt, mit dem, so die Präambel der Geschäftsordnung, die Jugendlichen „die Chance zur Mitgestaltung ihrer Umgebung, die Möglichkeit zur Mitwirkung erhalten und an den Entscheidungen der Landeshauptstadt beteiligt werden.“¹³¹

Der überparteilich und überkonfessionell arbeitende Jugendrat soll demnach im Interesse aller Düsseldorfer Jugendlichen sprechen und tätig sein, auf die Belange von Kindern und Jugendlichen aufmerksam machen, die Wege politischer Entscheidungen transparenter machen und „die Beteiligung von Jugendlichen an kinder- und jugendratsrelevanten politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglichen und sicherstellen“¹³².

¹²⁸ Vgl. Berger 2007, S. 121 f.

¹²⁹ Vgl. ebd., S. 126

¹³⁰ Vgl. Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S. 1

¹³¹ Geschäftsordnung des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Präambel. In: Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S.

3

¹³² Ebd., Art. 1

Nach der Wahlordnung, Punkt VIII und IX sind alle Personen wahlberechtigt, die das 11. Lebensjahr vollendet, aber das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und mit Hauptwohnung in Düsseldorf angemeldet sind. Der Kreis der wählbaren Personen ist da hingegen ein wenig kleiner. Es können alle wahlberechtigten Personen, die am Tag der Wahl das 14. Lebensjahr vollendet und das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, gewählt werden.¹³³

Als Grundlage der Jugendrätstätigkeit gilt die Regelung seiner Geschäftstätigkeit. Nach Absatz 4 der Geschäftsordnung (Rechte und Pflichten der Mitglieder des Jugendrates) ist das zugesprochene Mandat eines Jugendrates ehrenamtlich. Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen pünktlich zu erscheinen, teilzunehmen und ihnen bis zum Schluss beizuwohnen. Fehlt ein Mitglied mehrmals unentschuldigt, kann dies zum Ausschluss führen. Unabhängig von einem Mandat können die Mitglieder auch an anderen, weiteren Beteiligungsprojekten mitarbeiten.¹³⁴

Der Sprecher des Jugendrates und dessen Stellvertreter erhalten nach Abs. 1 der Geschäftsordnung alle öffentlichen Vorlagen und Niederschriften des Stadtrates, des Jugendhilfeausschusses, des Schulausschusses, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, der Bezirksvertretungen und alle weiteren jugendrelevanten öffentlichen Vorlagen.¹³⁵ Nach Absatz 5 wird auch die geschlechterspezifische Verteilung geregelt, in der es heißt, dass durch die Wahl aus Mitte des Jugendrates jedes Geschlecht vertreten sein muss. Ein Sprecher leitet die Jugendratssitzungen und vertritt diesen in der Öffentlichkeit. Der Antrag zur Abwahl des Jugendratssprechers muss von mindestens elf stimmberechtigten Jugendratsmitgliedern gestellt werden. Über einen derartigen Antrag ist innerhalb einer Frist von frühestens zwei bis spätestens vier Wochen abzustimmen und eine Abwahl lediglich mit einer 2/3-Mehrheit möglich.¹³⁶

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Regelung der tatsächlichen Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Jugendrates. Absatz 6 der Jugendratsatzung bestätigt, dass der Jugendrat Anträge und Anfragen an die zuständigen Gremien der Stadt beschließen und diese 14 Tage vor der Sitzung beim Vorsitzenden des Gremiums einreichen muss. Für die städtischen Gremien wie den Ausschuss für regionale und europäische Zusammenarbeit und Integration, den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umweltschutz, den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und

¹³³ Vgl. Wahlordnung für die Wahl des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Art. VIII und IX. In: Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S. 1

¹³⁴ Vgl. Geschäftsordnung des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Art. 4 In: Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S. 3

¹³⁵ Vgl. ebd., Art. 1.

¹³⁶ Vgl. ebd., Art. 5. S. 3 f.

Liegenschaften, den Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung, den Bau-, den Frauen-, den Jugendhilfe-, den Kultur-, den Ordnungs- und Verkehrs, den Schul- und den Sportausschuss sowie in alle Bezirksvertretungen kann der Jugendrat ein gewähltes, stimmberechtigtes Mitglied benennen.¹³⁷ Das Jugendamt nimmt die Aufgaben des Jugendrates in Form einer Geschäftsstelle wahr und ernennt einen Betreuer, der für den Jugendrat zuständig ist.¹³⁸

Zuletzt ist die Betrachtung der rechtlichen Regelung bzgl. der Beschlussfähigkeit des Jugendrates notwendig. Nach Absatz 9 gilt, dass dieser beschlussfähig ist, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und die einfache Mehrheit ausreicht. Lediglich bei Wahlen des Sprechers oder anderer Ämter entscheidet die absolute Mehrheit und beim Ausschluss eines Mitglieds die $\frac{3}{4}$ -Mehrheit.¹³⁹

4.2.2 Rechtliche Grundlage in Stuttgart

Der erste Schritt zur Bildung einer rechtlichen Grundlage für die Wahl zur Entstehung der Jugendräte in Stuttgart stammt mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 18. Mai 1995. Sie besteht somit mehr als zwölf Jahre länger als die rechtliche Grundlage in Düsseldorf. Gesetzliche Grundlage für die generelle Bildung eines Jugendgemeinderates in Baden-Württemberg ist jedoch die Gemeindeordnung vom 16. Juli 1998. In Absatz 1 des Artikels 41 a heißt es, dass eine Gemeinde einen Jugendgemeinderat errichten kann und dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Weiter heißt es in Absatz 2, dass die Beteiligung von Jugendgemeinderäten an den Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten geregelt und ein Vorschlags- sowie Anhörungsrecht vorgesehen werden kann. Hier handelt es sich somit um eine Kann- bzw. Soll-Regelung. Des Weiteren ist rechtlich festgelegt, dass die Jugendlichen in Ausschüssen oder bei Gemeinderatsbeschlüssen kein Rederecht besitzen, sondern lediglich Fragen des Gemeinderats oder des Bürgermeisters beantworten dürfen. Zudem gilt, dass für Angelegenheiten, die die Jugendlichen betreffen, im Gemeinderat Anhörungen durchgeführt werden können.¹⁴⁰

Im Gegensatz zu den Bestimmungen in Düsseldorf wurde hier keine Satzung in die Gemeindeordnung eingefügt, da die Rahmenbedingungen bzw. Grundsätze für eine Jugendratswahl in Stuttgart schon drei Jahre vorher festgelegt und als Gemeinderats-Drucksache festgehalten wurden. Man ging davon aus, dass eine nachträgliche Änderung der Gemeindeordnung durch eine Festsetzung mit einer Satzung bürokratischen

¹³⁷ Vgl. ebd., Abs. 6. S. 4

¹³⁸ Vgl. ebd.

¹³⁹ Vgl. ebd.

¹⁴⁰ Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilung Information- und Kommunikationstechnik: Datenbank ‚Gemeindeordnung für Baden-Württemberg. In der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581). Zuletzt geändert durch Gesetze vom 01. Dezember 2005 (GBl. S. 705) und vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20)‘, S. 196

Mehraufwand bedeuten würde. Bis heute gelten die damals erstellten Rahmenbedingungen für den Modellversuch ‚Jugendräte in den Stadtbezirken‘ und die Grundsätze für die erste Wahl als rechtliche Grundlage, doch sind diese bis heute stets ergänzt und weiterentwickelt worden. Der hauptsächliche Vorteil ist dabei, dass bei Änderungen zu bzw. der Anträge von den Jugendräten keine Satzungsänderung mit Gemeinderatsabstimmung notwendig ist. Entscheidungen können schneller und flexibler getroffen werden, ohne dass es einer Satzungsänderung bedarf. Nachteilig ist bei dieser Vorgehensweise, dass es sich nur um Richtlinien bzw. Rahmenbedingungen ohne feste gesetzliche Verankerung handelt.

Die letzte Beschlussvorlage zur Satzungsänderung vom Juni 2007 beinhaltet Änderungsanträge, Erfahrungsberichte und Empfehlungen der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung, Rahmenbedingungen für die Beteiligung Jugendlicher und Informationen zu den vergangenen Projekten und Themen der Jugendräte.

Sie wird dem Jugendhilfe- und dem Verwaltungsausschuss zur Vorberatung vorgelegt, bevor im Gemeinderat der Beschluss öffentlich gefasst wird.¹⁴¹

In § 1, Abs. 1 der Rahmenbedingungen wird festgelegt, dass die Jugendräte die Aufgabe haben, den Wünschen und Vorstellungen der Jugendlichen in allen kommunalen Angelegenheiten auf Stadtbezirksebene in eigener Initiative oder auf Anforderung durch den Gemeinderat, den Bezirksbeirat oder der Stadtverwaltung vorzubringen. Sind bearbeitete oder zu bearbeitende Themen wahlbezirksübergreifend, soll sich ein Arbeitskreis der Jugendräte damit auseinandersetzen.¹⁴²

In Abs. 2 wird erwähnt, dass alle zwei Jahre Jugendratswahlen in allen Stadtbezirken angeboten werden. Sie finden am Anfang eines Kalenderjahres statt. Hier gelten aktives und passives Wahlrecht für eine Gruppe von Jugendlichen gleichbedeutend: alle, die am letzten Tag der Wahl mindestens 14 Jahre, aber noch nicht 19 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten im jeweiligen Stadtbezirk haben, dürfen wählen und gewählt werden. Vorsitzende der Jugendräte sind nach § 1, Abs. 4 die Bezirksvorsteher oder deren Beauftragte des jeweiligen Stadtbezirks. Ein Jugendrat kann in seiner Geschäftsordnung festlegen, dass ein Mitglied des Gremiums den Vorsitz übernimmt.¹⁴³

Des Weiteren wird in den Rahmenbedingungen festgelegt, dass in Stadtbezirken ohne Jugendrat aus den vorhandenen Budgetmitteln offene Beteiligungsformen wie Jugendforen initiiert werden. Darüber hinaus soll ein stadtweites Jugendhearing im zweijährigen Turnus stattfinden. Die Bezirksbeiräte müssen sich mit den vom Jugendrat vorgebrachten Anliegen befassen.¹⁴⁴ Daran kann man erkennen, dass im Gegensatz zur Satzung des Düsseldorfer

¹⁴¹ Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser: Beschlussvorlage zu Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen - Jugendratswahlen 2008; Rahmenbedingungen für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen in der Landeshauptstadt Stuttgart vom 19.06.2007, S. 1

¹⁴² Vgl. ebd., § 1, S. 8

¹⁴³ Vgl. ebd.

¹⁴⁴ Vgl. ebd., § 2, S. 9

Jugendrates auch die offenen Beteiligungsformen in die Rahmenbedingungen aufgenommen worden sind. Dies deutet darauf hin, dass neben der Bildung von Jugendräten auch auf die Nutzung von offenen Formen Wert gelegt wird. Hier spricht man vom so genannten Partizipationsmix.¹⁴⁵ Zudem werden hier die Arbeitsweise der Jugendräte, deren pädagogische und fachliche Begleitung durch die Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung im Haupt- und Personalamt der Stadt Stuttgart sowie die Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen der Jugendräte geregelt.¹⁴⁶

Die Organisation der Wahlen zum Jugendrat wird hier in § 7 rechtlich festgehalten und ist somit in die Rahmenbedingungen eingebunden. Hier müssen noch weitere Punkte aus diesem Paragraphen erwähnt werden: die Organisation und die Regelung zur Ankündigung der Wahlen spielen eine wichtige Rolle. Zudem wird bestimmt, dass die weiter oben genannten Stadtbezirke die Wahlbezirke sind. Des Weiteren werden noch weitere Punkte bzgl. der rechtlichen Regelung der Wahlform, der Wahlvorstände, zu den Wahlräumen, den Wahlurnen oder den Wahlzeitraum und die Durchführung der Wahl in Zusammenhang mit der Kandidatenvorstellung rechtlich zugrunde gelegt.¹⁴⁷

4.3 Struktureller Aufbau der Partizipationsmöglichkeiten

Wie weiter oben darauf hingewiesen, gibt es bereits in der theoretischen Sichtweise auf die verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche grundlegende Unterschiede. Neben der Aufteilung in die Möglichkeiten der Einflussnahme für Kinder und Jugendliche von Palentien und Hurrelmann, können diese auch nach der Typologie der Beteiligungsformen von Claudia Zinser strukturiert dargestellt werden.

Da in Düsseldorf und Stuttgart Jugendräte als hauptsächliche politische Beteiligungsform eingeführt wurden, ist ein kurzer Blick auf die strukturellen Unterschiede, auch in Zusammenhang mit anderen Beteiligungsformen, durchaus bedeutsam für deren Einfluss auf das politische Interesse und Engagement der Jugendlichen auf der kommunalen Ebene.

4.3.1 Struktureller Aufbau in Düsseldorf

Der Jugendrat Düsseldorf wurde im Jahr 2007 zum ersten Mal gewählt. Rund 50.000 Düsseldorfer Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 20 Jahren haben so grundsätzlich alle zwei Jahre (die nächste Wahl findet nach der Wahlordnung erst im Abstand von drei

¹⁴⁵ Möller 1999, S. 83

¹⁴⁶ Vgl. ebd., § 5, S. 11

¹⁴⁷ Vgl. ebd., § 7, S. 11 f

Jahren statt) das Recht, den stadtbezirksorientierten Jugendrat zu wählen. Dabei spielt die Nationalität keine Rolle.¹⁴⁸ Dies bedeutet, dass der Jugendrat nach Art. 1 der Wahlordnung und Art. 2 der Geschäftsordnung der Satzung aus 31 gewählten Düsseldorfer Jugendlichen, mindestens einer aus jedem Stadtbezirk, deren Wahl geschlechterquotiert abläuft, und je einem von den Stadtratfraktionen benannten Vertretern, zusammengestellt wird. Die Anzahl der zu wählenden Jugendratsmitglieder pro Stadtbezirk wird nach der Anzahl der Wahlberechtigten der jeweiligen Stadtbezirke bestimmt.¹⁴⁹ Der gesamtstädtische Jugendrat Düsseldorf tagt mindestens viermal im Jahr in öffentlichen Sitzungen und wird erhält Unterstützung bzw. wird koordiniert von der Geschäftsstelle, die im Jugendamt angesiedelt ist.¹⁵⁰

Aktiv in der Kommunalpolitik mitwirken und diese mit gestalten, kann der Jugendrat, in dem er eins seiner gewählten, stimmberechtigten Mitglieder für die öffentlichen Sitzungen der oben bereits genannten Ausschüsse entsendet. Die grundlegendste Aufgabe des Jugendrates ist es, die „Meinungen und Vorstellungen zur politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltung des lokalen Lebensumfeldes möglichst vieler Düsseldorfer Jugendliche zu vertreten.“¹⁵¹ Dies bedeutet, dass die Jugendräte auf die Kommunalpolitik am ehesten in den Fachausschüssen Einfluss ausüben können.

Des Weiteren muss erwähnt werden, dass neben der Installierung des Jugendrates durch Maßnahmen im Rahmen des Projekt-Konzepts ‚Junior-Wahlen‘ den Düsseldorfer Schülern durch das Amt für Statistik und Wahlen, ihr politischer Wissens- und Informationsstand erweitert und verbessert werden. Politische Bildungsmaßnahmen sollen das Interesse und Engagement der Jugendlichen für und im politischen Willensbildungsprozess erhöhen.¹⁵² In dessen Rahmen finden auch themengebundene Jugendkonferenzen und Jugendforen statt, jedoch ist nicht bekannt, ob diese auf politische Entscheidungsprozesse erfolgreich einwirken konnten.

4.3.2 Struktureller Aufbau in Stuttgart

Neben dem Unterschied zum Düsseldorfer Jugendrat, dass diese in einigen Stuttgarter Bezirken schon 1995 gewählt wurden, ist eine zentrale Besonderheit des Stuttgarter Modells

¹⁴⁸ Vgl. www.duesseldorf.de/presse/pld/d2007/d2007_10/d2007_; eingesehen am 13.12.2008

¹⁴⁹ Vgl. Wahlordnung für die Wahl des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Art. 1, S. 3 & Geschäftsordnung des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Art. 2 In: Satzung Düsseldorfer Jugendrat im Düsseldorfer Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S. 3

¹⁵⁰ Vgl. www.duesseldorf.de/presse/pld/d2007/d2007_10/d2007_; eingesehen am 13.12.2008

¹⁵¹ Geschäftsordnung des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Art. 1 In: Satzung Düsseldorfer Jugendrat im Düsseldorfer Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007, S. 3

¹⁵² Vgl. Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf 2008, S. 3

die dezentrale Struktur, mit der die Jugendräte bezirksorientiert arbeiten. Dies bedeutet, dass sie in fast jedem Stuttgarter Bezirk, die Bezirksbeiräte mit ihren Anliegen beeinflussen und entsprechend an politischen Entscheidungen mitwirken können.¹⁵³

Seit der Wahl 2008 bestehen in 15 Bezirken Jugendräte und einer, der in den ‚Oberen Neckarvororten‘ bezirksübergreifend agiert. Bei dieser Wahl waren 31.000 Jugendliche, also weitaus weniger als in Düsseldorf, wahlberechtigt. Insgesamt wurden in den Bezirken 111 Mädchen und 118 Jungen in die Jugendräte gewählt bzw. sind bisher nachgerückt. Aus jedem der insgesamt 16 Jugendräte werden maximal 3 Delegierte in den gesamtstädtischen Jugendrat bzw. den Arbeitskreis Stuttgarter Jugendräte entsendet.

Zudem kommt jeweils ein Vertreter aus den Projektgruppen, die in diesen Stadtbezirken bestehen, in denen kein Jugendrat zustande gekommen ist. Daneben gibt es auch die offene Beteiligungsformen, die seit 2007 alle zwei Jahre in Form von Jugendhearings im Stuttgarter Rathaus stattfinden und für alle Jugendliche geöffnet ist und die Jugendforen. Pädagogisch werden die Beteiligungsformen von den Bezirksvorstehern, der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Haupt- und Personalamt der Stadtverwaltung und den Stuttgarter Jugendhäusern betreut.¹⁵⁴

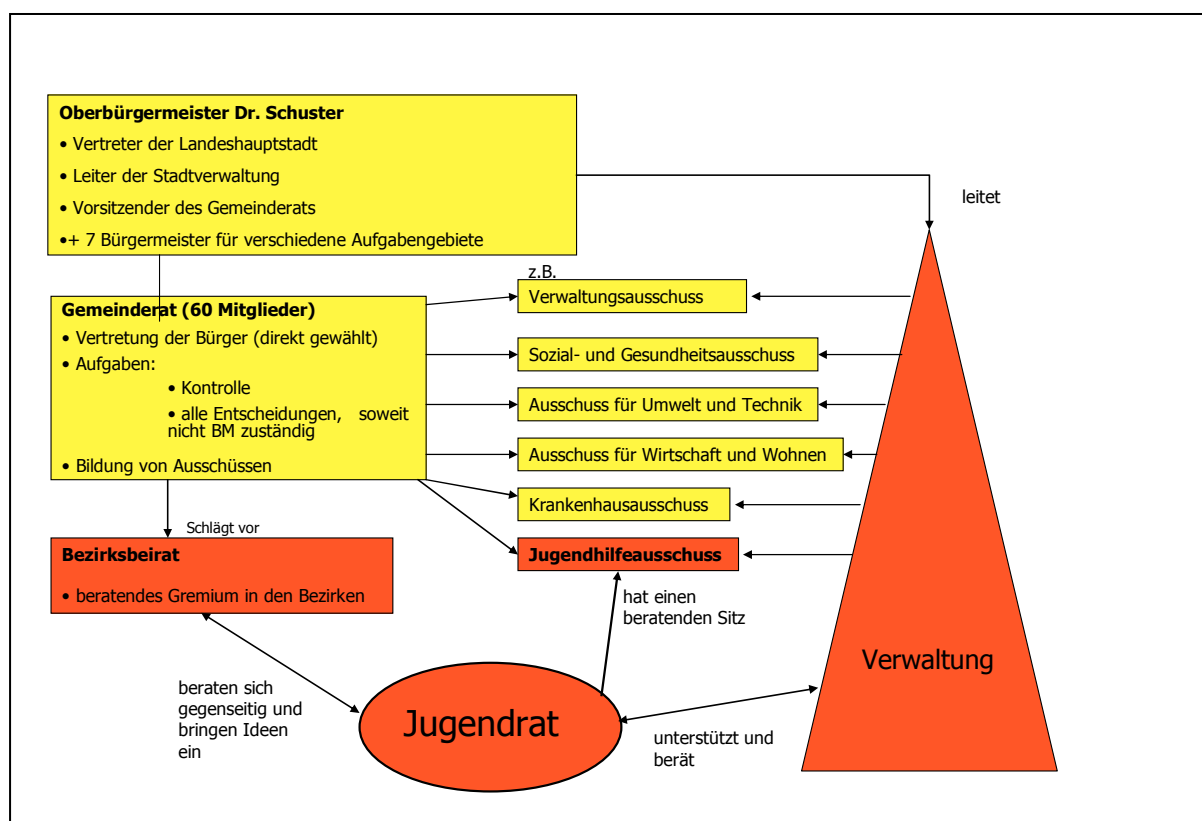


Abb.5: Organe der Stadt Stuttgart und die Position des Jugendrates. Quelle: Eigene Erstellung der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung im Haupt - und Personalamt der Stadt Stuttgart, 2008.

¹⁵³ Vgl. Möller 1999, S. 14

¹⁵⁴ Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser 2007, S. 2 ff.

Auf Bezirksebene wirken die Verwaltungen bei der Weitervergabe und der Vermittlung der zur Aktivierung von Jugendlichen notwendigen Informationen im Bezirk an Schulen, Jugendeinrichtungen und Vereinen, bei der Begleitung und Betreuung des Jugendrates auf Bezirksebene, bei der Vermittlung von Informationen über die Beteiligung an Planungsprozessen im Bezirk, wie den Bau eines Spielplatzes oder einer Skateranlage, sowie helfen sie beim Aufbau und der Pflege eines Netzwerks ‚Jugendbeteiligung‘ auf Bezirksebene mit Kontaktpersonen an Schulen oder Vereinen.¹⁵⁵

Wichtig zu nennen, ist auch die Funktion des Arbeitskreises der Jugendräte, der den ständigen Vertreter für den Jugendhilfeausschuss, im Arbeitskreis ‚Spielflächen‘ und in ggf. anderen Gremien, den Vertreter für den ‚Dachverband Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg‘ und den Vertreter für den Fahrgastbeirat des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) ernennt.¹⁵⁶

5. Stand der Forschung und Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt ‚Politisches Interesse Jugendlicher in Düsseldorf‘

Wie im Bericht des Teamprojekts bereits dargestellt, wurde bisher das politische Interesse und politisches oder soziales Engagement in einigen Studien untersucht. Dabei sind die Erkenntnisgewinne aus dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und der Jugendstudien der Shell Deutschland Holding hervorzuheben. Auch das dieser Untersuchung zugrunde liegende Forschungsprojekt hat interessante Ergebnisse geliefert, die in diesem Kapitel erläutert werden sollen.

Das DJI und die Shell Deutschland Holding untersuchen mit ihren Panelstudien in gewissen Zeitabständen die sich in der Jugendphase befindenden Menschen. Dabei wird der Fokus auch auf deren politisches Interesse, ihre Einstellung gegenüber dem politischen System, den politischen Akteuren und Institutionen sowie auf ihr politisches und soziales Engagement gerichtet.

Das DJI konzentrierte sich bisher in drei Untersuchungswellen seit auf Personen im Alter von 12 bis 29 Jahren. Politisches Interesse, das Bildungsniveau und das Alter der Befragten zeigten dabei einen starken Zusammenhang. Je höher das Bildungsniveau einer befragten Person war, desto eher war sie auch politisch interessiert. Jugendliche mit eher niedrigem Bildungsniveau waren eher desinteressiert, setzten sich in Gesprächen in ihrem nahen Umfeld viel weniger mit politischen Themen auseinander und schätzten ihre eigene politische Kompetenz als tendenziell gering ein. Sind Jugendliche politisch interessiert,

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 6 f.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 10

engagieren sie sich dementsprechend überproportional oft in Vereinen, Verbänden, Parteien etc.¹⁵⁷

Das Wählen wird von den Jugendlichen als wichtigste politische Beteiligungsmöglichkeit in einem demokratischen System angesehen. Partizipationsmöglichkeiten wie Unterschriften sammeln, Demonstrationen und Leserbriefe schreiben, werden von den Jugendlichen neben dem Wählen ebenfalls als gute Partizipationsformen angegeben.¹⁵⁸

Rund 1/3 der Befragten ist Mitglied in einem Sportverein, was auch im Falle von sozialer Beteiligung als Engagement betrachtet werden kann. 10 % der Befragten waren aktive Mitglieder in Heimat- und Bürgervereinen, in Gewerkschaften oder in Studenten- und Jugendverbänden.¹⁵⁹

Insgesamt liegen die Mitgliedschaft und die aktive Jugendbeteiligung in traditionellen gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden auf stabilem Niveau. Auch wenn politisches Engagement nicht als zentrales Betätigungsfeld betrachtet wird, kann eine generelle Abkehr der Heranwachsenden nicht bestätigt werden.¹⁶⁰

Sehr wichtig sind auch die Erkenntnisse des DJI in den Studien aus 2000 und 2003 in Zusammenhang mit Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund haben. Dabei wurde in beiden Studien belegt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund sich in ihren Lebensverhältnissen und ihren Orientierungen den einheimischen, deutschen Jugendlichen ziemlich ähneln, wenn sie hier geboren sind und dementsprechend seit langem oder schon immer in der BRD leben. Die Integrationsprozesse in die deutsche Gesellschaft werden dabei durch den Einfluss des Bildungsniveaus überlagert.

Die Shell Jugendstudien liefern ungefähr die gleichen Gesamtergebnisse. Rund 40 % der Jugendlichen schätzen sich als politisch interessiert ein, wobei die männlichen Jugendlichen weitaus interessierter als die Mädchen bzw. die jungen Frauen sind. Jugendliche aus interkulturellen Milieus und mit höherem Bildungsgrad zeigen ebenfalls ein größeres Interesse an politischen Themen. Jugendliche mit Migrationshintergrund hingegen weisen ein geringeres politisches Interesse auf. Die etablierte, konventionelle Politik gilt bei den meisten Jugendlichen als ‚vergreist‘, die sich nicht um jugendliche Belange und Probleme kümmert. Zudem schwindet ihr Vertrauen gegenüber Politikern, Parteien und anderen politischen Institutionen.¹⁶¹

¹⁵⁷ Vgl. Gaiser, Rijke 2006, S. 245 f.

¹⁵⁸ Vgl. ebd., S. 245 ff.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 286 ff.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 290 f.

¹⁶¹ Vgl. Schneekloth, Ulrich (2006): Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Bonn. S. 103 – 145, S. 122

Auch Palentien und Hurrelmann interpretieren das fehlende politische Interesse eher als Politikerverdrossenheit, da Jugendliche bei gesellschaftlichem Engagement in weiteren Studien eine sehr große Bereitschaft aufzeigen, aktiv zu werden.¹⁶²

Hierzu kann man sagen, dass Jugendliche ein stärker werdendes Interesse an gesellschaftlichen Problemen entwickeln, jedoch wenden sie sich zunehmend von der konventionellen Politik ab und eher Non-Governmental Organizations (NGOs)¹⁶³, wie bspw. Greenpeace und amnesty international zu. Zudem ist Engagement von Jugendlichen in ihrer direkten Lebenswelt zu erkennen. Sie setzen sich vor allem für das Interesse von sozial Benachteiligten und hilfsbedürftigen, älteren Menschen ein.¹⁶⁴

Aus der Untersuchung des Forschungsprojekts, welches auch die Grundlage für diese Arbeit darstellt, gibt es teilweise überschneidende Ergebnisse wie in den Shellstudien und dem Jugendsurvey des DJI. Die Ergebnisse der Studie ‚Politisches Interesse von Jugendlichen: Eine Fallstudie in Düsseldorf‘ werden im Folgenden detaillierter betrachtet. Bei der Untersuchung wurden 585 Schüler an mehreren Düsseldorfer Schulen befragt. Außer Realschülern nahmen Schüler sämtlicher Schulformen an der Erhebung teil. Die meisten Teilnehmer sind in den Jahren 1992 und 1991 (jeweils 27 % der Gesamtzahl) geboren. Die restlichen Schüler sind in der Jahresspannbreite von 1981 bis 1994 auf die Welt gekommen und übernehmen jeweils einen Anteil von ca. 10 % der Gesamtzahl der Befragten. Annähernd die Hälfte der befragten Schüler hatte einen Migrationshintergrund und insgesamt wurden mehr weibliche (52 %) als männliche Schüler (48 %) untersucht.¹⁶⁵

Bei der Frage nach der Teilnahme der Jugendlichen bei den nächsten Bundestagswahlen gaben 37 % an, ihre Stimme abgeben zu wollen. Die gleiche Anzahl würde nicht wählen gehen und die restlichen Befragten gaben an, noch nicht zu wissen, ob sie teilnehmen werden. Fast die Hälfte der Schüler gab an, von der Politik in Deutschland kaum oder gar nicht angesprochen zu werden. Lediglich ein kleiner Teil von 12,3 % gab an, Gefallen an ihr zu finden. Beim subjektiv empfundenen politischen Interesse bescheinigte sich nur eine kleine Gruppe von 16,8 % ein starkes bzw. sehr starkes Interesse an politischen Themen. Der Großteil von 42 % ist wenig oder gar nicht an Politik interessiert, während die übrigen Befragten ein durchschnittliches politisches Interesse besitzen. Interessant war, dass die Gymnasiasten mit 20 % zwar die meisten Angaben zu sehr starken bzw. starkem Interesse aufzeigten, jedoch gaben diese gleichzeitig am öftesten an, überhaupt nicht an politischen

¹⁶² Vgl. Palentien, Hurrelmann 1998, S. 290 ff.

¹⁶³ NGOs sind nach Nohlen alle zivilgesellschaftlich angebundene Organisationen, die sich von Staat und Markt abgrenzen. Sie sind gegenüber dem Staat autonom und arbeiten nicht profitorientiert. Diese Gesellschaften sind nicht von kommerziellen Interessen geleitet und gehören dem Dritten Sektor an, die Gruppierungen, Vereine, Gesellschaften, Organisationen, juristische Personen, etc. beinhalten. Oftmals handelt es sich um Bürgerinitiativen oder um soziale Bewegungen. Vgl. Nohlen, Dieter: NGO. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2003): Kleines Lexikon der Politik. 3. Auflage. München, S. 332 – 334, S. 332

¹⁶⁴ Vgl. Schneekloth 2006, S. 110 ff.

¹⁶⁵ Vgl. Nieto, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S. 68 f.

Themen interessiert zu sein. Ein Großteil der befragten Schüler (56 %) gab an, dass sich sein politisches Interesse mit steigendem Alter auch erhöhen wird.¹⁶⁶

Nach Angaben der Schüler sollen Politiker vor allem Themen aus ihrer nahen Lebenswelt anpacken und Probleme lösen. Zudem erachten sie Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen, den Umweltschutz, Menschenrechte und Frieden für eher bzw. sehr wichtig. Auch die Sicherung der Renten und die Schaffung von Freizeitangeboten für ihre Altersklassen fordern die Jugendlichen zu einem überwiegenden Teil ein. Zur Frage nach dem Vertrauen des Befragten in bestimmte Institutionen nahm die Polizei mit 54,7 % der Angaben sehr viel bzw. eher viel Vertrauen den Spitzenplatz ein. Gerichte, Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen schnitten ebenfalls überdurchschnittlich gut ab. Politischen Parteien wurde mit 17,8 % der Angaben am seltensten Vertrauen ausgesprochen.¹⁶⁷

Auf die am besten geeignete Personen angesprochen, die die Jugendlichen für politische Themen begeistern könnten, wurden mit 60 % andere Jugendliche genannt. Mit 47,2 % für die Eltern und 39,3 % für die Lehrer folgten diese Gruppen auf den weiteren Plätzen. Als ungeeignet gelten Politiker. Die Befragten möchten vorwiegend über Film- und Fernsehbeiträge sowie über das Internet zu politischen Themen angesprochen werden.¹⁶⁸

Bei der Frage nach der Aufbereitung und der Ansprache, gab der Großteil der Jugendlichen an, dass die Sprache leicht verständlich sein sollte. Zur Frage nach der Hauptquelle politischer Informationen gaben die Befragten zumeist das Fernsehgerät als Informationsdienstleister an. Auch das Internet und Printmedien wie Zeitungen oder Zeitschriften wurden oftmals als politisch-informative Medien angegeben.¹⁶⁹

Bei der Frage nach dem politischen und dem sozialen Engagement antworteten mit 61 %, dass es wichtig oder sehr wichtig sei, sich sozial zu engagieren. Lediglich 32,1 % der Schüler sahen dies auch beim politischen Engagement so. Hier ist ein Indiz für die stärkere Anziehung von sozialem gegenüber politischem Engagement zu erkennen.¹⁷⁰

Auch die Untersuchungen der Hypothesen zu den fünf Dimensionen lieferten erkenntnisreiche Ergebnisse. In der Dimension der politischen und sozialen Teilhabe wurde aufgezeigt, dass Jugendliche mit steigendem Alter auch signifikant eher bei den Bundestagswahlen abstimmen würden. Zudem wurde innerhalb dieser Dimension erkundet, dass Jugendliche sich signifikant häufiger sozial engagieren. In der Dimension des politischen Interesses wurde geprüft, wie es sich mit dem Vergleich der Geschlechter verhält. Dabei wurde die Hypothese bestätigt, dass die wenig politisch Interessierten eher weiblich sind. Eine Tendenz wurde auch beim politischen Interesse Jugendlicher mit

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 69 f.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 72

¹⁶⁸ Vgl. ebd., S. 74

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 76

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 77

Migrationshintergrund erforscht, nämlich dass sie nicht unbedingt wie vermutet, ein weniger ausgeprägtes politisches Interesse aufzeigen.¹⁷¹

In Bezug auf die Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung wurde herausgefunden, dass Jugendliche, die sich für Politik interessieren, signifikant eher glauben, einen Einfluss auf Politik zu haben. Innerhalb der Dimension des habituellen Verhaltens wurde erkundet, dass bei größerem politischem Interesse der Jugendlichen, diese sich signifikant mehr über politische Themen informieren. Im gleichen Dimensionsrahmen wurde zudem die Hypothese bestätigt, dass Jugendliche bei größerem Interesse umso häufiger über politische Themen reden.¹⁷²

Zusammenfassend betrachtet, hat diese Studie analysiert, dass ein Großteil der befragten Personen tatsächlich angibt, politisch nicht interessiert zu sein. Lediglich 17 % der Jugendlichen zeigt Interesse und dabei spielen Schüler mit Migrationshintergrund eine weitaus wichtigere Rolle als bisher angenommen. Weibliche Befragte sind insgesamt politisch desinteressierter. Leider konnten zu den möglichen Maßnahmen zur Förderung des politischen Interesses außer einer leicht verständlichen Sprache der politischen Akteure, der bevorzugten Ansprache der Schüler durch andere Jugendliche und der Ansprache auf politische Themen über Medien wie das Internet und das Fernsehen, keine genauen Erkenntnisse gewonnen werden.

6. Empirisch-vergleichende Untersuchung: ‚Politisches Interesse von Jugendlichen in den Landeshauptstädten Düsseldorf und Stuttgart‘

Ob sich das politische Interesse zwischen Jugendlichen in Düsseldorf und Stuttgart unterscheidet und dies aufgrund des Bestehens der Jugendräte zu begründen ist, wird in der dieser Arbeit zugrunde liegenden Studie erforscht und in den folgenden Kapiteln detailliert dargestellt.

Hierzu wird nochmals kurz erwähnt, was die Ziele dieser Studie sind. Die Hauptthese lautet, dass Jugendliche in Stuttgart politisch interessierter sein müssen als die Jugendlichen aus Düsseldorf. Gründe dafür liegen in dem längeren Bestehen der Jugendräte und die positiven Auswirkungen durch die Teilnahme an Wahlen dazu. Durch das mehrmalige Wählen und dem Erfahren demokratischer Strukturen mit dem ‚Älter werden‘ müssten die Jugendlichen ein größeres politisches Interesse entwickelt haben als ihre Altersgenossen aus Düsseldorf. Diese Annahme soll anhand der im zweiten Kapitel formulierten zentralen Forschungsfragen beantwortet werden, die mit der Erhebung untersucht wurden. Wie dabei genau vorgegangen wurde, wird nachfolgend detailliert beschrieben.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 78 f.

¹⁷² Vgl. ebd., S. 86 ff.

6.1 Methodisches Vorgehen

Im Vergleich zum Forschungsprojekt wurden in der Methodenwahl keine grundlegenden Änderungen bzw. Erweiterungen durchgeführt. Aus diesem Grunde wird nur kurz darauf eingegangen. Bei der Stichprobe hat sich allein durch die Zunahme der Stuttgarter Schüler zur Untersuchung im Rahmen des Teamprojekts einiges geändert. Hier gilt es in Kapitel 6.1.2 genauer darauf einzugehen, um darauf folgend ausschließlich die Veränderungen im Fragebogen zu beachten.

6.1.1 Methodenwahl

Wie in der Untersuchung zum Forschungsprojekt wurde auch in dieser Studie eine teilstandardisierte, schriftliche Fragebogenerhebung durchgeführt. Trotz der eher durchwachsenen Ergebnisse der Teamprojekterhebung bzgl. der Maßnahmen zur Förderung des politischen Interesses und dem Hinweis, dass eine qualitative Untersuchung genauere Aufschlüsse und Erkenntnisse zur Fragestellung liefern würde, wurde wiederum entschieden, eine quantitative Befragung durchzuführen.

Nach Diekmann lassen sich schriftliche Befragungen in der Gruppe, wie hier in den Schulklassen, leichter umsetzen. Zudem erreicht man mit quantitativen Erhebungen in kürzester Zeit eine Vielzahl an Personen.¹⁷³ In dieser Studie wurde zwar nicht der Maßstab einer Repräsentativität der Stichprobe vorausgesetzt, jedoch wurde versucht, die größtmögliche Zahl an befragten Jugendlichen zu erreichen, um eine Vergleichbarkeit der Jugendlichen aus den beiden Städten möglich zu machen.

Die zu beanspruchende Zeit sollte innerhalb der Schulstunde lediglich bei ca. 20 Minuten liegen. Bei einer Ankündigung, für die Befragung im Klassenverbund mehr Zeit zu beanspruchen, hätte es womöglich mehr Absagen durch die Lehrer und Schulleiter gegeben. Um den Zeitrahmen und die Richtigkeit der Antwortangaben der Jugendlichen innerhalb dieses Zeitraums einzuhalten, ließ sich dies nur mit einem quantitativen Fragebogen mit einzelnen offenen Antwortkategorien bewerkstelligen. Vor Ausgabe der Fragebögen wurde auf die Anonymität zur Vermeidung des Effekts sozialer Erwünschtheit und das selbstständige Ausfüllen hingewiesen bzw. gebeten. Mit dem Ausfüllen der Fragebögen in zumeist ruhiger Atmosphäre wurde auch darauf geachtet, dass der Interviewer bzw. Beobachter den Jugendlichen als Hilfestellung für aufkommende Fragen zur Verfügung stand. Des Weiteren wurde wie im Teamprojekt darauf geachtet, mögliche Interviewereffekte mit Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Jugendlichen zu vermeiden. Hinweise zu

¹⁷³ Vgl. Diekmann, Andreas (2003): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 10. Auflage. Hamburg, S. 440

einzelnen Fragen wurden zwar gegeben, wie diese genau ausgesehen haben, wird in Kapitel 6.3 zur Datenerhebung erläutert.

6.1.2 Stichprobe

Bei der Zusammenstellung bzw. Ziehung der Stichprobe orientierte man sich wie in anderen Teilen des methodischen Vorgehens an der Durchführung des Forschungsprojekts. Durch die Veränderung der zentralen Forschungsfrage und das Heranziehen von Jugendlichen aus Stuttgart musste nun auch die Ansprache von mehreren Schulen im Stuttgarter Raum vollzogen werden.

Hier muss nochmals die Aussage bekräftigt werden, dass eine repräsentative Stichprobe kaum zu realisieren gewesen ist. Trotzdem wurde versucht, alle vorhandenen Schulformen in die Stichprobe der Untersuchung einzubeziehen.

In Düsseldorf war die Ansprache der Schulen bereits durch den Kontakt aus dem Forschungsprojekt gegeben. Hier stand man vor der Problematik, dass Schulen, die bereits am Forschungsprojekt an der Erhebung teilgenommen hatten, nun aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht mehr teilnehmen würden. Trotzdem wurde geprüft, ob sie nicht doch Interesse an einer Teilnahme hätten. Sie wurden nun nochmals angeschrieben und man bedankte sich für die Teilnahme am Forschungsprojekt. Zusätzlich wurde diesen Schulen eine Übersicht mit dessen Ergebnissen zugestellt. Da in der Untersuchung zum Teamprojekt keine Düsseldorfer Realschule teilgenommen hatte, wurden dieses Mal nach dem Zufallsprinzip drei Realschulen ausgesucht und mit der Bitte um Teilnahme angeschrieben. Insgesamt erklärten sich letztlich sechs Schulen aller Schulformen aus dem Düsseldorfer Stadtgebiet bereit, an der Studie teilzunehmen: Eine Förderschule, eine Hauptschule, eine Realschule, eine Gesamtschule, ein Gymnasium und zwei Berufskollegs/-schulen mit insgesamt 631 Schülern beteiligten sich an der Erhebung.

Im Stuttgarter Raum gestaltete sich die Bildung einer Stichprobe wesentlich schwieriger, da hier kein Kontakt zu Schulen bestand. Nach dem Zufallsprinzip wurden 24 Schulen aus dem Stuttgarter Stadtgebiet und dem Vorort Fellbach¹⁷⁴ ausgesucht und mit einem Anschreiben sowie einem Exposé zur Studie kontaktiert. Von den angeschriebenen Schulen erklärten sich neun Schulen bereit, an der Erhebung teilzunehmen: eine Förderschule, zwei Realschulen, drei Gymnasien, eine Berufsschule und zwei Hauptschulen. Insgesamt nahmen 612 Stuttgarter Schüler an der Erhebung teil. Hier muss daran erinnert werden, dass in Stuttgart öffentliche Gesamtschulen nach dem Landesschulgesetz nicht bestehen dürfen.

¹⁷⁴ Fellbach ist eine Stadt (Stadtteile: Fellbach, Schmiden und Oeffingen) mit insgesamt 43.433 Einwohnern, liegt im Rems-Murr-Kreis, gehört aber zum Stuttgarter Einzugsgebiet, dessen Schulen von vielen Schülern aus dem Stuttgarter Raum besucht werden. Quelle: Hauptamt der Stadt Fellbach, Organisationsabteilung Ingo Hubl (2008): Fellbach in Zahlen. ‚Statistik‘. Fellbach, S. 2

Selbstverständlich wurde darauf geachtet, dass die Verteilung der Schüler in Stuttgart mit der Verteilung in Düsseldorf ungefähr gleich ist, so dass keine Verzerrungen der Antworten und der zu vergleichenden Werte aufgrund des Bildungsniveaus der Schüler vorhanden sind. In allen Schulen sollten vornehmlich Schüler aus neunten und zehnten Klassen befragt werden. Zum einen sollte dadurch gewährleistet werden, dass die Vergleichbarkeit der Daten vorhanden ist und zum anderen sollte der überwiegende Teil doch unter 16 Jahre alt sein, um bisher in Nordrhein-Westfalen an keinen Kommunalwahlen teilgenommen zu haben. In Baden-Württemberg liegt die Grenze des Wahlalters bekannter Maßen bei Kommunalwahlen wie auch bei Landtags- und Bundestagswahlen bei 18 Jahren.¹⁷⁵ Dies sollte für die Stichprobe kein Ausschlusskriterium sein, da die meisten befragten Berufsschüler meist über 16 Jahre alt oder sogar schon volljährig sind.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für die untersuchte Stichprobe ist, dass bereits eine Vorauswahl der zu befragenden Klassen durch die Lehrer stattgefunden haben kann. Nicht nur, dass tendenziell interessierte Lehrer und Schulleiter an politischen Themen und Feldern mit ihren Schülern an der Untersuchung teilgenommen haben und somit eine verzerrte Stichprobe entstanden ist, zudem kann es durchaus vorgekommen sein, dass die insgesamt überdurchschnittlichen Klassen für die Befragung ausgewählt worden sind, um dem Prinzip der sozialen Erwünschtheit gerecht zu werden.

Zur Zusammenstellung der Stichprobe muss noch darauf hingewiesen werden, dass eine große Anzahl von Jugendlichen - vor allem an den Berufskollegs/-schulen - die Schulen in den Stadtgebieten von Düsseldorf und Stuttgart zwar besuchen, jedoch gar nicht in den zu untersuchenden Städten wohnhaft sind. Damit dürften sie eigentlich an den Wahlen zu den Jugendräten nicht teilnehmen. Leider ist aus den Fragebögen nur selten erkennbar, ob eine befragte Person nun aus dem vorgesehenen Stadtgebiet kommt und somit eine Stimme für die Jugendratswahl hätte oder eben nicht. Da diese Fälle nicht nachvollziehbar sind und vollständig ausgeschlossen werden können, wurden diese in der Stichprobe beibehalten. Insgesamt wurden 1.250 Schüler in den beiden Städten befragt, wobei sieben Befragte die Fragen nicht ausgefüllt haben und diese Bögen nicht in die Stichprobe eingehen konnten.

Die 1243 Befragten stellen sich aus 631 Düsseldorfern (50,8 %) und 612 Stuttgartern (49,2 %) zusammen, d.h. ungefähr die gleiche Anzahl an Schülern aus der jeweiligen Stadt beantworteten den Fragebogen. Die Struktur der Schüler sollte nach Möglichkeit in der jeweiligen Stadt analog mit der der anderen Stadt sein, jedoch gibt es wie erwähnt in Stuttgart keine Gesamtschule, so dass die absoluten Zahlen der Schüler je nach Schulform nicht unbedingt vergleichbar sind. Die Anzahl der befragten Gesamtschüler in Düsseldorf sollte sich in Stuttgart auf alle Schulformen verteilen. Beim Blick auf die Anzahl der Schüler fällt vor allem auf, dass bei den Gymnasiasten ein großer Unterschied besteht. In Stuttgart

¹⁷⁵ Vgl. Berger 2007, S. 121 f.

stammten knapp 37% der Befragten aus einem Gymnasium, wo hingegen in Düsseldorf dieser Anteil nur erreicht wird, wenn Gymnasium und Gesamtschule zusammengenommen werden. Für die Zusammensetzung der Schülerschaft ist dies jedoch nicht repräsentativ und somit sind diese nicht vergleichbar. Gesamtschulen werden auch von Schülern besucht, die einen Haupt- oder Realschulabschluss nach der neunten oder zehnten Klasse absolvieren. In Düsseldorf wurden mit 215 Jugendlichen minimal mehr Realschüler befragt als in Stuttgart (180 Befragte). Bei den Hauptschülern hingegen war die Anzahl in Stuttgart mit 63 Befragten größer als in Düsseldorf (38 Jugendliche). Betrachtet man die Zahlen der Berufs- und Berufskollegsschüler, so sind diese ziemlich vergleichbar. Hier versuchte man darauf zu achten, dass Schüler aus verschiedenen Ausbildungsberufen in die Stichprobe einbezogen werden. Gleichzeitig sollten in beiden Städten, Lehrlinge aus vergleichbaren Ausbildungsberufen und Jahrgängen befragt werden. So wurden in beiden Städten Versicherungskaufleute, Sozialversicherungskaufleute, Bauzeichner, Mediengestalter, Fachkräfte für Transport und Kurierdienste sowie Reiseverkehrskaufleute befragt.

		Schüler in		Gesamt	
		Düsseldorf	Stuttgart		
Schultyp	Gymnasium	Anzahl	99	226	325
		% der Schüler pro Stadt	15,7%	36,9%	26,1%
	Gesamtschule	Anzahl	136	0	136
		% der Schüler pro Stadt	21,6%	0 %	10,9%
	Realschule	Anzahl	215	180	395
		% der Schüler pro Stadt	34,1%	29,4%	31,8%
	Hauptschule	Anzahl	38	63	101
		% der Schüler pro Stadt	6,0%	10,3%	8,1%
	Berufskolleg/ Berufsschule	Anzahl	123	136	259
		% der Schüler pro Stadt	19,5%	22,2%	20,8%
	Förderschule	Anzahl	20	7	27
		% der Schüler pro Stadt	3,2%	1,1%	2,2%
Gesamt		Anzahl	631	612	1243
		% der Schüler pro Stadt	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 6: Verteilung der Schüleranzahl nach Schulform und Stadt. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 10

Die Zusammensetzung der Geschlechtsstruktur der Befragten in beiden Städten ist unterschiedlich. In Düsseldorf wurden mit 334 weiblichen und 297 männlichen Befragten mehr Mädchen befragt; in Stuttgart hingegen ist der Anteil der Jungen weitaus größer als der der befragten Mädchen. 341 Jungen und 271 Mädchen. Da es sich um keine repräsentative Studie handelt, sind die zahlenmäßigen Unterschiede nicht vordergründig zu beachten.

Auch bei der Alterstruktur der Befragten sind wesentliche Unterschiede zu erkennen: den größten Anteil stellen mit 35,2 % (437 Befragte) der Stichprobe die 15-jährigen Schüler auf. Die zweitgrößte Gruppe sind mit 286 Befragten die 16-Jährigen, die knapp ¼ der Stichprobe (23 %) ausmachen. Mit 184 Befragten und 14,8 % sind die 14-Jährigen die drittgrößte

Gruppe. Insgesamt ist zu erkennen, dass in der Stichprobe die gesamte Bandbreite an Altersangaben der von Hurrelmann zugeordneten Jugendphase zu beobachten ist. Lediglich zwölf- und 13-jährige Befragte (ein Befragter) sind hier nicht oder kaum zu finden. Ferner sind in der Stichprobe alle Altersgruppen bis zum 27. Lebensjahr vertreten, wobei die älteren Befragten nur in den Berufsschulklassen zu finden sind und die 21 bis 27 Jahre alten Befragten insgesamt lediglich knapp über 10 % der Stichprobe ausmachen. Folgende Abbildung stellt eine Übersicht über die Altersstruktur der Befragten dar.

Alter	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
13	1	,1	,1	,1
14	184	14,8	14,8	14,9
15	437	35,2	35,2	50,0
16	286	23,0	23,0	73,0
17	84	6,8	6,8	79,8
18	35	2,8	2,8	82,6
19	38	3,1	3,1	85,7
20	52	4,2	4,2	89,9
21	45	3,6	3,6	93,5
22	33	2,7	2,7	96,1
23	20	1,6	1,6	97,7
24	9	,7	,7	98,5
25	7	,6	,6	99,0
26	6	,5	,5	99,5
27	6	,5	,5	100,0
Gesamt	1243	100,0	100,0	

Abb. 7: Häufigkeitsauszählung der befragten Schüler nach Alter, Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 10

Bei den sozialstatistischen Merkmalen lohnt sich selbstverständlich noch ein Blick auf die Herkunft der Befragten. Da nach dem Geburtsland und nicht nach der Staatsangehörigkeit bzw. der Elternteile eines Befragten gefragt wurde, können nur Vermutungen darüber gemacht werden, ob bei einem Befragten nun ein Migrationshintergrund besteht. Wie erwähnt, wird dabei davon ausgegangen, dass ein Befragter dann einen Migrationshintergrund besitzt, wenn sein Geburtsort bzw. der Geburtsort von mindestens einem Elternteil nicht in Deutschland liegt. Es lässt sich erkennen, dass in beiden Städten die Struktur nach der Herkunft fast identisch ist. Ungefähr 60 % der Befragten haben in beiden Städten keinen Migrationshintergrund, wobei der Anteil der Schüler ohne Migrationshintergrund in Stuttgart ein wenig größer ist als in Düsseldorf. Dies könnte damit zusammenhängen, dass der Anteil der befragten Gymnasiasten in Stuttgart höher liegt. Bekanntermaßen ist der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Gymnasien kleiner. In Schulen hingegen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss, bspw. Hauptschulen,

ist der Anteil von Migrantenkindern relativ groß. In urbanen Gebieten sind hier oftmals Klassen sogar ohne einen einzigen deutschen Schüler anzutreffen.

		Schüler in		Gesamt
		Düsseldorf	Stuttgart	
kein Migrationshintergrund	Anzahl	372	381	753
	% der Schüler pro Stadt	59,4%	62,3%	60,8%
mit Migrationshintergrund	Anzahl	254	231	485
	% der Schüler pro Stadt	40,6%	37,7%	39,2%
Gesamt	Anzahl	626	612	1238
	% der Schüler pro Stadt	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 8: Aufteilung der befragten Personen nach Migrationshintergrund und Stadt. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 11

6.1.3 Fragebogen

Insgesamt stellt sich der Fragebogen aus replizierten Fragen des Fragebogens zum Forschungsprojekt bzw. der Shell-Studien sowie des Jugendsurveys und neu konzipierten Fragen zusammen. Damit der Aufbau des Fragebogens verdeutlicht werden kann, wird im Folgenden auf die Fragedimensionen und die verwendeten Fragen eingegangen.

Der für diese Untersuchung verwendete Fragebogen kann in vier Fragedimensionen unterteilt werden: die Dimension der politischen und sozialen Teilhabe, die Dimension des politischen Interesses, die Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung sowie die Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung. In der Dimension der politischen und sozialen Teilhabe geht es darum herauszufinden, wie bereit Jugendliche sind, sich an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und zu engagieren. Innerhalb der Dimension zum politischen Interesse wurde wie auch im Forschungsprojekt nach der Ausprägung des Interesses der Jugendlichen gefragt und wie sehr sie sich von der Politik in Deutschland angesprochen fühlen. Die Fragen der Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung zielen in dieser Studie vor allem auf die politische Jugendbeteiligung von Jugendräten. Mit diesen soll erkundet werden, ob Jugendliche andere Gleichaltrige für Politik begeistern können, auf welchem Wege und in welchem Bereich dies geschehen kann, sowie welche Themen die politisch engagierten Jugendlichen in Angriff nehmen sollen. In der Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung wurde in dieser Studie vor allem darauf gezielt, ob Jugendliche ihre Partizipationsmöglichkeiten in jungen Jahren kennen und ob sie darüber Bescheid wissen, was politisch legitimierte Jugendliche für sie machen. Fragen zur Dimension des habituellen Verhaltens der Befragten, wie im Forschungsprojekt, wurden in dieser Untersuchung nicht genutzt.

Neben den Fragen zu den vier Dimensionen wurden selbstverständlich auch die sozialstatistischen Merkmale der befragten Personen untersucht. Die neu gestellten Fragen, die sich vor allem auf das Thema ‚Jugendbeteiligung‘ beziehen, lassen sich verschiedenen Dimensionen zuordnen. Wie diese Neuerungen und die Veränderungen des Fragebogens¹⁷⁶ im Einzelnen aussehen, wird nun erläutert.¹⁷⁷

Frage 1), die zur Dimension der politischen und sozialen Teilhabe gezählt wird, wurde wie im ‚alten‘ Fragebogen gestellt. Mit dieser Frage sollte erkundet werden, ob der Befragte bei der nächsten Bundestagswahl wählen geht und somit seine grundlegende Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen und dadurch politisch teilzuhaben, signalisiert. Jedoch wurde bei den Antwortmöglichkeiten eine Änderung vorgenommen. Die Antwort einer hypothetischen Teilnahme an den Wahlen sollte hier erhoben werden. Aus diesem Grunde wurde hier entschieden, bei der Antwortkategorie ‚nein‘, den Befragten die Möglichkeit anzubieten, einen Grund für ihre Nicht-Teilnahme anzugeben. Gleichzeitig wurde den Befragten vor dem Ausfüllen des Fragebogens mündlich zugetragen, welche Möglichkeiten sie angeben können. Diese Möglichkeiten wurden den Jugendlichen dabei in drei Kategorien angegeben. Einmal sollten sie bei einem zu niedrigen Wahlalter und tendenzieller Wahlabsicht angeben, dass sie zu jung sind. Als zweite Möglichkeit, die den Jugendlichen aus rechtlichen Gründen eine Teilnahme an den Bundestagswahlen verwehrt, sie aber gerne wählen würden, kann das fehlende Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit angegeben werden. Hier wurden die Schüler dazu angehalten, z.B. ‚nein, weil keine deutsche Staatsangehörigkeit‘ anzugeben. Wenn sie tatsächlich aufgrund anderer Motive, bspw. aus intrinsischen Gründen wie ‚kein Interesse‘ oder ‚keine Ahnung‘, nicht wählen möchten, sollten sie ‚nein, weil kein Interesse, etc.‘ angeben.

Die Fragen 2), 3) und 4), die der Dimension des politischen Interesses zugeordnet werden, sind wie im alten Fragebogen identisch geblieben. Dabei soll erkundet werden, ob sich die Befragten von der Politik in Deutschland angesprochen fühlen, wie stark sie sich für Politik interessieren und ob sie die zukünftige Entwicklung ihres politischen Interesses mit zunehmendem Alter einschätzen können. Dabei soll wiederum herausgefunden werden, ob beim politischen Interesse der Jugendlichen ein Alterseffekt besteht, d.h. mit zunehmendem Alter einer Heranwachsenden steigt das politische Interesse. Durch diese Frage soll erfahren werden, ob neben den Erfahrungswerten aus anderen Studien, in denen bestätigt wird, dass mit zunehmendem Alter das politische Interesse tendenziell ansteigt, auch den Jugendlichen selbst bewusst ist, dass ihr Interesse an politischen Themen mit zunehmendem Alter größer wird.¹⁷⁸

¹⁷⁶ Der für diese Studie genutzte Fragebogen kann im Anhang eingesehen werden.

¹⁷⁷ Teilweise wird auf die Erläuterungen der Dimensionen in Anlehnung an Nieto-Tröger, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S. 42 ff. eingegangen.

¹⁷⁸ Vgl. Nieto-Tröger, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S. 43 f.

Zur verbesserten Streuung der Fragen zur Maßnahmen- und Themeneinschätzung wurde Frage 14) aus dem alten Fragebogen in diesem Bogen als Frage 5) nach vorne gezogen worden, die die am besten geeigneten Personen, um Jugendliche für politische Themen zu begeistern, erfragt. Hier wird vor allem darauf gezielt, ob die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt, dass Jugendliche als beste Ansprechpartner gelten, auch in dieser Studie bestätigt werden. Dies würde darauf deuten, dass Mitglieder aus Jugendräten als politisch Aktive durchaus andere Jugendliche für Politik gewinnen könnten. Als Antwortmöglichkeiten, zu denen Mehrfachnennungen möglich waren, wurden neben den anderen Jugendlichen auch Eltern, Lehrpersonen, Politiker und Sonstige angegeben.

Die sechste Frage des Bogens wurde aus dem ursprünglichen Fragebogen zum Forschungsprojekt übernommen, in der nach dem Empfinden einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre gefragt wird und der Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung zugeordnet werden kann. Auch Frage 7) wird in diese Dimension einbezogen. Hierbei handelt es sich um die ursprünglich achte Frage aus dem Bogen zum Teamprojekt, jedoch wurden an der einen oder anderen Stelle Veränderungen durchgeführt. Hier gilt es, dass Vertrauen der Jugendlichen in verschiedene Institutionen wie die Bundesregierung, in politische Parteien, in die Bundeswehr, in Jugendräte, -parlamente oder auch Jugendforen, in die Polizei, in wirtschaftliche Unternehmen, in die Europäische Union, in das Bundesverfassungsgericht und andere Gerichte, in Gewerkschaften, in Kirchen als Institution, in Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen, in die Vereinten Nationen sowie in die Medien zu erkunden. Zu dieser Frage wurden zum anfänglichen Fragebogen mehrere Veränderungen durchgeführt. Zum Beispiel ist die Antwortmöglichkeit ‚Bürgerinitiativen‘ weggefallen, die Antworten ‚Bundesverfassungsgerichte‘ und ‚Gerichte‘ wurden in einer Kategorie zusammengefügt, die Antwort ‚Große Unternehmen‘ wurde in die Antwortmöglichkeit ‚Wirtschaftsunternehmen‘ geändert, bei Kirchen wurde in Klammer der Zusatz ‚als Institution und nicht als Glaube‘ eingefügt und die Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen wurden ebenfalls zu einer Antwortkategorie zusammengefasst. Ihre Antworten konnten die Befragten in den Abstufungen ‚sehr viel‘, ‚eher viel‘, ‚mittel‘, ‚eher wenig‘, ‚sehr wenig‘, ‚weiß nicht‘ oder ‚kenne ich nicht‘ angeben.

Bei der achten Frage handelt es sich um die ursprünglich elfte Frage aus dem alten Bogen, in der gefragt wurde, über welchen Politikbereich die Jugendlichen gerne besser informiert wären. Als Antwortmöglichkeiten wurden die Ebenen ‚Internationale Politik‘, ‚Europa-‘, ‚Bundes-‘, ‚Landes-‘ und ‚Kommunalpolitik‘ angegeben, wobei zum besseren Verständnis der Bezeichnung ‚Kommunalpolitik‘, die die Jugendlichen in der Befragung des Teamprojekts oftmals erklärt wissen wollten, in Klammer die Bezeichnung ‚Stadt- und Stadtteilpolitik‘ beigefügt wurde. Selbstverständlich wurde auch die Möglichkeit angeboten, die Kategorie ‚keine von diesen‘ anzukreuzen.

Die Frage 9) stammt ebenfalls aus dem alten Fragebogen (ehemals Frage 15)), in der es um die Form der Ansprache geht, die das Interesse für Politik unter Jugendlichen mobilisieren kann. Hier konnten die Befragten eine oder mehrere Ansprachekanäle, wie z.B. ‚Ansprache über Zeitungen/Zeitschriften‘, ‚Ansprache durch allgemeines Informationsmaterial über Politik‘, ‚Ansprache über das Internet‘, ‚Ansprache über Film-/Fernsehbeiträge‘, ‚Ansprache über Veranstaltungen/Versammlungen‘, ‚Direktansprache‘ oder die Antwortkategorie ‚Weiß nicht‘ ankreuzen.

Die zehnte Frage ist im ursprünglichen Fragebogen die Frage 16) gewesen und wurde lediglich bei der Antwortkategorie ‚Sie sollte meine aktive Mitarbeit enthalten‘ mit dem Zusatz ‚bspw. in Jugendräten, Jugendparlamenten und Jugendforen‘ ergänzt. Des Weiteren konnte der Befragte mit dem Ankreuzen einer oder mehrerer Nennungen der vorgegebenen Möglichkeiten ‚Sie sollte sachlich-konzentriert sein‘, ‚Sie sollte leicht verständlich sein‘, ‚Sie sollte Politik auf spielerische Art vermitteln (z.B. Stadtrat spielen)‘, ‚Sie sollte sich mit Themen beschäftigen, die mich selbst betreffen‘, ‚Sie sollte anhand praktischer Beispiele vermittelt werden‘, ‚Sie sollte über Medien (z.B. Fernsehen, Internet, etc.) vermittelt werden‘ und ‚Sonstiges, und zwar...‘ die Frage beantworten, wie Politik aufbereitet sein muss, damit diese ihn anspricht. Die Fragen 8), 9) und 10) werden der Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung zugeordnet.

Die Fragen 11), 11.1), 12) und 12.1) wurden aus der ursprünglichen Frage 19 verändert gestellt, um genauere Antworten zur Beteiligung der Jugendlichen zu erhalten. Dabei ging es um das politische und soziale Engagement, welche der Dimension der politischen und sozialen Teilhabe zugeteilt werden können. Bei den Fragen 11) und 12) handelt es sich um Filterfragen. Wurden sie jeweils mit nein beantwortet, so konnte der Befragte mit der übernächsten Frage, also entweder Frage 12) oder 13), weitermachen. Bejahte ein Befragter die Frage, musste er in Frage 11.1) oder 12.1) Hinweise zur jeweiligen Art eines Engagements angeben. Zur Frage 12) wurde den Befragten vor dem Ausfüllen ein Hinweis gegeben. Personen, die Vereinsmitglieder sind und sich dort ehrenamtlich engagieren, sollten die Frage bejahen. Jugendliche, die bspw. ‚nur‘ in einem Verein Fußball spielen, sollten die Frage verneinen, da aktiver Sport mit sozialem Engagement nicht gleichbedeutend ist.

Die Fragen 13) bis 19) sollten Hinweise zum Bestehen und der Arbeit von denkbaren Jugendbeteiligungsmöglichkeiten in der jeweiligen Stadt geben. Dabei kann man die Fragen verschiedenen Dimensionen zuordnen. Die Fragen 13) und 14) sollten Hinweise zu den Kenntnissen der Jugendlichen über Jugendparlamente, Jugendräte, Jugendforen, Jugendkonferenzen, Jugendbürgerversammlungen und Jugendwahlen liefern. Bei jeder Antwortkategorie konnte der Befragte mit ‚ja‘, ‚nein‘ oder ‚weiß nicht‘ antworten, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Bei Frage 14) sollte der Befragte Angaben zur

Kenntnisnahme zu einer der oben genannten Möglichkeiten in seiner Kommune machen. Beide Fragen können der Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung zugeordnet werden.

Mit Frage 15) sollten wiederum Erkenntnisse zur politischen und/oder sozialen Teilhabe der Jugendlichen gewonnen werden, indem sie Angaben dazu machten, ob und wenn ja, auf welche Weise sie die vorliegenden Partizipationsangebote in ihrer Stadt wahrgenommen haben.

Zur Dimension politischen Interesses gehört die Frage 16), mit der bei möglicher Teilnahme des Jugendlichen an Jugendwahlen erkundet werden sollte, ob die Teilnahme an Wahlen das politische Interesse des jeweiligen Befragten verändert hat. Mit Frage 17) wurde nachgefragt, ob der Befragte denkt, dass Wahlen zum Jugendrat oder zum Jugendparlament das politische Interesse anderer Jugendlichen fördern würden. Mit der Antwort machten die Jugendlichen Angaben, ob aus ihrer Sicht derartige Wahlen sich auf das Politikinteresse anderer positiv auswirken könnten. Es handelt sich somit um eine mögliche Maßnahme, die das politische Interesse fördern könnte. Aus diesem Grunde wird diese Frage der gleichnamigen Dimension zugeordnet.

Frage 18) wurde wie auch die vorherigen Fragen für diese Studie neu konzipiert und gehört zur Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung. Dabei sollte in einer offenen Antwortkategorie von den Jugendlichen angegeben werden, ob sie sich vorstellen könnten, was Jugendräte, Jugendparlamente oder in Jugendforen gemacht wird. Neben der offenen Kategorie ‚ja, nämlich...‘ konnten die Befragten mit ‚nein‘ oder ‚weiß nicht‘ antworten.

Bei Frage 19) handelt es sich um eine aus dem ‚alten‘ Fragebogen veränderten Frage. Die aus dem DJI-Jugendsurvey 1997 stammende Frage bzgl. der politischen Aufgaben, um die sich die Politik in besonderem Maße kümmern sollte, wurde auf die jungen politischen Akteure umgewandelt. Dabei heißt es nun „Angenommen, Jugendräte, Jugendparlamente, Jugendforen, etc. könnten sich in der Politik auf kommunal-, landes- oder/und bundespolitischer Ebene aktiv beteiligen. Um welche Themen sollten sie sich dann besonders kümmern?“. In einer 5er-Skala von ‚Sehr wichtig‘ bis ‚überhaupt nicht wichtig‘, sowie mit der Antwort ‚weiß nicht‘, konnten die Befragten dann beurteilen, welche politischen Themenbereich am ehesten von den jugendlichen, politischen Akteuren angepackt werden sollte. Die Antwortmöglichkeiten lauteten wie beim Forschungsprojekt bzw. im DJI-Jugendsurvey ‚Mehr Freizeitangebote für Jugendliche schaffen‘, ‚Sozial Benachteiligte stärker unterstützen‘, ‚Umwelt und Natur besser schützen‘, ‚Gewalt und Kriminalität bekämpfen‘, ‚Lehrstellen und Arbeitsplätze schaffen‘, ‚Die Renten auch zukünftig sichern‘, ‚Ausländer besser integrieren‘, ‚Für Schulen und Bildung mehr Geld ausgeben‘, ‚Frieden erhalten‘ und ‚Für Gerechtigkeit zwischen den Generationen sorgen‘. Diese Frage gehört zur Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung.

Zuletzt mussten die Befragten sozialstatistische Angaben zu ihrem Geschlecht, zu ihrem Geburtsjahr, wie auch zu ihrem Geburtsland und dem ihrer Eltern machen. Hierbei wurde absichtlich nicht nach dem Herkunfts-, sondern nach dem jeweiligen Geburtsland gefragt. Gab jemand an, dass auch nur eine der drei Personen, also Mutter, Vater oder der Befragte selbst, im Ausland geboren wurde, so ist der Befragte als Person mit Migrationshintergrund in die Analyse eingegangen. Mit diesem Vorgehen wurde versucht, den Jugendlichen den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Herkunft oder ihre Staatsangehörigkeit keine besonders wichtige Rolle für diese Erhebung spielen, so dass sie wahrheitsgetreue Angaben machen. Neben den bereits dargestellten Problemen bei bestimmten Fragen, kann man behaupten, dass die Jugendlichen zumeist ohne Probleme den Fragebogen ausfüllen konnten. Je nach Wissensstand der Schüler gab es mal die eine oder andere Frage, die an den Befragungsleiter gestellt wurde, jedoch kamen im Großen und Ganzen beim Beantworten kaum größere Probleme auf.

Wie erwähnt, wurden durch den Befragungsleiter vor dem Ausfüllen der Bögen, grundsätzliche Hinweise auf die Fragen 1) und 12.1) gegeben, so dass der Großteil der Schüler den Bogen ohne Rückfrage beantworten konnte.

Durch den kritischen Rückblick auf den im Forschungsprojekt verwendeten Fragebogen konnten die schwerwiegendsten Fehler zu den Fragen, die auch in dieser Studie gestellt wurden, bereinigt werden. Bspw. rief das Wort ‚Kommunalpolitik‘ durch den Zusatz ‚Stadt- und Stadtteilpolitik‘ nun kaum Probleme hervor und in der Frage nach dem entgegengebrachten Vertrauen bestimmter Institutionen (Frage 7)) wurde bei Kirchen der Zusatz ‚als Institution und nicht als ‚Glaube‘ beigefügt.

Verzerrungen durch Befragtenmerkmale, wie bspw. falsche Antworten aufgrund sozialer Erwünschtheit, konnten wiederum nicht vollständig verhindert werden. Zwar lastete durch die bestehende Anonymität wegen der Befragung im Klassenverbund und der großen Anzahl an Schülern kein besonders großer Druck auf den Schülern, Antworten zu geben, die dem Lehrer bzw. dem Befragungsleiter gefallen würden und sozial ‚akzeptierter‘ bzw. erwünschter wirken, jedoch kam es schon manchmal vor, dass die Schüler eindringlich dazu gebeten werden musste, die Fragen so zu beantworten, wie sie darüber denken und nicht was andere Personen hier für richtig halten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass durch die Verbesserung der Fehlerquellen aus dem Fragebogen des Teamprojekts, die Qualität des Fragebogens zu dieser Erhebung tatsächlich verbessert werden konnte. Zu Frage 1) war die Überarbeitung mit den mündlichen Zusatzinformationen durch den Befragungsleiter etwas irreführend, doch konnte man dadurch weitaus mehr Informationen zur Frage gewinnen. Trotzdem wird eine Überarbeitung dieser Frage bei einer evtl. Fortführung des Projekts für sinnvoll erachtet werden.

6.2 Hypothesenbildung

Anhand der erläuterten theoretischen Grundlagen, dem dargestellten Forschungsstand und den zentralen Fragestellungen der Untersuchungen kann man aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen, die Annahmen zur Untersuchung anhand von Hypothesen untersuchen lassen. Für deren Darstellung empfiehlt es sich, sie den vier Dimensionen des Fragebogens zuzuordnen, um eine gute Übersichtlichkeit gewährleisten zu können.

6.2.1 Dimension der politischen und sozialen Teilhabe

In dieser Dimension sollen die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt teilweise wieder überprüft, gleichzeitig aber auch neue hinzugewonnen werden. In erster Linie geht es hier um Vermutungen, die zur politischen und sozialen Beteiligung der Jugendlichen aufgestellt werden. Insgesamt sind vier Hypothesen zu überprüfen.

Die ersten beiden Hypothesen dieser Dimension wurden bereits im Forschungsprojekt untersucht und lauten folgendermaßen:

H 1: Je älter Jugendliche sind, desto signifikant eher haben sie vor, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen.

Hier gilt die Annahme, dass in der Bereitschaft zu wählen, was als grundlegendste Form politischer Beteiligung gilt, Alterseffekte zu sehen sind. Das persönliche politische Interesse und die damit zusammenhängende Partizipationsbereitschaft steigen mit zunehmendem Alter.¹⁷⁹ Besteht bei der Überprüfung der Hypothese ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen ansteigendem Alter und der Bereitschaft, wählen zu gehen, würde dies die Annahme bestätigen.

Die zweite Hypothese, die nochmals nun in beiden Städten geprüft wird, heißt:

H 2: Wenn Jugendliche sich engagieren, dann signifikant häufiger sozial als politisch.

Bei dieser Annahme wird auf die Shell-Studien und auch auf das Forschungsprojekt gezielt, in denen jeweils klare Tendenzen zu einer sozialen Beteiligung Jugendlicher gewonnen wurden. Waren es in der 14. Shell-Studie noch $\frac{3}{4}$ der Befragten¹⁸⁰, die sich oft oder zumindest gelegentlich sozial engagieren, so lag die Zahl im Forschungsprojekt bei den Partizipierenden bei ca. 18 % der Befragten¹⁸¹. Dies kann damit zusammenhängen, dass die Fragen zu politischem und sozialem Engagement offen gestellt wurden und Jugendliche sich beim Begriff Engagement etwas zu abstraktes vorstellen. Deshalb galt es in dieser Untersuchung, diese Annahme nochmals anhand präzise gestellter Fragen zu untersuchen.

¹⁷⁹ Vgl. Nieto-Tröger, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S. 43 f.

¹⁸⁰ Vgl. Schneekloth, S. 122

¹⁸¹ Vgl. Nieto-Tröger, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S.77 f.

Hier wird ein Vergleich der engagierten Personen zwischen sozialem und politischem Engagement erforderlich sein, um die Hypothese zu bestätigen oder eben zu widerlegen.

Die Hypothesen H 3 und H 4 hingegen sind für diese Untersuchung neu konzipiert worden und zielen auf den Vergleich der Jugendpartizipation in den beiden Städten. Dabei lautet Hypothese drei:

H 3: Wenn Jugendliche sich politisch oder sozial engagieren, dann sind es signifikant häufiger Jugendliche aus Stuttgart, weil von ihnen ein größerer Anteil politisch interessierter ist als in Düsseldorf.

Mit dieser Hypothese wird auf die zentrale Annahme dieser Untersuchung gezielt. Zunächst muss erläutert werden, dass politisches Interesse als Grundvoraussetzung für politisches Engagement gilt.¹⁸² Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass sich der Jugendrat mit seiner langjährigen Arbeit und der immer wiederkehrenden Möglichkeit, wählen zu gehen, sich positiv auf das politische Interesse der Stuttgarter Jugendlichen auswirkt. Zudem haben sich über den langjährigen Zeitraum hinweg, die Strukturen politischer Jugendpartizipation entwickelt und so sehr gefestigt, dass bei den Jugendlichen das Interesse an Politik mit gesteigert wurde. In Düsseldorf besteht der Jugendrat erst seit 2007. Seine Strukturen sind nicht so ausgereift wie in Stuttgart und Jugendliche haben bisher nicht so oft die Möglichkeit, das Wählen ‚zu erfahren‘. Somit müsste das Interesse an Politik und gleichzeitig die Beteiligung in Stuttgart weitaus höher sein als bei Düsseldorfer Jugendlichen. Unter anderem dieser Gedanke führt auch zu Hypothese H 4, die da lautet:

H 4: Wenn Jugendliche bereits an Jugendratswahlen teilgenommen haben, engagieren sie sich signifikant häufiger politisch und sozial.

Mit dieser Hypothese wird ebenfalls auf den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischem oder sozialem Engagement gedeutet. Jedoch wird hier davon ausgegangen, dass politisches Interesse dazu führt, dass Jugendliche sich an den Jugendratswahlen beteiligen. Durch positive Erfahrungen entsteht bei den Jugendlichen das Bedürfnis, sich weiterhin politisch oder sozial zu beteiligen, so dass sie weiterhin partizipieren.

Möller sieht diesen Zusammenhang so, dass wenn das grundlegendste Partizipationsmittel einer Demokratie, nämlich das Wählen, von den Jugendlichen genutzt wird, dies deren Fähigkeit erhöht, sich mit politischen Zusammenhängen auseinandersetzen. Dies kann sich auf deren politisches Interesse unterstützend auswirken. Wird Jugendlichen durch das Wählen, der Sinn demokratischer Grundüberzeugungen bewusst gemacht, kann das Funktionieren einer Demokratie langfristig gesichert werden, da die Bürger zukünftig auch eher bürgerschaftliches Engagement aufweisen.¹⁸³ Besteht tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Variable, ob an Wahlen zum Jugendrat teilgenommen wurde und der Häufigkeit zum Engagement, ist die Hypothese als verifiziert anzusehen.

¹⁸² Vgl. Deth 2000, S. 115

¹⁸³ Vgl. Möller 1999, S. 7 f.

6.2.2 Dimension des politischen Interesses

Innerhalb der zuerst genannten Dimension ist politisches Interesse als Voraussetzung für Teilhabe erwähnt worden. Da vor allem das politische Interesse von zentraler Bedeutung für diese Arbeit ist, wurde auch eine gleichnamige Dimension für den Fragebogen erstellt. Innerhalb dieser Dimension lassen sich insgesamt fünf Hypothesen aufstellen, die nachfolgend erläutert werden:

H 1: Wenn Jugendliche wenig politisch interessiert sind, dann handelt es sich signifikant häufiger um junge Frauen als um männliche Befragte.

Zu dieser Hypothese wurden die Erkenntnisse von Reinders und Hurrelmann¹⁸⁴, aber auch die Ergebnisse vom Forschungsprojekt herangezogen, die allesamt bestätigen, dass Frauen tendenziell ein geringeres Interesse an Politik aufweisen als Männer.

Ob das auch in dieser Untersuchung bestätigt werden kann, wird anhand dieser Hypothese überprüft. Dabei wird die Variable Geschlecht mit der Variable ‚politisches Interesse‘ in Zusammenhang gesetzt. Doch nicht nur zwischen den Geschlechtern soll das politische Interesse untersucht werden, sondern auch zwischen der Herkunft der Befragten. Dies wird anhand der nächsten drei Hypothesen genau analysiert. Im Einzelnen lauten diese:

H 2: Wenn Jugendliche einen Migrationshintergrund haben, fällt ihr politisches Interesse signifikant geringer aus als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Nachdem in der Untersuchung zum Forschungsprojekt ein valides Ergebnis am niedrigen Signifikanzwert gescheitert ist, soll dieses Mal die Hypothese nochmals auf ihre Richtigkeit untersucht werden. Dabei stützt sich die Hypothese auf die Untersuchungen des DJI und Gilles Ansatz, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund neben dem geringen politischen Interesse auch kaum Vertrauen in staatliche Institutionen der BRD haben.¹⁸⁵

Hier werden die Frage nach dem politischen Interesse mit der Frage nach dem Geburtsland des jeweiligen Elternteils und/oder des Befragten in Korrelation gesetzt. Ist mindestens ein Elternteil oder der Befragte selbst im Ausland geboren, so gilt diese als Person mit Migrationshintergrund. Sollten die befragten Personen ein signifikant geringeres politisches Interesse ausweisen als Befragte ohne Migrationshintergrund, kann diese Hypothese als verifiziert gesehen werden.

H 3: Wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund an Wahlen zum Jugendrat teilgenommen haben, zeigen sie ein signifikant größeres politisches Interesse als diejenigen, die nicht teilgenommen haben.

¹⁸⁴ Vgl. Reinders 2001, S. 25 ff. & Vgl. Hurrelmann 2007, S. 150 & Vgl. Nieto-Tröger, Rodoniklis, Weisheit, Zander 2008, S. 51 & S. 78

¹⁸⁵ Vgl. Gille et al. 2006a, S. 13

Bei dieser Hypothese orientiert man sich zum einen an den Ausführungen von Gille, dass das politische Interesse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund geringer ist, zum anderen kann man aber auch hier davon ausgehen, dass mit der Teilnahme an den Jugendratswahlen auch bei Migranten das Interesse für politische Themen entsteht und sich dann entwickeln kann. Zur Untersuchung werden wiederum Frage nach dem politischen Interesse mit der Frage nach dem Geburtsland des jeweiligen Elternteils und/oder des Befragten in Korrelation gesetzt. Zugleich wird aber die Frage 15) in Zusammenhang mit diesen Variablen gestellt und somit überprüft, ob die Teilnahme an den Jugendratswahlen sich auf das politische Interesse eines Befragten mit Migrationshintergrund auswirkt. Wenn dem tatsächlich so ist, kann die Hypothese als verifiziert betrachtet werden.

H 4: Wenn Jugendliche Migrationshintergrund haben, dann vertrauen sie den politischen Institutionen signifikant weniger als die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Dabei ist der Anteil derer, die weniger vertrauen in Düsseldorf größer als in Stuttgart.

Wie im Forschungsprojekt beschrieben, ist auch hier Gilles oben erwähnter Ansatz heranzuziehen. Zur Überprüfung wird diese Frage mit den aufgezählten Institutionen mit der Frage nach dem Geburtsland verknüpft. Zeigen die Antworten der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ein größeres Vertrauen in Institutionen auf, gilt die Hypothese als bestätigt.

Die fünfte Hypothese zu dieser Dimension sieht folgendermaßen aus:

H 5: Wenn Jugendliche bereits an Jugendratswahlen teilgenommen haben, hat sich ihr politisches Interesse erhöht. Da in Stuttgart die Jugendlichen durchschnittlich öfter an mehreren Wahlen teilgenommen haben, sind sie politisch interessierter als in Düsseldorf.

Zunächst sollte an dieser Stelle die Hypothese aufgestellt werden, dass Jugendliche mit Erlangung der Volljährigkeit auch ein höheres politisches Interesse haben, da sie ab diesem Zeitpunkt offiziell wählen dürfen. Da hier auf kommunaler Ebene zwischen Düsseldorf und Stuttgart Unterschiede bestehen und die Jugendratswahlen mit einem niedrigeren Wahlalter schon zur Teilnahme befähigen, wurde diese Hypothese als überflüssig angesehen und durch diese ähnliche Annahme ersetzt. Hier kann die Annahme von Pickel herangezogen werden, dass man sich durch das Wählen als ‚vollwertiger‘ Bürger fühlt. Dem wird als Jugendlicher nicht unbedingt so sein müssen: Jugendräte besitzen nicht die identischen Rechte wie Stadt- oder Gemeinderäte und gelten bei vielen Jugendlichen als Spielwiese für Jugendliche, die sie nicht ernst nehmen. Trotzdem kann Pickels Annahme auch an dieser Stelle herangezogen werden und die gleiche Bedeutung erlangen. Kurz gesagt: wenn

Jugendliche ihre Vertreter auf kommunaler Ebene wählen dürfen, entwickeln sie ein größeres politisches Interesse.¹⁸⁶

Untersucht wird die Hypothese durch die Korrelation der Frage ‚Hast du jemals an den oben Möglichkeiten der Beteiligung in deiner Stadt mitgewirkt?‘ und der Frage nach dem politischen Interesse der Befragten. Der Vergleich der Städte darf an dieser Stelle keineswegs vergessen werden.

Ist tatsächlich eine positive Tendenz zu erkennen, dass diejenigen, die an Jugendratswahlen teilgenommen haben, ein erhöhtes politisches Interesse entwickeln, gilt die Hypothese als bestätigt.

6.2.3 Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung

Im Forschungsprojekt sollte diese Dimension Aufschlüsse zur Förderung des politischen Interesses Jugendlicher liefern. So sollten Maßnahmen herausgearbeitet werden, die das Interesse von Jugendlichen an politischen Themen und Zusammenhängen fördern und somit erhöhen würden. Leider konnten hier keine grundsätzlichen Maßnahmen gewonnen werden, jedoch wurden Aufschlüsse dazu gegeben, welcher Weg zur Ansprache geeigneter ist und über welchen Kommunikationskanal dies geschehen soll. In dieser Arbeit zielen die Maßnahmen vor allem auf die politischen Jugendbeteiligungsmöglichkeiten und die Themen dazu. Dabei wurden grundlegend vier neue Hypothesen aufgestellt, die mit den Annahmen aus dem Forschungsprojekt - außer der gleichen Zielrichtung - kaum etwas gemein haben. Die erste Hypothese, die hierzu gebildet wurde, lautet:

H 1: Wenn Jugendliche andere Jugendliche als am besten geeignet für politische Ansprache ansehen, dann wissen sie auch, was die von ihnen gewählten Jugendräte machen. Hier handelt es sich signifikant häufiger um Jugendliche aus Stuttgart.

Jugendliche, die andere Gleichaltrige als beste Ansprechpartner zur Förderung ihres politischen Interesses betrachten, müssen gute Erfahrungen mit den von ihnen gewählten Vertretern gemacht haben. Dadurch schätzen sie andere Jugendliche auch als geeignete Personen ein, die politisches Interesse bei ihnen selbst und anderen Jugendlichen fördern. Die Transparenz ihrer Arbeit wirkt bei den befragten Jugendlichen unterstützend und bestätigt ihr Bild, dass andere Jugendliche sie positiv beeinflussen und ihr politisches Interesse fördern können.

Um diese Hypothese zu überprüfen, werden die Ausprägung ‚Andere Jugendliche‘ zur Frage ‚Welche Personen sind deiner Meinung nach am besten geeignet, um Jugendliche für

¹⁸⁶ Vgl. Pickel 2002, S. 23

politische Themen zu begeistern?' und die Frage nach der Vorstellung, was Jugendräte, Jugendparlamente und Jugendforen machen in Zusammenhang gestellt. Wenn es tatsächlich so ist, wird die Hypothese zumindest teilweise bestätigt. Besteht dann noch zusätzlich dieser Zusammenhang im städtischen Vergleich signifikant häufiger bei Jugendlichen aus Stuttgart, kann diese Hypothese als verifiziert betrachtet werden.

Die zweite Hypothese dieser Dimension zielt ungefähr in die gleiche Richtung. Sie lautet:

H 2: Wenn Jugendliche denken, dass Wahlen zum Jugendrat oder zum Jugendparlament das politische Interesse unter Jugendlichen fördern, dann kommen sie signifikant eher aus Stuttgart.

Wie vorhin bereits erwähnt, gilt es auch hier herauszufinden, ob schon allein die Möglichkeit zu wählen, die Jugendlichen dazu bringt, sich mit politischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und dies sich positiv auf das politische Interesse auswirken kann. Auch mit dieser Hypothese soll an die Ausführungen von Möller angeknüpft werden, die dies besagen.¹⁸⁷

Die Hypothese wird über die Kontrolle des Zusammenhangs der Herkunft des Befragten, also der Variable ‚Stadtindex‘ mit der Frage, ob der Befragte denkt, dass Wahlen zum Jugendrat oder zum Jugendparlament das politische Interesse Jugendlicher fördern, überprüft. Wenn dabei die Annahme bestätigt wird, dass es signifikant mehr Jugendliche in Stuttgart sind, die dies denken, gilt die Hypothese als bestätigt.

Bei der dritten Hypothese wird davon ausgegangen, dass Stuttgarter Jugendliche durch das längere Bestehen der Jugendräte und die damit über einen längeren Zeitraum hinweg verbundene Auseinandersetzung der Jugendlichen mit Politik, der Bedarf, neues über Kommunalpolitik zu erfahren, nicht so groß ist wie in Düsseldorf. So lautet diese Hypothese:

H 3: Wenn Jugendliche mehr über Kommunalpolitik erfahren möchten, kommen sie signifikant häufiger aus Düsseldorf.

Es wird angenommen, dass Düsseldorfer Jugendliche an sich recht wenig über die Politik aus ihrer Stadt bzw. ihrem Stadtteil Bescheid wissen und somit bei Ihnen ein großer Bedarf besteht, näheres darüber zu erfahren. Jugendliche aus Stuttgart sind dementsprechend besser im Bilde, was in ihrer Stadt oder in ihrem Stadtteil geschieht. Deshalb möchten sie in anderen Bereichen wie der Landes-, der Bundes- oder der Europapolitik sowie mehr über internationale politische Zusammenhänge erfahren.

Zur Überprüfung wird der Zusammenhang zwischen dem Stadtindex und der Ausprägung ‚Kommunalpolitik‘ zur Frage nach dem bzw. den Politikbereich/en gemessen. Möchten die Düsseldorfer Befragten tatsächlich signifikant häufiger als die Stuttgarter über Kommunalpolitik erfahren, gilt diese Hypothese als verifiziert. Dies deutet darauf hin, dass

¹⁸⁷ Vgl. Möller 1999, S. 7 f.

der Düsseldorfer Jugendrat den Jugendlichen in seiner Stadt die Kommunalpolitik näher bringen sollte.

Zudem kann es sein, dass der Jugendrat in seinem recht kurzen Bestehen erst wenige Projekte beginnen und dann umsetzen konnte. Auch hier gilt es zu überprüfen, ob bestimmte Themen die Jugendlichen in ihren Städten interessieren. Hierzu wurde eine der meist genannten Antworten auf die Frage nach den Themen, um die sich Jugendräte, Jugendparlamente oder auch Jugendforen im besonderem kümmern sollten; nämlich die Schaffung von mehr Freizeitangeboten für Jugendliche. Hierzu wurde folgende Hypothese aufgestellt:

H 4: Wenn die befragten Jugendliche denken, dass Jugendräte, Jugendparlamente und Jugendforen sich mehr um Freizeitangebote für Jugendliche kümmern sollten, dann stammen sie aus Düsseldorf, weil der Jugendrat in seiner kurzen Bestandsdauer weniger Projekte umsetzen konnte wie die Stuttgarter Jugendräte.

Zur Überprüfung der Hypothese wird hier der Zusammenhang zwischen der städtischen Herkunft der Jugendlichen mit der Ausprägung ‚Mehr Freizeitangebote für Jugendliche schaffen‘ der Frage nach der Thematik, um die sich Jugendräte, Jugendparlament oder Jugendforen kümmern sollten, überprüft. Je eher Befragte aus Düsseldorf diese Ausprägung als sehr wichtig oder wichtig im Vergleich zu den Stuttgartern empfinden und so einschätzen, gilt die Hypothese als bestätigt.

Gerade in der direkten Lebenswelt der Jugendlichen, können sie sich aktiv beteiligen und an Planungen und Entscheidungen mitwirken. Die Schaffung von Freizeitangeboten in ihrem eigenen Lebensraum spielt hier eine herausragende Rolle.¹⁸⁸ Deshalb wurde an dieser Stelle entschieden, diese Ausprägung als Beispiel einer Projektumsetzung jugendlicher Partizipation heranzuziehen.

6.2.4 Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung

Die letzte Dimension des Fragebogens beschreibt den Teil der Fragen, der darauf abzielt, Erkenntnisse zur Einschätzung der Jugendlichen zu ihrer Persönlichkeit bzw. ihrer Beurteilung anderer Personen in Zusammenhang mit politischen Themen oder Akteuren zu gewinnen. Hierzu werden vier Hypothesen aufgestellt, wovon die erste wie folgt lautet:

H 1: Wenn Jugendliche ein Heruntersetzen des Wahlalters auf 16 Jahre nicht befürworten, sind sie signifikant weniger politisch interessiert.

¹⁸⁸ Vgl. Fatke 2007, S. 27

Mit dieser Hypothese soll aufgezeigt werden, ob Jugendliche, die eine Senkung des Wahlalters und somit, wenn sie unter 18 Jahre alt sind, ihre eigene Teilnahme an Bundestagswahlen ablehnen, tatsächlich politisch desinteressiert sind. In Chens Theorie der politischen Entfremdung zweifelt der politikdesinteressierte Bürger den Sinn von Wahlen an, glaubt kaum an die Beeinflussung des politischen Systems durch seine Stimmabgabe und fühlt sich somit als bedeutungsloser, unmündiger Mensch, der die Bedeutung seiner eigenen Wahlbeteiligung als ziemlich gering einschätzt.¹⁸⁹

Hier werden die Frage danach, ob es eine gute Idee wäre das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen und die Frage nach dem politischen Interesse in Zusammenhang gesetzt. Ist dabei ein Zusammenhang zu erkennen, kann die Hypothese als bestätigt betrachtet werden.

Die nächste Hypothese, die dieser Dimension zugeordnet wird, sieht wie folgt aus:

H 2: Wenn Jugendliche Institutionen wie Jugendräten, -parlamenten oder -foren vertrauen, dann trifft dies eher in Stuttgart als in Düsseldorf zu.

Auch in dieser Hypothese wird die Fremdeinschätzung der Jugendlichen untersucht und davon ausgegangen, dass die Jugendlichen in Stuttgart den Jugendräten mehr Vertrauen schenken. Gleichzeitig soll zutreffen, dass sie politisch interessierter sind als die Gleichaltrigen in Düsseldorf. Bei Überprüfung der Frage nach dem politischen Interesse der Jugendlichen, muss dabei als Ergebnis zu sehen sein, dass die Jugendlichen aus Stuttgart tatsächlich politisch interessierter sind. Trifft dies nicht zu, kann die Hypothese im Vorhinein bereits widerlegt werden. Trifft dies jedoch zu, muss dieses Ergebnis mit dem Vertrauen der Jugendlichen in oben genannte Institutionen überprüft werden. Wenn dies der Hypothese entspricht und die Stuttgarter den Jugendräten mehr Vertrauen schenken, kann diese bestätigt werden. Hier wird von Gilles Überlegungen ausgegangen, dass fehlendes politisches Interesse sich mit fehlendem Vertrauen in politische Institutionen wechselseitig beeinflusst. Menschen, die diesen Institutionen eher Vertrauen entgegen bringen, sind demnach auch politisch interessierter und umgekehrt.¹⁹⁰

Die dritte Hypothese zu dieser Dimension lautet:

H 3: Wenn Jugendliche den Jugendrat in Ihrer Stadt kennen, dann können sie sich auch vorstellen, was sie machen. Hier wird der Anteil derer, die ‚besser‘ Bescheid wissen, in Stuttgart signifikant höher sein.

Zu dieser Hypothese wird der Zusammenhang aufgestellt, dass Jugendliche, denen ihr Jugendrat bekannt ist, einschätzen können, was dort gemacht wird. Hier wird die These aufgestellt, dass Jugendliche durch Transparenz und Information der Arbeit von Jugendräten in ihrem kleinen Umfeld, also im Bezirk, besser Bescheid wissen. Zudem kommen auch weitere strukturelle Vorteile hinzu, die die Informationspolitik eines Jugendrates offener

¹⁸⁹ Ausführliche Erläuterung von Chens Theorie im Bericht zum Forschungsprojekt ‚Politisches Interesse von Jugendlichen in Düsseldorf‘; dabei vgl. Chen nach Maurer, Marcus (2003): Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung. Konstanz, S. 25 f.

¹⁹⁰ Vgl. Gille et al. 2006a, S. 15

machen, wie bspw. die Dauer des Bestehens. Deshalb wird auch davon ausgegangen, dass die Jugendlichen in Stuttgart sich signifikant häufiger vorstellen können, was ihre Jugendräte für sie machen. Um die Hypothese zu kontrollieren, wird die Antwortmöglichkeit ‚Jugendrat‘ zur Frage 14) ‚Kennst du eine der unter Frage 13) genannten Einrichtungen in deiner Stadt, Kommune, Gemeinde?‘ mit einer neu zusammengefassten Ausprägung der ‚Ja‘-Antworten zu Frage 18) überprüft. Ist der Anteil der Stuttgarter größer, die Bescheid wissen, gilt die Hypothese als bestätigt.

Die letzte zu überprüfende Hypothese dieser Dimension heißt wie folgt:

H 4: Wenn Jugendliche einschätzen können, dass sich Jugendräte für ihre Interessen, Belange, etc. einsetzen, dann sind sie signifikant politisch interessierter als diejenigen, die deren Arbeit nicht einschätzen können. Dabei ist in Stuttgart die Zahl derer, die die Arbeit der Jugendräte einschätzen können, signifikant höher als in Düsseldorf.

Diese Hypothese zielt in die gleiche Richtung wie die vorherige Annahme. Hier geht es aber darum, herauszufinden ob eine mögliche und zugleich positive Einschätzung der Arbeit von Jugendräten mit dem politischen Interesse Jugendlicher zusammenhängt. Dabei wird die dritte Ausprägung (‚sich für die Interessen der Jugendlichen wie Freizeitangebote/Einrichtungen einsetzen/vertreten‘) zur Frage danach, was Jugendräte, Jugendparlamente, Jugendforen etc. machen, mit der Frage nach dem politischen Interesse in Zusammenhang gestellt. Wenn es dem so ist, dass Stuttgarter Jugendliche die Arbeit der Jugendräte ihrer Stadt signifikant häufiger einschätzen können als die Düsseldorfer, gilt die Hypothese als bestätigt.

6.3 Datenerhebung

Bevor ausführlich auf die Datenauswertung eingegangen wird, muss nach Erläuterung der Hypothesen ein kurzer Blick auf die Erhebung der Daten vollzogen werden. Hier gilt es neben den gewonnenen Erkenntnissen wie im Bericht zum Forschungsprojekt einen kritischen Rückblick auf die Arbeit im Feld zu werfen. Durch die gemachten Erfahrungen im und die Evaluierung der Arbeit zum Forschungsprojekt konnten viele Fehler und Probleme umgangen werden. Mit Erweiterung der zentralen Forschungsfragen konnte bei der neuerlichen Kontaktierung der Schulen und der Durchführung der Befragung trotzdem nicht alles planmäßig laufen.

Wie in den Kapiteln ‚Methodenwahl‘ und ‚Stichprobe‘ bereits ausführlich erläutert wurde, traten bereits in der Ansprache der Schulen einige Probleme auf. In Düsseldorf musste den meisten Ansprechpartnern, entweder Fachlehrern oder Schulleitern, in mehreren

Gesprächen erläutert werden, weshalb man wieder in deren Schule eine Umfrage durchführen möchte. In Stuttgart hingegen musste der Erstkontakt mit den Ansprechpartnern gemacht, der Kontakt mit ihnen intensiviert und sie dann davon überzeugt werden, dass die Teilnahme an der Befragung keine negativen Folgen für sich und ihre Schule mit sich bringen könnte. Zudem traten danach, wie auch im Forschungsprojekt, die ersten empirischen bzw. methodischen Probleme auf.

Der Zugang zu den Schulen wurde oftmals von besonders engagierten Lehrern oder Schulleitern ermöglicht, die an der Thematik interessiert sind und sehr großen Wert auf die politische Bildung der Schüler legen. Dies kann sich zum einen auf den Unterricht und somit auch auf die Schüler positiv auswirken, so dass in solchen Klassen ein größeres Interesse an politischen Zusammenhängen auch seitens der Schüler besteht. Da sich die Intensität, mit der politische Bildung an Schulen vermittelt wird, nicht messen lässt und es sich auch lediglich um eine Vermutung des Studienleiters handelt, muss diese mögliche Verzerrung bei dieser Untersuchung außer Acht gelassen werden.

Problematisch war bei der Ansprache der Schulen im Stuttgarter Raum, dass kein Kontakt zu den Schulen bestand. Die Kontaktierung und die Intensivierung der einzelnen Kontakte bis zur tatsächlichen Erhebung bzw. Befragung beanspruchte sehr viel Zeit. Vor dem ersten Versenden der Anschreiben bis zur Durchführung der ersten Befragung dauerte dies über vier Wochen. In manchen Schulen musste immer wieder nachgehakt werden und bis der Kontakt zum ‚richtigen‘ Ansprechpartner bestand, dauerte dies teilweise noch länger. Insgesamt wurden nach dem Zufallsprinzip 27 Schulen aller bereits genannten Schulformen kontaktiert. Wie oben bereits erwähnt, nahmen von den angeschriebenen Schulen letztlich neun Einrichtungen an der Befragung teil. Zur Verdeutlichung des Zeitumfangs vom Erstkontakt bis zur letzten Befragung an einer Schule, muss erwähnt werden, dass die Schulen in Düsseldorf Anfang September 2008 nach der Zusammenstellung der Ergebnisse aus dem Teamprojekt kontaktiert werden konnten. Auch die Schulen in Stuttgart wurden zu diesem Zeitpunkt zum Schuljahresbeginn angeschrieben. Die letzte Erhebung wurde am 14. Januar 2009 an einer Schule in Stuttgart durchgeführt. Parallel wurden in diesem Zeitraum die beantworteten Fragebögen im Auswertungsprogramm erfasst. Eine umfangreiche Auswertung konnte jedoch erst nach der letzten Erhebung durchgeführt werden.

Beim Ausfüllen der Fragebögen in den Klassen traten einigen Parallelen zu den Erhebungen im Rahmen des Forschungsprojekts auf. Einige Schüler versuchten die Antworten bei ihrem Tischnachbarn abzuschreiben, zudem kam selten Unruhe aus verschiedenen Gründen auf. Manche Schüler versuchten ihre Antworten abzugleichen, wurden unruhig, wenn sie bereits fertig waren, manche gerieten unter Druck, weil sie nicht in der gleichen Geschwindigkeit den Bogen wie ihre Klassenkameraden ausgefüllt hatten oder es wurde einfach untereinander gesprochen. Hier versuchte der Studienleiter einzuschreiten, der hier auch hin und wieder

von den Lehrern dabei unterstützt wurde, um eine ruhige Arbeitsatmosphäre gewährleisten zu können, in der jeder Schüler seine eigenen Antworten gibt.

Selbstverständlich gab es beim Verständnis der Fragen von Schüler zu Schüler und auch von Schulform zu Schulform gravierende Unterschiede. Hier versuchte der Studienleiter, ohne Einfluss auf die Fragen zu nehmen, einzelnen Schülern Hilfestellung zu geben. Insgesamt bestand zum größten Teil in den Klassen eine derart gute Arbeitsatmosphäre, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Fragen ‚korrekt‘ nach bestem Wissen ausgefüllt wurden, sowie dem Interesse und den Einstellungen jedes einzelnen Befragten entsprechen. Außer bei sieben Fragebögen, die aufgrund keiner oder der Befragung nicht ‚entsprechender‘ Antworten vollständig aus der Stichprobe herausgenommen wurden, lag die Rücklaufquote bei erstaunlich hohen 99,4 %.

Insgesamt kann man auch bei dieser Untersuchung festhalten, dass die Befragungen in einer erstaunlich guten Atmosphäre stattgefunden haben. In mehreren Schulen bzw. Klassen wurde von Seiten der Schüler und der Lehrer starkes Interesse an den Ergebnissen signalisiert, so dass allen teilnehmenden Schulen nach der Analyse, eine Zusammenstellung der Erkenntnisse aus dieser Studie zugesendet wird.

6.4 Datenauswertung

In diesem Kapitel werden ausführlich die Ergebnisse der Untersuchung mit den Düsseldorfer und Stuttgarter Jugendlichen dargestellt. Zunächst wird ein Blick auf die analytische Handhabung der Ergebnisse anhand eines Codebuchs erläutert, um damit auch den Umgang mit den offenen Antwortkategorien zu erklären. Danach werden die generellen Ergebnisse der einzelnen Fragen betrachtet, so dass darauf folgend auf die aufgestellten Hypothesen eingegangen werden kann und geklärt wird, ob diese verifiziert oder falsifiziert werden können. So können dann insgesamt Schlüsse zu den zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit gezogen werden.

6.4.1 Codierung

Zur Übertragung und Aufbereitung der gewonnenen Daten muss eine Codierung anhand eines Codebuchs durchgeführt werden. Im Codebuch werden alle Antwortmöglichkeiten durchnummeriert, damit diese per zugewiesener Ziffer im Datenauswertungsprogramm ‚SPSS‘ erfasst werden können.¹⁹¹ Blickt man auf das im Anhang beiliegende Codebuch, so

¹⁹¹ Vgl. Diekmann 2002, S. 550 f.

ist zu erkennen, dass besonders die offenen Fragen bei der Codierung eine wichtige Rolle spielen. In diesem Fall hat der Studienleiter die offenen Fragen nach einem ersten Einblick in die gegebenen Antworten codiert. Wie diese in den einzelnen Fragen ausgesehen haben, wird nachfolgend erklärt. Die genaue Codierung der Fragen mit vielen Antwort- bzw. Itembatterien ist dem im Anhang beigelegten Codebuch zu entnehmen.

Zunächst wurden den einzelnen Fragebögen jeweils ein Stadt- und ein Fragebogenindex zugeteilt, damit auch nach der Befragung noch verfolgt werden konnte, in welcher Stadt der jeweilige Fragebogen erhoben bzw. ausgefüllt wurde. Zudem notierte sich der Befragungsleiter zur verbesserten Zuordnung der Bögen einen Schul- und Klassenindex, der im Auswertungsprogramm SPSS in Form der Notierung des Schultyps erfasst wurde. Wie erwähnt, wurde bei Frage 1) („Hast du vor, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen?“) die Antwortkategorie ‚Nein‘ mit der Möglichkeit der Angabe von Gründen erweitert. Folgende Antwortmöglichkeiten wurden demnach hierzu codiert:

Frage 1: Hast du vor, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen?

- Ja=1,
- Nein, weil zu jung=2,
- Nein, weil kein Interesse/weil ich mich nicht entscheiden kann/weil keine Ahnung/etc. =3,
- Nein, weil ausländischer Staatsbürger=4,
- Weiß nicht=5
- Keine Angabe=99

Abb. 9: Codierung der Frage 1. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 7

In der Analyse werden die Codes 1, 2 und 3 in einer neuen Variablenausprägung zusammengefasst, da mit der Frage herausgefunden werden soll, wie groß der Anteil potentieller Wähler bei den Jugendlichen bei einer Bundestagswahl wäre. Lediglich bei den Personen, die mit ‚nein, weil kein Interesse/weil ich mich nicht entscheiden kann/weil keine Ahnung/etc.‘ werden als Nicht-Wähler erfasst. Die nächste Frage mit einer offenen Antwortkategorie war in dem Fragebogen die Frage 14). Dabei sollten Erkenntnisse zu folgender Frage „Kennst Du eine der unter Frage 13) genannten Einrichtungen auch in deiner Stadt, Kommune, Gemeinde?“ gewonnen werden. Hierzu wurde der Blick auf die Antwortmöglichkeiten ‚Jugendparlament‘, ‚Jugendrat‘, ‚Jugendforen‘, ‚Jugendkonferenzen‘, ‚Jugendbürgerversammlungen‘ und ‚Jugendwahlen‘ gerichtet. Aus den gegebenen Antworten, die sich an den Antworten zu Frage 13) orientieren sollten, resultierte folgende Codierung:

Frage 14: Kennst du einer der unter Frage 13) genannten Einrichtungen auch in deiner Stadt, Kommune, Gemeinde?

- Ja, Jugendparlament=1
- Ja, Jugendrat=2
- Ja, Jugendforen=3
- Ja, Jugendkonferenzen=4
- Ja, Jugendbürgerversammlungen=5
- Ja, Jugendwahlen=6
- Ja, mehrere=9
- Nein=7
- Weiß nicht=8
- Keine Angabe=99

Abb. 10: Codierung der Frage 14. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 8

Mit Frage 15) sollte erkundet werden, ob die Befragten jemals an den oben genannten Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in verschiedenen Formen teilgenommen haben. Die Antwortmöglichkeiten wurden hier aber eingeschränkt und jeweils als einzelne Variable codiert, die entweder die Ausprägung ‚trifft nicht zu=0‘ oder ‚trifft zu=1‘ annehmen konnte. Zuletzt wird Frage 18) mit ihrer offenen Antwortkategorie betrachtet. Sie lautete: „Kannst du dir vorstellen, was Jugendräte, Jugendparlamente, Jugendforen, etc. machen?“ Nach den mehrheitlich angegebenen Antworten bei der Antwortkategorie ‚ja, nämlich:...‘ wurden folgende Ausprägungen kategorisiert und codiert:

Frage 18: Kannst du dir vorstellen, was Jugendräte, Jugendparlamente, Jugendforen, etc. machen?

- Ja, politisches Interesse bei Jugendlichen wecken/Politik näher bringen=1
- Ja, sich allgemein mit Jugendlichen beschäftigen=2
- Ja, sich für die Interessen der Jugendlichen wie Freizeitangebote/Einrichtungen einsetzen/vertreten=3
- Ja, als Mittler zwischen Jugendlichen und Politiker/innen fungieren=4
- Ja, Jugendliche besser in Gesellschaft integrieren/soziales Verhalten der Jugendlichen verbessern=5
- Ja, Beschäftigungsmöglichkeiten/Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen=6
- Ja, sonstiges=7
- Ja, nichts tun=8
- Nein=9
- Weiß nicht=10
- Keine Angabe=99

Abb. 11: Codierung der Frage 18. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 9

6.4.2 Generelle Ergebnisse der Untersuchung

Nachdem bislang vor allem die sozialstatistischen Merkmale der Befragten betrachtet wurden, wird im Folgenden auf die Antworten der Befragten eingegangen. Auf die Frage, ob

sie bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 2009 wählen gehen würden, antworteten von den 1242 (ein Befragter beantwortete nicht diese Frage) befragten Personen 21,5 %, dass sie auf jeden Fall wählen gehen möchten.

Wie schon angedeutet, wurden die Jugendlichen vor Beantwortung der Fragen darauf hingewiesen, dass sie zur Frage 1) beim Ankreuzen der Antwortmöglichkeit ‚nein‘ angeben sollen, weshalb sie nicht wählen werden. Die Antwortmöglichkeiten ‚nein, weil ich zu jung bin‘ und ‚nein, weil ich keine deutsche Staatsangehörigkeit besitze‘ sollten dann angegeben werden, wenn die Befragten gerne wählen würden, dies aber aus rechtlichen Gründen nicht dürfen. Falls sie tatsächlich kein Interesse am Wählen haben, sollten sie dies auch angeben. Nach Umkodierung der Variable ‚Wahl tendenz‘ in die Variable ‚tatsächliche Wahlabsicht‘ mit den Ausprägungen ‚ja, ich gehe wählen bzw. ich würde wählen gehen‘ und ‚nein, weil keine Ahnung, etc.‘ sowie der Ausprägung ‚weiß nicht‘ ist eine klare Tendenz zu einer Inanspruchnahme eines möglichen Wahlrechts bei der Bundestagswahl erkennbar.

			Düsseldorf	Stuttgart	Gesamt
tatsächliche Wahlabsicht	ja, ich gehe wählen/ich würde wählen gehen	Anzahl	447	476	923
		% pro Stadt	70,8%	77,9%	74,3%
	nein, kein Interesse/keine Ahnung	Anzahl	84	53	137
		% pro Stadt	13,3%	8,7%	11,0%
	weiß nicht	Anzahl	100	82	182
		% pro Stadt	15,8%	13,4%	14,7%
Gesamt		Anzahl	631	611	1242
		% pro Stadt	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 12 : Kreuztabelle nach Umkodierung der Variablen Wahlabsicht in tatsächliche Wahlabsicht der Befragten mit Aufteilung nach Stadt. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 12

Insgesamt würden knapp $\frac{3}{4}$ der Befragten bei der nächsten Bundestagswahl wählen gehen. Dabei ist der Wert mit 77,9 % der Jugendlichen in Stuttgart ein wenig größer als in Düsseldorf (70,8 %). 11 % der Befragten würden aus fehlendem politischen Interesse, aufgrund fehlender politischer Information/Kenntnisse, aus Unzufriedenheit bzgl. politischer Entscheidungen oder aus mangelndem Vertrauen zu den politischen Akteuren nicht wählen gegen. 14,7 % der Befragten sind sich noch nicht darüber im Klaren, ob sie bei der Bundestagswahl 2009 wählen gehen oder nicht. Wie der Chi-Quadrat-Test erläutert, wären bei einer gegebenen Repräsentativität der Befragten diese Werte auf die Grundgesamtheit der Jugendlichen der beiden Städte übertragbar. Dies bedeutet, dass die Werte signifikant sind. Im Vergleich zum Forschungsprojekt ist hier eine klare Steigerung der Wahlabsicht zu erkennen. Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass den Jugendlichen in dieser Befragung verschiedene Antwortmöglichkeiten angeboten wurden. Auf diese Weise konnten sie unter Angaben von Gründen darstellen, ob sie durch rechtliche Vorgaben überhaupt

wahlberechtigt sind und ob sie tatsächlich wählen gehen würden. Somit konnten deutlich genauere Erkenntnisse darüber gewonnen werden als in der Befragung zum Forschungsprojekt. Zum anderen kann die gestiegene Wahlabsicht aber auch mit der zeitlichen Nähe der Wahlen zusammenhängen.

Auf die Frage, ob sich die Jugendlichen von der Politik in Deutschland angesprochen fühlen, kam für die politischen Akteure und ihre politischen Prozesse ein eher ernüchterndes Urteil zustande. Nach Umkodierung der fünf Ausprägungen (sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht) in drei Antwortkategorien (ja, mittel, wenig/überhaupt nicht) ist ein sehr negatives Bild zu erkennen. Jugendliche scheinen eine sehr große kognitive bzw. emotionale Distanz zur Politik zu empfinden. Im Vergleich zum Forschungsprojekt lag der Wert des ‚sich von der Politik angesprochen fühlen‘ in dieser Erhebung sogar darunter. Lediglich 9,1 % fühlen sich von dieser angesprochen, wo hingegen über die Hälfte der Befragten (51,5 %) sich kaum oder überhaupt nicht daran erfreuen kann. Vor allem bei Stuttgarter Jugendlichen zeigt sich da eine stärkere emotionale Entfremdung.¹⁹²

Mit der Beantwortung der grundlegendsten Frage dieser Untersuchung, nämlich nach dem politischen Interesse der Jugendlichen, könnte man eigentlich mit einer generellen Aussage und der Darstellung des Ergebnisses die Bewertung der Studie abschließen. Mit Blick auf diese Werte kann man ein Pauschalurteil zur Hauptthese dieser Untersuchung fällen und tatsächlich aufzeigen, ob das politische Interesse der Jugendlichen in Stuttgart aufgrund des Bestehens seit einem längerem Zeitraum der Jugendräte größer ist als das der Düsseldorfer Jugendlichen. Die Ergebnisse zu dieser Frage falsifizieren diese Annahme. Nach Umkodierung der Antwortmöglichkeiten in die Ausprägungen ‚ja, politisch interessiert‘, ‚mittleres politisches Interesse‘ und ‚kaum/überhaupt nicht politisch interessiert‘ muss man sagen, dass die Ergebnisse der beiden Städte auf ungefähr gleicher Stufe liegen. In Anbetracht dessen, dass in Stuttgart mehr Schüler mit höherem Bildungsniveau befragt wurden, was auch ein größeres politisches Interesse impliziert, ist die Falsifizierung der Hypothese sogar noch zu unterstreichen.¹⁹³

Im Einzelnen sehen die Ergebnisse wie folgt aus:

		Stadtindex			
		Düsseldorf	Stuttgart	Gesamt	
politisches Interesse	Ja, politisch interessiert	Anzahl	108	105	213
		% pro Stadt	17,1%	17,2%	17,1%
	mittel	Anzahl	263	240	503
		% von Stadtindex	41,7%	39,2%	40,5%
	kaum/überhaupt nicht politisch interessiert	Anzahl	259	267	526
		% von Stadtindex	41,1%	43,6%	42,4%
Gesamt		Anzahl	630	612	1242
		% von Stadtindex	100,0%	100,0%	100,0%

¹⁹² Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 11

¹⁹³ Gille et al. 2000, S. 16

Abb. 13: Kreuztabelle nach Umcodierung der Variablen politisches Interesse in Aufteilung mit drei Ausprägungen und Aufteilung nach Stadt. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 12

Lediglich 17,1 % (108 Jugendliche) der befragten Schüler sind politisch interessiert. Dabei liegt der Anteil der Jugendlichen in Stuttgart mit 17,2 % seiner Schülerschaft (105 Jugendliche) minimal höher als der Anteil in Düsseldorf. Den politisch Interessierten stehen in Düsseldorf 41,1 % (263 Jugendliche) und in Stuttgart 43,6 % (240 Jugendliche) der Schüler gegenüber, die wenig oder überhaupt nicht politisch interessiert sind. Als ‚durchschnittlich‘ bzw. ‚mittel‘ politisch interessiert schätzen sich in beiden Städten ebenfalls relativ viele Jugendliche ein. In Düsseldorf ist die Gruppe der mittleren Interessierten mit 41,7 % (263 Jugendliche) an seiner Schülerschaft ein bisschen größer als in Stuttgart, wo 39,2 % der Schüler sich als mittel interessiert sehen.

Betrachtet man diese Zahlen und zieht Schlüsse dazu ohne fundierte empirische Werte, hat das Bestehen der Jugendräte über einen längeren Zeitraum keine größere Auswirkung auf das Interesse der Jugendlichen. Trotz des längeren Bestehens der Jugendräte in mehreren Stuttgarter Bezirken, die stärkere Auseinandersetzung mit der Thematik der Kinder- und Jugendbeteiligung seitens der Politik und der Verwaltung sowie des Bereitstellens verschiedener Formen von Partizipationsmöglichkeiten für Heranwachsende, scheint es so, dass dies auf das politische Interesse, zumindest der befragten Jugendlichen, keinen großen Einfluss hat. Zweifelsohne wäre es hier interessant zu vergleichen, ob das Interesse an Politik in Stuttgart vor der ersten Jugendratswahl sich nicht auf einem noch niedrigeren Niveau bzw. ob sich das politische Interesse in Düsseldorf bei den Jugendlichen in Düsseldorf schon immer oder seit längerem auf dem gleichen Niveau bewegt hat. Dann hätten die Arbeit, das Bestehen und die Weiterentwicklung der Jugendräte den Zweck des Aufbaus von politischem Interesse im Stuttgarter Raum erfüllt bzw. wäre die Umsetzung in Düsseldorf noch vorteilhafter, da ein Interessenswandel bei den Jugendlichen bzgl. Politik nach der Installierung solcher Beteiligungsmöglichkeiten stattgefunden hätte. Anhand der erhobenen Werte ist dem nicht so.

Was in dieser Untersuchung an diesem Punkt beachtet werden muss, ist die altersgemäße unterschiedliche Zusammensetzung der Vergleichsgruppen in den beiden Städten. Anhand des T-Tests ist zu erkennen, dass in Stuttgart im Durchschnitt minimal jüngere Leute befragt wurden. Der Mittelwert der befragten Jugendlichen beträgt 16,3 Jahre, wo in Düsseldorf das mittlere Alter eines Befragten 16,49 Jahre betrug.

	Stadtindex	N	Mittelwert	Standardabweichung	Standardfehler des Mittelwertes
Alter des Befragten	Stuttgart	612	16,30	2,594	,105
	Düsseldorf	631	16,49	2,527	,101

Abb. 14: T-Test: Gruppenstatistiken mittleres Alter der Befragten in der jeweiligen Stadt (zzgl. SPSS-Berechnung der Standardabweichungen und der Standardfehler der Mittelwerte). Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 11

Für das Ergebnis nach der Frage bzgl. des politischen Interesses spricht, dass in Düsseldorf durchschnittlich ältere Personen befragt wurden. Ob der Unterschied des Mittelwertes des Alters hier das Ergebnis signifikant beeinflusst, ist jedoch fraglich.

Neben dem Alter der Befragten könnte auch die häufigere Befragung von weiblichen Befragten in Düsseldorf und die anteilig mehrfache Befragung von Jungen in Stuttgart eine wichtige Rolle spielen. Die männlichen Befragten sind nach Erkenntnissen aus anderen Untersuchungen politisch interessierter als Mädchen. Wo in Düsseldorf mehrheitlich Mädchen befragt wurden (334 weibliche und 297 männliche Befragte), ist gegensätzlich dazu in Stuttgart mit 341 männlichen und 271 weiblichen ‚Interviewpartnern‘ ein größerer Anteil an Jungen befragt worden.¹⁹⁴

Um die Ergebnisse bzgl. des politischen Interesses nach den beiden zu vergleichenden Städten in Verbindung mit dem Geschlecht zu vergleichen, dient eine Kreuztabelle mit diesen Variablen. So kann genau betrachtet werden, wie sich die Antworten zum politischen Interesse auf die beiden Städte verteilen.¹⁹⁵ Besonders hervorzuheben sind die sich den Gesamtzahlen ähnelnden Werte. Demnach sind mehr männliche Befragte in beiden Städten an politischen Zusammenhängen interessiert. Mädchen hingegen sind öfter wenig oder überhaupt nicht an Politik interessiert. Dabei geben die weiblichen Befragten in Stuttgart anteilig öfter als in Düsseldorf an, politisch desinteressiert zu sein. Detaillierte signifikante Ergebnisse dazu sind folgender Abbildung zu entnehmen.

			Weiblich	Männlich	Gesamt	
Düsseldorf	politisches Interesse	ja	Anzahl	37	71	108
			% vom Geschlecht	11,1%	24,0%	17,1%
		mittel	Anzahl	149	114	263
		% vom Geschlecht	44,6%	38,5%	41,7%	
		kaum/überhaupt nicht	Anzahl	148	111	259
		% vom Geschlecht	44,3%	37,5%	41,1%	
	Gesamt	Anzahl	334	296	630	
		% vom Geschlecht	100,0%	100,0%	100,0%	
	Stuttgart	politisches Interesse	ja	Anzahl	17	88
			% vom Geschlecht	6,3%	25,8%	17,2%
mittel			Anzahl	106	134	240
		% vom Geschlecht	39,1%	39,3%	39,2%	
		kaum/überhaupt nicht	Anzahl	148	119	267
		% vom Geschlecht	54,6%	34,9%	43,6%	
Gesamt		Anzahl	271	341	612	
		% vom Geschlecht	100,0%	100,0%	100,0%	

Abb. 15: Politisches Interesse der weiblichen und männlichen Jugendlichen in Düsseldorf und Stuttgart. Eigene Erstellung über Werte aus SPSS.

¹⁹⁴ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 10

¹⁹⁵ Vgl. Abbildung 15.

Der Großteil der befragten Jugendlichen ist davon überzeugt, dass mit steigendem Alter sich auch ihr politisches Interesse vergrößern wird. Auf die vierte Frage des Fragebogens antworteten knapp 65 % der Befragten, die sie davon ausgehen, dass mit steigendem Alter sich auch ihr politisches Interesse steigern wird. Im Forschungsprojekt waren es noch 56 %, die optimistischer, ihr politisches Interesse betreffend, in die Zukunft geschaut haben. Diesmal ist diese Aussage von 62,1 % der Düsseldorfer wieder getätigt worden, jedoch waren die Jugendlichen in Stuttgart mit über 67 % weitaus optimistischer.¹⁹⁶

Wie in Abb. 16 zu erkennen ist, gab es in den Angaben der Jugendlichen zur Frage 5) lediglich geringe Unterschiede. Die am besten geeignete Personengruppe, die das politische Interesse der Jugendlichen fördert, ist für die Befragten in beiden Städten die Gruppe ‚Andere Jugendliche‘, wobei in Stuttgart mit 59 % diese Antwort minimal häufiger angegeben wurde als in Düsseldorf.

Nach Überprüfung der Daten nach dem Geschlecht ist zu erkennen, dass vor allem die weiblichen Befragten davon überzeugt sind, von anderen Jugendlichen für politische Themen begeistert zu werden.

In beiden Städten geben dies mehr als 60 % der Mädchen an. Bei den männlichen Befragten gibt es eine knappe Mehrheit von über die Hälfte der Jungen an, so dass insgesamt 57,2 % der Jugendlichen ihre Altersgenossen als am besten geeignete Ansprechgruppe sehen.

Am zweithäufigsten sehen die Befragten ihre Eltern als gute Ansprechpartner für derartige Themen an. Ungefähr 2/5 der Befragten gaben an, dass sie sie für politische Themen begeistern können. Knapp dahinter folgen erst die Lehrkräfte, wobei auch hier eine positivere Einschätzung der Düsseldorfer Jugendlichen stattfindet.

	Eltern	Lehrpersonen/ Lehrkräfte	Politiker	Andere Jugendliche	Sonstige	Weiß nicht
Düsseldorf	42,6 %	37,2 %	24,2 %	55,5 %	14,6 %	7 %
Stuttgart	38,7 %	32 %	24,3 %	59 %	13,9 %	4,4 %
Gesamt	40,7 %	34,7 %	24,3 %	57,2 %	14,2 %	5,7 %

Abb.16: Antworten zur Frage nach den am besten geeigneten Personen, die Jugendliche für politische Themen begeistern können. Eigene Erstellung nach Anhang zur Masterarbeit, S. 15

Lediglich ein knappes Viertel der Jugendlichen bezeichnete die Politiker als gute Ansprechpartner. Des Weiteren wurde bei Beantwortung dieser Frage folgende Beobachtung gemacht: Wenn die Antwortmöglichkeit ‚Sonstige‘ (insgesamt 14,2 %) angekreuzt wurde, fügten die ankreuzenden Jugendlichen oftmals, trotz nicht vorhandener offener Kategorie, die Bezeichnung ‚Medien‘ hinzu. Hier scheint es, dass sich die Jugendlichen vor allem durch Medienrezeption beeinflussen lassen und letztlich entscheiden, ob und wie sehr sie sich für politische Themen interessieren.

¹⁹⁶ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 15

Darüber hinaus sollte zu dieser Frage noch erwähnt werden, dass die Jugendlichen in Stuttgart neben anderen Jugendlichen auch politische Akteure als gute Ansprechpartner geeigneter einschätzen als die Düsseldorfer Jugendlichen. Hier könnte angenommen werden, dass Jugendliche in Stuttgart vor allem durch die Ansprache von Jugendräten über längere Zeit positiv beeinflusst wurden. Durch deren langjährige Arbeit und der Zusammenarbeit mit Kommunalpolitikern in verschiedenen Bezirken hat sich vielleicht ein positiver Blickwinkel auf die Kommunalpolitik entwickelt. Die etablierte Politik ist durch die Jugendräte den Jugendlichen näher gekommen. Somit kann es durchaus der Fall sein, dass Jugendliche und Politiker hier eher als geeignete Ansprechpartner als für die Befragten in Düsseldorf in Frage kommen. Diese Annahme könnte in weiterführenden Studien genauer untersucht werden.

Bei Frage 6) wurde danach gefragt, ob der Befragte die Idee einer Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre befürworten würde. Auch hier lassen sich die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt bestätigen.

			Stadt		Gesamt
			Düsseldorf	Stuttgart	
Zurzeit darf bei der Bundestagswahl erst ab 18 Jahren gewählt werden.	ja	Anzahl	173	159	332
		% pro Stadt	27,5%	26,0%	26,8%
Wäre es eine gute Idee, wenn man schon ab 16 Jahren wählen könnte?	nein	Anzahl	291	317	608
		% pro Stadt	46,3%	51,9%	49,1%
ist mir egal		Anzahl	164	135	299
		% pro Stadt	26,1%	22,1%	24,1%
Gesamt		Anzahl	628	611	1239
		% pro Stadt	100,0%	100,0%	100,0%

Abb.17: Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 15

Nach Überprüfung der Antworten und dem Zusammenhang dieser Frage mit dem Geschlecht bzw. mit der Herkunft der Befragten gab es vergleichbare Werte wie in der oben dargestellten Tabelle. Somit lässt sich das Ergebnis nicht vom Geschlecht bzw. der Herkunft eines Befragten beeinflussen. Das bedeutet, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen eine eigene Beteiligung bei Bundestagswahlen ablehnt. Ob dies damit zusammenhängt, dass sie sich selbst oder eher anderen gleichaltrigen Jugendlichen eine Teilnahme an Wahlen bzw. eine Beurteilung von politischen Themen und Akteuren und damit eine Abstimmung nicht zutrauen, kann hier nicht beantwortet werden und bedarf einer genaueren Untersuchung. Lediglich knapp über ein Viertel der Befragten dieser Untersuchung ist für eine Absenkung des Wahlalters. 24,1 % der Befragten zeigen sich gegenüber einer Absenkung des Wahlalters eher gleichgültig. Hervorzuheben ist dabei, dass Jugendliche in Nordrhein-Westfalen ab Vollendung des 16. Lebensjahres wählen dürfen. Da nur 14 Jugendliche mehr

als in Stuttgart für eine Absenkung des Wahlalters sind, scheint es so, dass sich die mögliche Teilnahme an diesen Wahlen nur bedingt auf die Einstellung der Jugendlichen auswirkt.

In den theoretischen Grundlagen zu dieser Studie ist bereits erwähnt worden, dass politisches Interesse und Vertrauen eines Bürgers in die politischen Institutionen sich gegenseitig bedingen. Aus diesem Grunde wurde in Frage 7) nach dem Vertrauen der Jugendlichen in bestimmte Institutionen geforscht. Bei der Frage nach dem Vertrauen zur jetzigen Bundesregierung gaben lediglich 17 % der Jugendlichen an, dass sie ihr sehr viel bzw. eher viel Vertrauen schenken. Dagegen denken 26,2 % der Befragten, dass die Bundesregierung eher wenig oder sehr wenig vertrauenswürdig ist. Der überwiegende Teil mit 40,4 % der Befragten wählte die Antwortkategorie ‚mittel‘ aus.

Zwischen den Antworten der Jugendlichen bezogen auf die Institutionen Jugendräte, Jugendparlamente und Jugendforen, gab es kaum Unterschiede zwischen den Antworten aus Düsseldorf und Stuttgart. Zu erwähnen ist noch, dass in Düsseldorf 9 % der Befragten angaben, nicht zu wissen, ob sie diesen Institutionen vertrauen. In Stuttgart waren es dagegen nur 4,8 %, die sich kein Bild darüber machen können. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Jugendräte in Stuttgart den Jugendlichen wohl bekannter zu sein scheinen als in Düsseldorf. Trotzdem profitieren die ‚guten‘ Werte mit sehr und eher viel Vertrauen nur minimal. Gänzlich unbekannt sind Jugendräte, Jugendparlamente oder auch Jugendforen nur insgesamt 40 Befragten, die sich auf beide Städte unentschieden aufteilen lassen.¹⁹⁷

Bemerkenswert ist das Vertrauen, welches der Polizei entgegengebracht wird. Über die Hälfte der Befragten (50,5 %) gab an, der Polizei sehr oder eher viel zu vertrauen. Diesen Werten stehen lediglich 20,9 % gegenüber, die ihr kein Vertrauen schenken. Hier sind nun wiederum kaum Unterschiede zwischen den Städten zu erkennen. Keiner anderen Gruppe oder Organisation stehen die Befragten vertrauenswürdiger gegenüber.¹⁹⁸

Das Vertrauen zu wirtschaftlichen Organisationen ist auch von besonderer Bedeutung für diese Untersuchung. Zum einen zeigt sich, ob Jugendliche sich bzgl. ihrer beruflichen Zukunft schon Gedanken machen und sich mit wirtschaftlichen Themen auseinandersetzen. Zum anderen sind die ganzheitlichen Systeme Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nicht voneinander anzutrennen. Deshalb muss auch hier nach dem entgegengebrachten Vertrauen der Jugendlichen zu bestimmten Organisationen geschaut werden. In dieser Studie wurde wie in der Untersuchung zum Forschungsprojekt das Vertrauen gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen und Gewerkschaften untersucht. Unternehmen schneiden diesmal eher schlecht ab, d.h. ihnen wird nicht von sehr vielen Befragten Vertrauen entgegengebracht. Nur 13,4 % geben an, ihnen sehr viel oder eher zu vertrauen. 34,1 % sind eher skeptisch und vertrauen den Unternehmen eher weniger. Dabei sind die Angaben

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 18

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

in beiden Städten ziemlich ähnlich. Wirtschaftliche Unternehmen schneiden wiederum eher schlecht ab, d.h. ihnen wird nicht so viel Vertrauen entgegengebracht. Die Gewerkschaften dagegen scheinen in Stuttgart vertrauenswürdiger zu sein als im Raum Düsseldorf. Die Befragten haben wohl bereits erste positive Erfahrungen mit ihnen gemacht und schätzen sie somit als vertrauenswürdiger ein. Sie schneiden im Vergleich zu wirtschaftlichen Unternehmen relativ gut ab, können mit den Angaben der Jugendlichen trotzdem nicht ganz zufrieden sein, da nur insgesamt 18,4 % ihnen ihr Vertrauen aussprechen. Ein weitaus größerer Teil der Befragten (27,2 %) hält sie für wenig vertrauenswürdig. Erwähnenswert und doch erschreckend ist, dass 7,6 % der Befragten wirtschaftliche Unternehmen und 8,7 % der Jugendlichen Gewerkschaften nicht kennen.¹⁹⁹

Von den weiteren Institutionen schneiden die Europäische Union, die Vereinten Nationen das Bundesverfassungsgericht bzw. andere Gerichte und Menschenrechts- sowie Umweltschutzgruppen relativ gut ab. Dabei wird diesen Institutionen durchschnittlich von 30 bis 40 % der Befragten sehr viel oder eher viel Vertrauen geschenkt. Ein wesentlich kleinerer Teil von jeweils ungefähr 20 % der Befragten schätzt diese Institutionen als weniger vertrauensvoll ein.²⁰⁰

Um ein besseres Image und um Vertrauen bei den Jugendlichen müssen nach den Ergebnissen dieser Untersuchung insbesondere die Kirchen und die Medien werben. Ein großer Anteil der Befragten (ca. 35 %) schenkt den Kirchen und den zu den Medien gehörenden Institutionen wie Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen, Zeitschriften, Internet, etc. kaum Vertrauen.²⁰¹

In der nächsten Frage sollten die Befragten angeben, über welche Politikbereiche sie gerne besser informiert wären. Vorgegeben wurden die Antwortmöglichkeiten Kommunal- (Stadt- und Stadtteilpolitik), Landes-, Bundes-, Europa und Internationale Politik oder ‚keine von diesen‘. Mehrfachnennungen waren möglich.

Für den internationalen Politikbereich bekundeten die Jugendlichen das größte Interesse. Mehr als die Hälfte in Stuttgart und 46,4 % der Düsseldorfer Schüler würden gerne mehr über internationale Politik über Europas Grenzen hinweg erfahren. Insgesamt gaben 600 Befragte diesen Bereich an.²⁰² Der Bereich der Europapolitik wurde am zweithäufigsten angegeben. Insgesamt wären von den Befragten in Stuttgart 43,1 % der Jugendlichen über diesen Bereich gerne besser informiert, wo gleichzeitig ‚nur‘ 36,3 % der Düsseldorfer Jugendliche ihr Interesse an diesem Bereich bekunden. Der gleiche Abstand zwischen den Angaben der Jugendlichen aus beiden Städten wurde auch bei den Stimmen zum dritt öftesten genannten Bereich gemessen: die Bundespolitik. In Stuttgart besteht dabei ein größeres Interesse am bundespolitischen Bereich als in Düsseldorf. 36,6 % der

¹⁹⁹ Vgl. ebd., S. 19

²⁰⁰ Vgl. ebd., S. 19 ff.

²⁰¹ Vgl. ebd., S. 21

²⁰² Vgl. ebd., S. 23

Jugendlichen aus Stuttgart wären gerne besser über bundespolitische Themen informiert. In Düsseldorf hingegen lediglich knapp über 30 %.²⁰³

Kommunal- und Landespolitik folgten bei den Angaben der Schüler auf den weiteren Plätzen, wobei der kommunalpolitische Bereich ein wenig öfter genannt wurde, was mit den Düsseldorfer Jugendlichen zu verdanken ist. In Stuttgart besteht ein geringeres Interesse am kommunalpolitischen Bereich. Mehr als jeder Siebte (14,6 % der Befragten) gab im Fragebogen an, an keinem dieser Themenbereiche interessiert zu sein.²⁰⁴

Bereits die Antworten auf die Fragen 9) und 10) des Fragebogens können Informationen darüber liefern, auf welchem Wege Jugendliche angesprochen werden sollen und wie Politik aufbereitet werden sollte, damit sie diese anspricht. Die Antworten dazu aus dieser Untersuchung bestätigten die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt, in dem die Befragten angaben, vorwiegend über Film- und Fernsehbeiträge sowie über das Internet zu politischen Themen angesprochen werden möchten. Auf die Frage nach der Aufbereitung und der Ansprache, gaben sie an, dass die Sprache leicht verständlich sein sollte. Als Hauptquelle politischer Informationen gaben die Befragten vorwiegend das Fernsehgerät als Informationsdienstleister an. Auch das Internet und die Printmedien wie Zeitungen oder Zeitschriften wurden oftmals als politisch-informative Medien angegeben.²⁰⁵ In dieser Studie wurden diese Ergebnisse nochmals bestätigt. Auf die Frage, welche Form der Ansprache sinnvoll wäre, um bei Jugendlichen das Interesse für Politik zu wecken, gab der größte Teil Film- und Fernsehbeiträge an. Insgesamt wurde 840 Mal diese Antwortmöglichkeit von den Befragten als geeignet angekreuzt. Mit weitem Abstand folgte das Internet, das 57,1 % der Jugendlichen als angebrachtes Ansprachemedium sehen. Wie auch im Forschungsprojekt folgen mit weitem Abstand auf dem dritten Platz Zeitungen und Zeitschriften. 41,8 % der Stuttgarter Befragten gaben diese Medien als geeignet an, wo hingegen in Düsseldorf nur 35 % diese Medienformen als angebracht sehen.²⁰⁶

Der prozentuale Unterschied kann damit zusammenhängen, dass in Stuttgart ein größerer Teil an Gymnasiasten befragt wurde. Schüler, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, implizieren auch eine Medienrezeption. Sie lesen häufiger Zeitungen oder Zeitschriften als Gesamt-, Real- oder Hauptschüler. Deshalb sehen sie diese in dem Fall auch als geeignetes Ansprachemedium an.

Knapp über ein Viertel der Befragten gab an, Veranstaltungen und Versammlungen als gute Anspracheformen anzusehen, um das politische Interesse von Jugendlichen zu wecken. Direktansprache mit 13,5 % und politisches Informationsmaterial mit 11,7 % der Angaben scheinen bei den meisten Befragten relativ unbeliebt zu sein.

²⁰³ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 23

²⁰⁴ Vgl. ebd., S. 22 f.

²⁰⁵ Vgl. Nieto-Tröger et al., S. 74

²⁰⁶ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 24 f.

Wie schon auf Seite 59 erläutert, wurde Frage 10) wie die vorherigen Fragen aus dem Fragebogen zur Befragung des Forschungsprojekts (ehemals Frage 16) übernommen und sollte Informationen zur möglichen Aufbereitung von Politik liefern. Die Antwortmöglichkeit ‚Sie sollte meine aktive Mitarbeit beinhalten‘ wurde durch den Zusatz ‚bspw. in Jugendräten, Jugendparlamenten und Jugendforen‘ ergänzt, so dass auch Schlüsse auf den Wunsch nach einer möglichen Mitarbeit und Entscheidungskompetenz der Befragten mit Partizipationsangeboten gemacht werden können.

Die Antworten der Jugendlichen gestalteten sich auch bei dieser Studie ähnlich wie in der Untersuchung zum Forschungsprojekt. 76,7 % der Befragten gaben an, dass Politik leicht verständlich sein sollte. Die Antwortmöglichkeit ‚Sie sollte sich mit Themen beschäftigen, die mich selbst betreffen‘ wurde mit 61,3 % am zweithäufigsten befürwortet, wobei dies die Stuttgarter mit 63,9 % weitaus öfter angegeben haben. Knapp die Hälfte der Befragten (49 %) gab an, dass Politik über Medien vermittelt werden sollte. Wie auch in der vorherigen Frage überrascht die häufige Angabe, dass Politik über Medien und Film- und Fernsehbeiträge vermittelt werden soll, um Interesse zu wecken bzw. Jugendliche anzusprechen, da die Befragten in Frage 7) zum Großteil angegeben haben, Medien am seltensten zu vertrauen. Während die Vermittlung anhand praktischer Beispiele mit 38,9 % noch recht häufig angegeben wurde, schneiden die Angaben ‚Sie sollte sachlich-konzentriert sein‘, ‚Sie sollte Politik auf spielerische Art vermitteln‘ und ‚Sie sollte meine aktive Mitarbeit enthalten, bspw. in Jugendräten, Jugendparlamenten und Jugendforen‘ mit jeweils um 20 % der Befragten ziemlich durchwachsen ab. Die Aufbereitung von Politik nach diesen Kriterien scheint bei einem kleinen Teil von Jugendlichen gewünscht werden. Trotzdem ist hervorzuheben, dass immerhin 17,9 % (in Düsseldorf 16,2 %, in Stuttgart 19,6%) der Befragten sich gerne aktiv in Jugendbeteiligungsmöglichkeiten engagieren.²⁰⁷

Auf soziales und politisches Engagement der Befragten beziehen sich auch die neu konstruierten Fragen 11), 11.1), 12) und 12.1) des Bogens. Wie oben erwähnt, handelt es sich um die Fragen 11) und 12) um Filterfragen. Wurden diese mit jeweils ‚ja‘ beantwortet, mussten die Antwortenden auch die Fragen 11.1) und 12.1) beantworten. Bei Frage 11) sollten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob sich die Jugendlichen politisches Engagement aufzeigen. Lediglich 68 Befragte (5,5 %) gaben an, sich politisch zu engagieren. Dabei war der Anteil derer, die sich politisch engagieren in Düsseldorf minimal größer als in Stuttgart. Sechs Befragte gaben an, sich bei einer politischen Partei zu engagieren. Immerhin 18 Befragte sind in den Jugendorganisationen von Parteien engagiert. Jeweils fünf Befragte aus jeder Stadt gaben an, in den Jugendräten tätig zu sein. Den größten Anteil mit 23 Angaben erreichte die Antwortmöglichkeit ‚Sonstige‘. Angaben, um

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. 25 f.

welches Engagement es sich hier handelt, konnten in der Befragung nicht gemacht werden.²⁰⁸

Die Zahl derer, die sich sozial engagieren, um ein Vielfaches höher. Fast die Hälfte der Befragten gab an, sozial tätig zu sein.

Du bist?			Stadtindex		Gesamt	
			Düsseldorf	Stuttgart		
weiblich	Engagierst du dich sozial?	ja	Anzahl	129	161	290
			% von Stadt	38,7%	59,9%	48,2%
		nein	Anzahl	204	108	312
			% von Stadt	61,3%	40,1%	51,8%
	Gesamt		Anzahl	333	269	602
			% von Stadt	100,0%	100,0%	100,0%
männlich	Engagierst du dich sozial?	ja	Anzahl	127	187	314
			% von Stadt	42,8%	55,0%	49,3%
		nein	Anzahl	170	153	323
			% von Stadt	57,2%	45,0%	50,7%
	Gesamt		Anzahl	297	340	637
			% von Stadt	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 18: Sozial engagierte Jugendliche nach Geschlecht in Düsseldorf und Stuttgart. Quelle: SPSS-Berechnung.

Insgesamt 48,7 % gaben an, sich sozial zu engagieren. Dabei sind eklatante Unterschiede zwischen den Jugendlichen in Düsseldorf und denen in Stuttgart zu beobachten. Während in Stuttgart 57,1 % der Befragten angeben, sozial engagiert zu sein, sind es in Düsseldorf lediglich 40,6 %. Mit 257 Angaben sind die meisten Befragten in Vereinen engagiert. Über 10 % der Befragten in Stuttgart haben mehrere Antwortmöglichkeiten angekreuzt, d.h. sie engagieren sich in mehreren Vereinen oder Organisationen. Auch das Engagement in Kirchen scheint bei einigen Jugendlichen beliebt zu sein. Immerhin 33 Befragte aus jeder Stadt gaben an, in Kirchen mitzuhelfen.²⁰⁹ Interessant ist der Vergleich zwischen den Geschlechtern. Dabei fällt in der oberen Tabelle auf, dass vor allem Mädchen aus Düsseldorf weniger sozial engagiert sind. 38,7 % der Mädchen engagieren sich, wo gleichzeitig in Stuttgart 59,9 % der Mädchen Engagement aufzeigen. Bei den Jungen bestätigen sich die Gesamtzahlen.

Ein Blick auf den Zusammenhang zwischen der Herkunft und sozialem Engagement zeigt zudem auf, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund sich signifikant weitaus weniger sozial engagieren als deutsche Jugendliche, die keinen Migrationshintergrund haben. 54 % der Personen ohne Migrationshintergrund sind sozial engagiert. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund beträgt der Anteil der sozial Engagierten lediglich 40,9 %.

²⁰⁸ Vgl. ebd., S. 28

²⁰⁹ Vgl. ebd., S. 29

Migrationshintergrund				Stadt		Gesamt
				Düsseldorf	Stuttgart	
kein Migrationshintergrund	Engagierst du dich sozial?	ja	Anzahl	166	240	406
			% von Stadt	44,6%	63,2%	54,0%
	nein	Anzahl	206	140	346	
		% von Stadt	55,4%	36,8%	46,0%	
	Gesamt	Anzahl	372	380	752	
		% von Stadt	100,0%	100,0%	100,0%	
mit Migrationshintergrund	Engagierst du dich sozial?	ja	Anzahl	89	108	197
			% von Stadt	35,2%	47,2%	40,9%
	nein	Anzahl	164	121	285	
		% von Stadt	64,8%	52,8%	59,1%	
	Gesamt	Anzahl	253	229	482	
		% von Stadt	100,0%	100,0%	100,0%	

Abb. 19: Soziales Engagement nach Geschlecht in Düsseldorf und Stuttgart. Quelle: SPSS-Berechnung.

Die darauf folgenden Fragen 13) bis 19) beziehen sich grundlegend auf die zentrale Frage nach dem Einfluss der Jugendräte auf das politische Interesse von den Jugendlichen in den beiden Landeshauptstädten. Hier ist es wie bisher von besonderer Bedeutung die Ergebnisse zu jeder Frage darzustellen, um sich ein Bild darüber machen zu können, ob sich die Jugendlichen mit der Thematik der Jugendbeteiligung auseinandersetzen und dies einen positiven Einfluss auf ihr politisches Interesse haben könnte. Zudem muss gesagt werden, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Stuttgart viel stärker ausgeprägt ist als in Düsseldorf. Hier lässt sich eine gute Integrationsleistung der Stadt Stuttgart vermuten.

In Frage 13) wurden im Fragebogen verschiedene politische Jugendbeteiligungsmöglichkeiten dargestellt. Hierzu sollten sich die Befragten dazu äußern, ob ihnen diese bekannt sind. Am häufigsten wurde dabei die Antwort ‚Jugendrat‘ von den Befragten als bekannt angegeben. Durchschnittlich 61,8 % der Befragten kennen die Jugendräte. In Stuttgart dabei anteilig mehr als in Düsseldorf, jedoch ist der Unterschied nicht erwähnenswert. Am zweithäufigsten wurden ‚Jugendwahlen‘ als bekannt angegeben. Diese Antwortmöglichkeit wurde aus dem Grund vorgegeben, um sicher zu gehen, dass Jugendliche, die nicht wissen, für welches Organ sie ihre ‚Vertreter‘ wählen und somit ‚Jugendräte‘ und ‚Jugendparlamente‘ ihnen nicht bekannt sind, zumindest ‚Jugendwahlen‘ als bekannt angeben können. 43,4 % der Jugendlichen gaben an, dass sie Jugendwahlen kennen. Auch Jugendforen mit 33,7 % ‚Ja‘-Antworten und Jugendparlamente mit durchschnittlich 28 % scheinen den Jugendlichen bekannt zu sein. An den Zahlen der beiden Städte ist jedoch erkennbar, dass es deutliche Unterschiede gibt. Jugendforen sind bei den Stuttgartern mit 37,1 % weitaus bekannter als in

Düsseldorf, wo nur 30,4 % der Jugendlichen diese Art von Jugendbeteiligung kennen.²¹⁰ Dies kann damit zusammenhängen, dass bis 2005 Jugendforen in Stuttgart stattgefunden haben und die einheimischen Jugendlichen diesen Begriff somit schon mal in ihrer Umgebung aufgefasst haben. Nun heißen diese gesamtstädtischen Veranstaltungen in Stuttgart Jugendhearings. Gleiches gilt auch für die Jugendparlamente in Düsseldorf. Auf Landesebene fand in 2008 ein so genannter Jugend-Landtag statt, der den Jugendlichen auch unter der Bezeichnung ‚Düsseldorfer Parlament‘ geläufig ist und somit schnell mit der Bezeichnung Jugendparlament in Verbindung gebracht wird.²¹¹ Immerhin 1/3 der Düsseldorfer Jugendlichen kennt diese Bezeichnung. In Stuttgart lediglich knapp über 20 %. Jugendkonferenzen schnitten mit einem Bekanntheitsgrad von 20,5 % ein wenig besser als die zumeist als unbekannt geltenden Jugendbürgerversammlungen (14,7 %) ab.²¹²

Auf die Kenntnis bzgl. des Bestehens dieser Einrichtungen in der eigenen Stadt gefragt, sollten die Jugendlichen in Frage 14) weitere Angaben machen. Hier entstanden insgesamt weitaus niedrigere Bekanntheitswerte als in der vorherigen Frage. Mit lediglich 17,5 % schnitten die Jugendräte wiederum am besten ab, wobei in Stuttgart mit 117 Angaben (19,3 % der Stuttgarter) zumindest knapp jeder Fünfte den Jugendrat kennt. Von den Düsseldorfern konnten nur 15,6 % ihre Kenntnis über das Bestehen des Düsseldorfer Jugendrates bestätigen. Die restlichen Einrichtungen wurden erstaunlicher Weise kaum angegeben. Auch die in der vorherigen Frage oftmals angegebenen Jugendwahlen (0,6 %), die Jugendforen (0,9 %) und die Jugendparlamente mit 1,1 % wurden bei Frage 14) kaum angegeben.²¹³ Eine genaue Begründung kann dafür nicht gegeben werden, nur kann darüber gemutmaßt werden, dass manche Schüler in ihren Schulen oder Städten von den Jugendratswahlen²¹⁴ nichts mitbekommen haben.

Mit Frage 15) wurde danach gefragt, ob die Jugendlichen an den oben genannten Beteiligungsmöglichkeiten jemals, und wenn ja, in welcher Form sie dazu mitgewirkt haben. Mehr als 82 % haben angegeben, an keiner der angegebenen Möglichkeiten teilgenommen zu haben. Immerhin 93 Befragte in Düsseldorf (14,7 % der Düsseldorfer Jugendlichen) und 78 Befragte in Stuttgart (12,7 % der Befragten aus Stuttgart) haben angegeben, an Wahlen zu oben genannten Einrichtungen teilgenommen zu haben.²¹⁵ Dies bedeutet, dass es sich um Jugendratswahlen gehandelt haben muss, an denen die Jugendlichen teilgenommen haben. Zu den anderen vorgegebenen Einrichtungen haben in den letzten Jahren in den beiden Städten keine Wahlen stattgefunden bzw. die Organisationsformen der

²¹⁰ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 30

²¹¹ Vgl. www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp; eingesehen am 26.01.2009

²¹² Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 29 f.

²¹³ Vgl. ebd.

²¹⁴ Anmerkung: In Stuttgart fanden die letzten Wahlen Anfang 2008 und in Düsseldorf im Oktober 2007 statt.

²¹⁵ Vgl. Anhang zur Masterarbeit, S. 32

Jugendbeteiligungsmöglichkeiten haben keine Wahl von Vertretern oder Delegierten zugelassen.

Insgesamt 24 Befragte gaben an, als Mitglieder oder Abgeordnete an den genannten Partizipationsangeboten teilgenommen zu haben. Sieben Befragte in Stuttgart und 17 in Düsseldorf waren hier zu zählen. Da im Oktober 2007 in Düsseldorf erstmals 31 Mitglieder für den Jugendrat gewählt wurden und es als ausgeschlossen gilt, dass 17 davon in der Stichprobe zur Befragung enthalten waren, wird davon ausgegangen, dass sich einige, die sich zur Wahl aufgestellt haben, sich hier nicht nur als Kandidat, sondern gleich als Mitglied oder Abgeordnete des Jugendrates darstellen wollten.

Mit Frage 16) sollte erforscht werden, ob die Teilnahme an einer Wahl zu den genannten Partizipationsangeboten für Jugendliche ihr politisches Interesse subjektiv gesehen beeinflusst. Insgesamt 108 Befragte (8,8 %) gaben an, dass sich ihr politisches Interesse durch die Wahlen zum Jugendrat vergrößert hat. Dabei erreichte der Einfluss bei den Düsseldorfern mit 10,1 % anteilig und zahlenmäßig wenige Jugendliche mehr als in Stuttgart. Über 90 % der Jugendlichen gab aber an, dass sich ihr politisches Interesse nicht entschieden verändert hat bzw. dass sie das nicht beurteilen können.²¹⁶

In der Einschätzung des Einflusses von Wahlen auf andere Jugendliche ergeben sich mit Frage 17) grundlegend andere Zahlen. 40,5 % glauben, dass Wahlen zu Jugendräten oder Jugendparlamenten das politische Interesse bei Jugendlichen allgemein fördern können. Dabei sind die Stuttgart mit 44 % Fürsprechern optimistischer als die Düsseldorf (37 % Befürworter). Lediglich knapp ¼ der Befragten denkt, dass dies keinen Einfluss ausübt. Dabei überwiegen mit 28,7 % in Düsseldorf die Pessimistischeren. In Stuttgart denken nur 20,1 % der Befragten, dass das Interesse an Politik durch derartige Wahlen nicht gefördert wird. Knapp über 35 % der Befragten können keine Aussage darüber machen bzw. wissen nicht, wie sie den Einfluss von einer Wahlteilnahme an Jugendrats- oder Jugendparlamentswahlen auf die Jugendlichen einschätzen sollen.²¹⁷

In Frage 18) sollten die Schüler angeben, ob sie sich denn vorstellen könnten, was in Jugendräten, Jugendparlamenten oder Jugendforen geschieht bzw. was diese machen. 64,5 % gaben hierzu an, dass sie keine Angaben dazu machen könnten. Die Unkenntnis darüber war dabei in beiden Städten ungefähr auf gleichem Niveau. In Stuttgart gaben immerhin 28,2 % der Jugendlichen an, dass sie sich für die Interessen der Jugendlichen einsetzen oder sie in der Politik durchsetzen bzw. vertreten würden. Lediglich 19,2 % gaben ungefähr die gleiche Antwort, so dass insgesamt 23,6 % der Antworten in diese Richtung gingen. Die zweithäufigste Antwort war mit 4,1 % aller befragten Schüler (50 Angaben), dass sich diese Einrichtungen allgemein mit Jugendlichen beschäftigen. Insgesamt 30 Mal (2,5 %) gaben die Jugendlichen an, dass diese Institutionen das politische Interesse bei anderen Jugendlichen

²¹⁶ Vgl. ebd., S. 33

²¹⁷ Vgl. ebd.

wecken möchten. Als Mittler zwischen Politik und den Jugendlichen zu fungieren, Jugendliche besser in die Gesellschaft zu integrieren, Lehrstellen für Jugendliche schaffen und sonstige Angaben dazu machten insgesamt knapp 7 % der Antworten aus. Zehn Befragte unterstellten diesen Institutionen, dass sie nichts tun würden.²¹⁸

Die letzte Frage, zuzüglich der Abfrage sozialstatistischer Merkmale der Jugendlichen, sollte nähere Aufschlüsse über die Themen bringen, um die sich die oben genannten Einrichtungen kümmern sollten, wenn sie könnten. Dabei konnten die Befragten zu jeder Antwortmöglichkeit in einer 5er-Skala von ‚sehr wichtig‘ bis ‚überhaupt nicht wichtig‘ angeben, welche Bedeutung die angenommene Bearbeitung der jeweiligen Thematik durch Jugendräte, Jugendparlamente oder Jugendforen für sie hat.

Insgesamt gaben die Jugendlichen an, dass sich die oben genannten Einrichtungen als erstes um die Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsplätze kümmern sollten. 83,5 % der Befragten gaben an, dass es für sie sehr oder eher wichtig wäre, wenn sich Jugendräte, Jugendparlamente oder Jugendforen darum kümmern sollten. Dieses Ergebnis verdeutlicht die Wichtigkeit dieser Thematik für die Jugendlichen, auch wenn sie als Schüler noch nicht direkt betroffen sind. Als zweitwichtigstes Thema scheint auf der Agenda der Jugendlichen die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität zu sein. Über 900 Befragte (81,4 %) stufen dieses Thema als sehr oder eher wichtig ein. Auf den weiteren Plätzen folgten die Erhaltung von Frieden, Mehrausgaben für Schulen und Bildung und die Sicherung von Renten. Als relativ unwichtiges Thema scheint für die Heranwachsenden die bessere Integration von Ausländern zu gelten. Zwar gaben immerhin 62,4 % der Jugendlichen an, dass die mögliche Annahme und Bearbeitung dieser Thematik durch Jugendräte, Jugendparlamente oder in Jugendforen sehr oder eher wichtig sei, doch schnitt diese Thematik bei den zehn Antwortmöglichkeiten mit diesem Wert am schlechtesten ab.²¹⁹

6.4.3 Hypothesenüberprüfung Dimension der politischen und sozialen Teilhabe

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die generellen Ergebnisse der in der Untersuchung gestellten Fragen betrachtet wurden, werden nun die bereits erläuterten Hypothesen im Einzelnen untersucht. In der Dimension der politischen und sozialen Teilhabe wird zunächst folgende Hypothese überprüft:

H 1: Je älter Jugendliche sind, desto signifikant eher haben sie vor, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen.

Gegensätzlich zum Forschungsprojekt in Düsseldorf kann hier die Hypothese nicht bestätigt werden. Es besteht zwar eine leichte Tendenz, dass mit steigendem Alter der Befragten

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 34

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 35 f.

auch die Wahlabsicht bei den nächsten Bundestagswahlen ansteigt. Mit steigendem Alter steigen auch die prozentualen Werte der potentiellen Wähler tendenziell an, jedoch prägen auch Ausnahmen das Bild der potentiellen Wählerschaft aus der Stichprobe, so dass keine abschließende Bestätigung der Hypothese durchgeführt werden kann. Als Beispiel kann die tendenzielle Wahlabsicht der 14-Jährigen mit 76 % angebracht werden, die signifikant höher ist als die Wahlabsicht der 16-Jährigen mit 68,9 %. Den höchsten Wert der tendenziellen Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen erreichen die 23-Jährigen, von denen immerhin 95 % (19 von 20 Befragten) wählen gehen möchten. Die niedrigste Wahlbeteiligung ist mit 60,7 % bei den 17-Jährigen zu erkennen, so dass man insgesamt auf die tendenzielle, durchschnittliche Wahlbeteiligung von 74,3 % kommt.²²⁰

In der Grafik wird erkennbar, wie sehr die Wahlbeteiligung mit den erhobenen Antworten der Befragten schwankt. An der Kurve des gleitenden Durchschnitts ist erkennbar, dass das Niveau der durchschnittlichen Wahlbeteiligung zwar leicht ansteigt, jedoch reicht diese Steigerung nicht aus, um die Hypothese als bestätigt anzuerkennen.

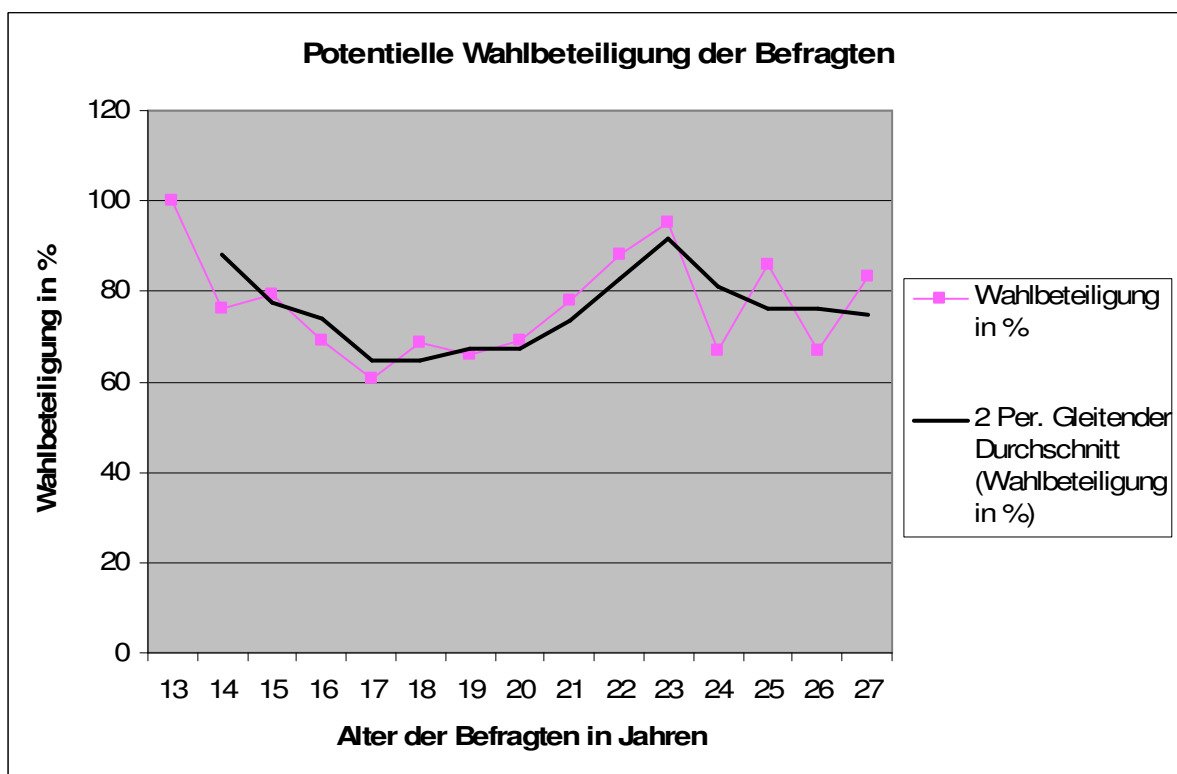


Abb. 20: Potentielle Wahlbeteiligung der Befragten. Eigene Erstellung in Excel nach den erhobenen Werten aus SPSS.

Nach Überprüfung der ersten Hypothese folgt die zweite Hypothese dieser Dimension:

H 2: Wenn Jugendliche sich engagieren, dann signifikant häufiger sozial als politisch.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 12

Mit dieser Hypothese wird überprüft, ob sich die Ergebnisse aus anderen Studien und dem Forschungsprojekt auch in dieser Studie bestätigen. In dieser Studie zeichnen die Werte ein eindeutiges Bild. Während mit 38 engagierten Jugendlichen die Düsseldorfer politisch engagierter sind (in Stuttgart 30 politische engagierte Jugendliche; somit insgesamt 68 politische Engagierte), engagieren sich viel mehr Jugendliche auf sozialer Ebene. Insgesamt zeigen 604 Jugendliche soziales Engagement auf. Davon sind 256 Düsseldorfer und 348 Stuttgarter Jugendliche. Die Hypothese gilt somit als bestätigt.²²¹

Auch die dritte Hypothese dieser Dimension beschäftigt sich mit dem Engagement der befragten Jugendlichen. Sie lautet folgendermaßen:

H 3: Wenn Jugendliche sich politisch oder sozial engagieren, dann sind es signifikant häufiger Jugendliche aus Stuttgart, weil von ihnen ein größerer Anteil politisch interessierter ist als in Düsseldorf.

Da bereits nach der Häufigkeitszählung klar wird, dass die Befragten in Stuttgart nicht signifikant politisch interessierter sind, kann man davon ausgehen, dass bei Überprüfung der Hypothese diese ebenfalls falsifiziert wird.

Zur Überprüfung wurde in SPSS eine neue Variable ‚engag‘ gebildet, in der lediglich alle politisch und sozial engagierten Personen enthalten sind. In einem zweiten Schritt wurde anhand einer multivariaten Kreuztabelle geprüft, wie sich die politisch und sozial Engagierten im Städtevergleich und anhand der Variable des politischen Interesses verhalten. Mit 325 sozial Engagierten werden in Stuttgart 97 Personen mehr als in Düsseldorf gezählt. Hier ist aber kein Zusammenhang mit der Variable des politischen Interesses zu erkennen. Wenn die politisch sehr Interessierten pro Stadt 53 Personen in Stuttgart gegenüber 40 Personen in Düsseldorf zählen, ist der Unterschied mit 140 gegenüber 106 mit nur mittlerem politischen Interesse sowie auch bei Personen ohne politisches Interesse viel größer. Bei den politisch Engagierten trifft die Voraussetzung zu, dass diese Personen politisches Interesse haben. Es besteht ein Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischem Engagement, jedoch zeigen die Zahlen, dass sie in beiden Städten auf gleichem Niveau liegen.²²² Die Hypothese kann somit nicht bestätigt werden.

Die letzte Hypothese dieser Dimension heißt:

H 4: Wenn Jugendliche bereits an Jugendratswahlen teilgenommen haben, engagieren sie sich signifikant häufiger politisch und sozial.

Zu dieser Hypothese wurde die Stichprobe von Personen ausgewählt, die in der Befragung angegeben hatten, sich sozial oder politisch zu engagieren. Die neu erstellte Variable ‚engag‘ wurde zur Überprüfung der Hypothese mit der Variablen ‚ja, ich habe an Wahlen dazu teilgenommen‘ zur Frage, ob der Befragte an den genannten Partizipations-

²²¹ Vgl. ebd., S. 40

²²² Vgl. ebd., S. 40 f.

möglichkeiten teilgenommen hat, in Zusammenhang gestellt. Dabei wurde errechnet, dass lediglich 17,6 % (109) der engagierten Personen an den Wahlen zum Jugendrat teilgenommen haben. Die restlichen 512 politisch und sozial engagierten Personen haben ihre Stimme zu den Jugendratswahlen nicht abgegeben. Somit wird diese Hypothese falsifiziert.²²³

6.4.4 Hypothesenüberprüfung Dimension des politischen Interesses

Zur ‚zentralen‘ Dimension dieser Arbeit, in der nach dem politischen Interesse der Jugendlichen geforscht wird, wurden fünf Hypothesen aufgestellt, die im Folgenden auf ihr Bestehen überprüft werden. Dabei lautet die erste Annahme:

H 1: Wenn Jugendliche wenig politisch interessiert sind, dann handelt es sich signifikant häufiger um junge Frauen als um männliche Befragte.

Diese Hypothese wurde im Rahmen des Forschungsprojekts bereits schon allein mit den Düsseldorfer Schülern untersucht und galt durch die Ergebnisse als verifiziert. Auch bei dieser Studie soll dieser Zusammenhang untersucht werden, um zu prüfen, ob durch die Hinzunahme der Stuttgarter Strichprobe sich etwas am Ergebnis verändert. Hierzu werden die Variablen Geschlecht und die Frage nach dem politischen Interesse mit den zusammengefassten Merkmalsausprägungen in einer Kreuztabelle untersucht.

Bei näherer Betrachtung geben $\frac{1}{4}$ der männlichen Befragten an, politisch interessiert zu sein. Dies bestätigt das Ergebnis aus dem Forschungsprojekt. Bei den weiblichen Befragten sind es lediglich 8,9 %, die sich als politisch interessiert sehen. Dies bedeutet, dass die Hypothese wiederum als verifiziert gilt.²²⁴

Beim einem detaillierten Vergleich der beiden Städte schneiden die weiblichen Befragten aus Düsseldorf signifikant eindeutiger positiver ab als die Mädchen aus Stuttgart. Während in Düsseldorf immerhin 11,1 % politisch interessiert sind, finden lediglich 6,3 % der Stuttgarter Mädchen Gefallen an politischen Themen.²²⁵

Neben dem Geschlecht kann sich auch ein möglicher Migrationshintergrund auf das politische Interesse der Befragten auswirken. Deshalb lautet die folgende Hypothese:

H 2: Wenn Jugendliche einen Migrationshintergrund haben, fällt ihr politisches Interesse signifikant geringer aus als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Auch bei dieser Hypothese handelt es sich um eine Annahme, die bereits im Forschungsprojekt untersucht wurde. Da die untersuchten Daten damals nicht signifikant

²²³ Vgl. ebd., S. 41

²²⁴ Vgl. ebd., S. 42 ff.

²²⁵ Vgl. ebd.

waren, konnte keine genaue Aussage darüber gemacht werden, ob die Hypothese bestätigt werden kann oder nicht, doch war eine Tendenz vorhanden, dass diese Hypothese falsifiziert wird. Dies gilt auch bei dieser Untersuchung. Bei der Untersuchung der Variablen ‚politisches Interesse‘ und ‚Herkunft‘ anhand einer Kreuztabelle sind die für Stuttgart erhobenen Werte leider nicht signifikant. Jedoch gilt auch hier, dass kein Zusammenhang zwischen der Herkunft und dem politischen Interesse besteht. Bei den in Düsseldorf erhobenen Werten ist mit 18,5 % sogar ein größerer Anteil von Personen mit Migrationshintergrund als bei denen ohne Migrationshintergrund erhoben worden, die politisch interessiert sind. In Stuttgart ist die Zahl derer, die politisch interessiert sind und einen Migrationshintergrund haben, nur minimal kleiner als der Anteil derer ohne Migrationshintergrund haben und Interesse aufzeigen.²²⁶ Somit gilt die Hypothese als nicht bestätigt. Trotzdem wird in der folgenden Hypothese wiederum ein besonderes Augenmerk auf die Personen mit Migrationshintergrund gelenkt, die da wie folgt heißt:

H 3: Wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund an Wahlen zum Jugendrat teilgenommen haben, zeigen sie ein signifikant größeres politisches Interesse als diejenigen, die nicht teilgenommen haben.

Politisches Interesse mit Migrationshintergrund		keine Teilnahme an Wahlen	Teilnahme an Wahlen	Gesamt
ja	Anzahl	69	15	84
	Prozent	16,1	26,3	17,3
mittel	Anzahl	151	29	180
	Prozent	35,3	50,9	37,1
kaum/überhaupt nicht	Anzahl	208	13	221
	Prozent	48,6	22,8	45,6
Gesamt	Anzahl	428	57	485
	Prozent	100	100	100

Abb. 21: Politisches Interesse der Personen mit Migrationshintergrund. Quelle: Anhang zur Masterarbeit, S. 45 f.

Bei den insgesamt 485 Personen mit Migrationshintergrund sind 17,3 % der Befragten politisch interessiert. 45,6 % der Befragten zeigen kaum oder überhaupt kein politisches Interesse. Betrachtet man nun die oben abgebildete Tabelle, ist zu sehen, dass Migranten, die an den Jugendratswahlen teilgenommen haben, tatsächlich politisch interessierter sind als diejenigen, die nicht an den Wahlen teilgenommen haben. Mit 26,3 % ist immerhin mehr als ein Viertel der jugendlichen Migranten, die an den Wahlen teilgenommen haben, politisch interessiert. Zudem ist mit 22,8 % politisch kaum oder überhaupt nicht Interessierten der Anteil bei den Wählern um ein Vielfaches geringer als bei denen, die an den Wahlen nicht teilgenommen haben. Insgesamt besteht zwar mit Phi oder Cramers $V=0,168$ lediglich ein

²²⁶ Vgl. ebd., S. 44 f.

signifikanter schwacher Zusammenhang zwischen den Variablen, trotzdem kann man die Hypothese als gültig ansehen.

Die vierte Hypothese dieser Dimension lautet:

H 4: Wenn Jugendliche Migrationshintergrund haben, dann vertrauen sie den politischen Institutionen signifikant weniger als die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Dabei ist der Anteil derer, die weniger vertrauen in Düsseldorf größer als in Stuttgart.

Um diese Hypothese für jede Institution, zu der in Frage 7) das Vertrauen der Befragten erhoben wurde, zu überprüfen, wird hier eine Varianzanalyse durchgeführt. Dies bedeutet, dass die Mittelwerte und die Standardabweichung des angegebenen Vertrauens der Befragten zu den jeweiligen Institutionen mit den Variablen ‚migra‘ und dem Stadtindex überprüft werden. So kann dann verglichen werden, wie hoch das mittlere Vertrauen der Befragten mit oder ohne Migrationshintergrund in der jeweiligen Stadt ist. Je höher der Mittelwert für eine Institution nach Stadt und Herkunft ist, umso weniger vertrauen die Befragten dieser Institution. Nach Betrachtung aller Institutionen, wird dann resümiert, ob die Hypothese bestätigt werden kann oder nicht. Zu beachten ist dabei, dass das Wertelabel mit ‚6‘ für ‚weiß nicht‘ steht.

Beim Vertrauen zur Bundesregierung ist erkennbar, dass die Werte für Migranten tatsächlich höher ausfallen als für Personen ohne Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass neben dem recht sehr wenig entgegengebrachten Vertrauen der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, jenes der allochtonen Jugendlichen sogar noch niedriger ist. Erstaunlich dabei ist jedoch, dass das Vertrauen von Personen ohne Migrationshintergrund im Mittel (3,34) in Düsseldorf signifikant größer ist als bei den Personen in Stuttgart (3,42). Bei den Personen mit Migrationshintergrund vertrauen jedoch die Stuttgarter mehr als die Düsseldorfer.²²⁷ Somit ist die auf die Bundesregierung bezogen formulierte Hypothese verifiziert.

Wie vorhin dargestellt, ist das den Parteien entgegengebrachte Vertrauen am geringsten. Dies spiegelt sich auch im relativ hohen Mittelwert von 3,83 wider. Dabei werden die zwei Teilhypothesen wiederum bestätigt. Migranten vertrauen den Parteien im Durchschnitt weniger. Zugleich vertrauen Düsseldorfer Migranten (Mittelwert=4,14) den Parteien signifikant weniger als die Stuttgarter Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Mittelwert=3,88).²²⁸ Auch in Bezug auf Parteien wird somit die Hypothese bestätigt.

Bei Überprüfung des Mittelwerte bezogen auf die Institution ‚Bundeswehr‘, wird die Hypothese wiederum bestätigt. Dem Mittelwert von 3,04 für Personen ohne Migrationshintergrund steht ein Wert von 3,45 für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund

²²⁷ Vgl. ebd., S. 46 f.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 47

gegenüber. Zugleich liegt der Wert hier in Stuttgart jeweils bei beiden Herkunftsgruppen niedriger.²²⁹

Auch bei den Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche wie den Jugendräten, den Jugendparlamenten und den Jugendforen ist es so, dass beide Teilhypothesen und somit die gesamte Annahme bestätigt wird. Insgesamt vertrauen die Personen ohne allochtonen Hintergrund (ohne Migrationshintergrund Mittelwert = 3,19, mit Migrationshintergrund Mittelwert = 3,44) mehr und zugleich vertrauen die jugendlichen Migranten diesen Institutionen in Stuttgart mehr als in Düsseldorf.²³⁰

Bei Überprüfung der Teilhypothesen bezogen auf die Polizei, gilt die Annahme erneut als bestätigt. Beide Voraussetzungen dafür werden erfüllt. Die Personen ohne Migrationshintergrund scheinen ihr signifikant mehr zu vertrauen, zugleich ist die Polizei bei den Migranten aus Stuttgart um 0,05 Mittelwertspunkte vertrauenswürdiger.²³¹

Bei den nächsten beiden Institutionen, die wirtschaftlichen Unternehmen und die Europäische Union, sind die Werte bei Überprüfung dieser Hypothese leider nicht signifikant. Betrachtet man die Mittelwerte und vergleicht diese miteinander, würde die Hypothese auch hier bestätigt werden.²³²

Dem Bundesverfassungsgericht bzw. allgemein den Gerichten wird anhand des niedrigen, gesamten Mittelwertes von 3,31 relativ großes Vertrauen geschenkt. Dabei vertrauen die Stuttgarter insgesamt mehr als die Düsseldorfer Jugendlichen. Beide Teilhypothesen werden signifikant bestätigt: Zum einen vertrauen die Personen ohne Migrationshintergrund mehr als die Migranten. Zum anderen schätzen die allochtonen Jugendlichen in Stuttgart die Gerichte als vertrauenswürdiger an.²³³

Bei den Gewerkschaften spiegelt sich dieses Bild wieder. Die Hypothese kann anhand der ermittelten Mittelwerte auch hier bestätigt werden.²³⁴

Betrachtet man die Institutionen Kirchen, Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen, Vereinte Nationen und Medien, sind die ermittelten Werte leider nicht signifikant. Wären sie dies, würde lediglich bei den Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen die Hypothese nicht vollständig bestätigt werden. Hier schenken erstmals die Düsseldorfer Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Mittelwert = 3,06) diesen Gruppen im Durchschnitt mehr Vertrauen als die allochtonen Stuttgarter (Mittelwert = 3,10).²³⁵ Insgesamt kann man zu dieser Hypothese sagen, dass diese verifiziert wird. Die letzte Hypothese dieser Dimension lautet:

H 5: Wenn Jugendliche bereits an Jugendratswahlen teilgenommen haben, hat sich ihr politisches Interesse erhöht. Da in Stuttgart die Jugendlichen

²²⁹ Vgl. ebd., S. 48

²³⁰ Vgl. ebd., S. 48 f.

²³¹ Vgl. ebd., S. 49

²³² Vgl. ebd., S. 50 f.

²³³ Vgl. ebd., S. 51 f.

²³⁴ Vgl. ebd., S. 52 f.

²³⁵ Vgl. ebd., S. 53 ff.

durchschnittlich öfter an mehreren Wahlen teilgenommen haben, sind sie politisch interessierter als in Düsseldorf.

Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde eine Kreuztabelle erstellt, mit der untersucht wurde, ob es einen positiven Zusammenhang zwischen der Teilnahme an den Jugendratswahlen und dem vorhandenen politischen Interesse in den beiden Städten gibt.

Da in der Kreuztabelle Unterschiede zwischen den Städten zu erkennen sind, sollen die Ergebnisse nun einzeln für jede Stadt betrachtet werden.

Die Zahl der Düsseldorfer Personen, die weniger oder nicht politisch interessiert sind, steigt, wenn sie an den Wahlen nicht teilgenommen haben. Für Düsseldorf kann also tendenziell behauptet werden, dass sich die Teilnahme an den Jugendratswahlen positiv auf das politische Interesse auswirkt. In Stuttgart steigen die absoluten Zahlen der Befragten, die nicht politisch interessiert sind, wenn sie an den Wahlen nicht teilgenommen haben. Der Unterschied zu Düsseldorf ist jedoch, dass der Anteil bei mittlerem politischen Interesse und Nicht-Teilnahme an den Wahlen sinkt, d.h. den größten Anteil an Personen, die an Wahlen teilgenommen haben, zeigen die Personen mit mittlerem Interesse auf. Deshalb kommt für Stuttgart bei der Untersuchung auch ein niedrigerer Zusammenhangswert von Cramers $V=0,148$ zustande. So kann die Hypothese nicht vollständig verifiziert werden, aber auch nicht falsifiziert werden, da eine Tendenz besteht, die aufzeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Teilnahme an der Wahl und dem politischen Interesse gibt.²³⁶

6.4.5 Hypothesenüberprüfung Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung

Zur Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung wird folgende Hypothese als erstes aufgestellt:

H 1: Wenn Jugendliche andere Jugendliche als am besten geeignet für politische Ansprache ansehen, dann wissen sie auch, was die von ihnen gewählten Jugendräte machen. Hier handelt es sich signifikant häufiger um Jugendliche aus Stuttgart.

Damit diese Hypothese überprüft werden kann, wurde die Variable ‚arbjugen‘, mit der untersucht wurde, ob die Befragten wissen, was Institutionen wie Jugendräte, Jugendparlamente oder Jugendforen machen, zu einer Variablen ‚jugarb‘ mit lediglich zwei Ausprägungen (ja und nein) umkodiert. So errechnete sich das Ergebnis, dass knapp 35 % der Befragten einschätzen können, was Jugendliche in diesen Institutionen im positiven Sinne tun. Die negativen Einschätzungen wie ‚ja, nichts tun‘ wurden einer ‚Nein‘-Antwort zugeordnet.

²³⁶ Vgl. ebd., S. 57

Um die Hypothese zu bestätigen, muss der Anteil dieser 35 %, die andere Jugendliche als beste politische Interessenförderer sehen, größer sein.

Im Ergebnis ist der Zusammenhang der formulierten Hypothese zwar gering, jedoch ist in den Ergebnissen eine leichte Tendenz zur Bestätigung zu erkennen. 63 % der Düsseldorfer und 61,8 % der Stuttgarter Befragten gaben an, dass andere Jugendliche das politische Interesse von Jugendlichen fördern können und zu wissen, was Jugendräte, Jugendparlamente sowie Jugendforen machen. Der Anteil der Jugendlichen, die zwar auch andere Jugendliche als ‚politische Begeisterungskatalysatoren‘ ansehen, aber nicht wissen, was die Institutionen politischer Jugendbeteiligung machen, ist im Vergleich dazu ein wenig geringer. So kann man davon ausgehen, dass die Hypothese verifiziert wird. Leider sind die Zusammenhangswerte sehr gering und die Zahlen für Stuttgart auch nicht signifikant, so dass man sagen muss, dass die Hypothese falsifiziert wird.²³⁷

Die zweite Hypothese dieser Dimension lautet:

H 2: Wenn Jugendliche denken, dass Wahlen zum Jugendrat oder zum Jugendparlament das politische Interesse unter Jugendlichen fördern, dann kommen sie signifikant eher aus Stuttgart.

Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde die Variable des Stadtindizes mit der Frage 17) des Fragebogens in Zusammenhang gestellt. So konnten Daten gewonnen werden, die aufzeigen, ob tatsächlich signifikant mehr Stuttgarter denken, dass Wahlen zum Jugendrat oder zum Jugendparlament das politische Interesse unter Jugendlichen fördern.

Die Korrelation zwischen den Variablen ist mit Cramers V und Phi = 0,104 relativ gering. Somit besteht lediglich ein geringer Zusammenhang, jedoch kann trotzdem eine Tendenz zur Bestätigung der Hypothese gesehen werden. Mit 44 % der Befragten in Stuttgart und 37 % in Düsseldorf ist der Anteil an den Befragten derer, die denken, dass Wahlen zum Jugendrat und Jugendparlament das politische Interesse unter Jugendlichen fördern, in der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg größer. Die Hypothese kann nicht bestätigt werden.²³⁸

Auch in der nächsten Hypothese spielt die städtische Herkunft der Befragten eine wichtige Rolle, die folgendermaßen lautet:

H 3: Wenn Jugendliche mehr über Kommunalpolitik erfahren möchten, kommen sie signifikant häufiger aus Düsseldorf.

Damit diese Hypothese kontrolliert werden kann, wurde die Antwort ‚Kommunalpolitik‘ zur Frage 8) mit der städtischen Herkunft in Zusammenhang gestellt und in einer Kreuztabelle überprüft. Die Zusammenhangsmaße sind mit 0,079 für phi und Cramers V sehr gering, d.h. Trotzdem kann man anhand der erhobenen Werte in der Kreuztabelle erkennen, dass die Düsseldorfer Jugendlichen tatsächlich signifikant häufiger über den Bereich

²³⁷ Vgl. ebd., S. 58 f.

²³⁸ Vgl. ebd., S. 59

‚Kommunalpolitik‘ erfahren wollen. 33,8 % der Düsseldorfer und lediglich 26,5 % der Stuttgarter Befragten möchten mehr über diesen Bereich erfahren.²³⁹ Aufgrund des niedrigen Zusammenhangswertes kann die Hypothese nicht bestätigt werden.

Die letzte Hypothese dieser Dimension lautet:

H 4: Wenn die befragten Jugendliche denken, dass Jugendräte, Jugendparlamente und Jugendforen sich mehr um Freizeitangebote für Jugendliche kümmern sollten, dann stammen sie aus Düsseldorf, weil der Jugendrat in seiner kurzen Bestandsdauer weniger Projekte umsetzen konnte wie die Stuttgarter Jugendräte.

Zu dieser Hypothese wurde die Antwortmöglichkeit ‚Mehr Freizeitangebote für Jugendliche schaffen‘ mit der städtischen Herkunft der Jugendlichen in Zusammenhang gestellt. Die Untersuchung in einer Kreuztabelle ergab, dass die Jugendlichen dieses Thema als eindeutig relevant einstufen. Knapp 70 % der Jugendlichen gaben an, dass es sehr oder eher wichtig sei, wenn sich diese Einrichtungen darum kümmern würden, neue Freizeitangebote für Jugendliche zu schaffen. Allein mit einem Blick auf die Kreuztabelle lässt sich erkennen, dass Stuttgarter und Düsseldorfer Jugendliche dieses Thema fast gleichermaßen als wichtig einstufen. Bei den Düsseldorf sieht man mehr Antworten unter ‚sehr wichtig‘, doch dafür ist diese Differenz zugunsten der Stuttgarter in der Antwortmöglichkeit ‚eher wichtig‘ zu erkennen. Durch Anbetracht der Zusammenhangsmaße ($\phi=0,79$, Cramers $V=0,79$), des schlechten Signifikanzwertes von 0,181 und der sehr geringen Differenz zwischen den Antworten der Schüler, muss diese Hypothese als falsifiziert eingestuft werden.²⁴⁰

6.4.6 Hypothesenüberprüfung Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung

In der Dimension der Selbst- und Fremdeinschätzung lautet die erste Hypothese:

H 1: Wenn Jugendliche ein Heruntersetzen des Wahlalters auf 16 Jahre nicht befürworten, sind sie signifikant weniger politisch interessiert.

Eine Tendenz zur Bestätigung der Hypothese ist auf jeden Fall vorhanden, da mehr Personen politisch kaum oder überhaupt nicht politisch interessiert sind und gleichzeitig gegen eine Absenkung des Wahlalters sind. Leider ist der Anteil der ‚mittleren‘ politisch Interessierten sogar höher als der der politisch kaum oder überhaupt nicht Interessierten, die gegen eine Absenkung sind. Deshalb kann man behaupten, dass die Hypothese nur tendenziell verifiziert werden kann. Der Zusammenhang zwischen den Variablen ist für die Düsseldorfer Stichprobe sehr stark ($\phi=0,391$, Cramers $V=0,276$) und in Stuttgart stark

²³⁹ Vgl. ebd., S. 60

²⁴⁰ Vgl. ebd., S. 61

($\phi=0,290$, Cramers $V=0,205$). Würde die Hypothese lauten, dass Personen, wenn sie politisch interessiert sind, auch die Herabsetzung des Wahlalters befürworten, könnte man diese nun klar bestätigen.²⁴¹

Die zweite Hypothese dieser Dimension lautet:

H 2: Wenn Jugendliche Institutionen wie Jugendräten, -parlamenten oder -foren vertrauen, dann trifft dies eher in Stuttgart als in Düsseldorf zu.

Die Zusammenhangsmaße mit $\phi=0,099$ und Cramers $V=0,099$ sind relativ schwach und es ist bei der Untersuchung der Hypothese keine Signifikanz vorhanden. Jedoch ist aus der Kreuztabelle ersichtlich, dass das Vertrauen in Stuttgart ein wenig höher liegt als in Düsseldorf. So werden mehr Stuttgarter gezählt, wo man gleichzeitig mehr Düsseldorfer als in Stuttgart zählen kann, die Jugendräten, Jugendparlamenten oder Jugendforen nicht vertrauen. Insgesamt muss man trotzdem sagen, dass die Hypothese durch nicht bestehende Signifikanz nicht verifiziert werden kann.²⁴²

Die nächste Hypothese dieser Dimension lautet:

H 3: Wenn Jugendliche den Jugendrat in Ihrer Stadt kennen, dann können sie sich auch vorstellen, was sie machen. Hier wird der Anteil derer, die ‚besser‘ Bescheid wissen, in Stuttgart signifikant höher sein.

Zur Untersuchung dieser Hypothese musste zunächst einmal die Ausprägung ‚Jugendrat‘ aus der Frage ‚Kennst du eine der unter Frage 13) genannten Einrichtungen auch in deiner Stadt, Kommune, Gemeinde?‘ heraus gelöst werden und in eine eigene geschaffene Variable umkodiert werden. Danach wurde deren Zusammenhang mit der Variablen zur Kenntnis über die Arbeit von Jugendbeteiligungsmöglichkeiten gestellt und mit dem Stadtindex überprüft. Das Ergebnis lautet, dass der Anteil derer, die Bescheid wissen in Düsseldorf größer als in Stuttgart ist.²⁴³ Somit muss diese Hypothese falsifiziert werden.

Die letzte zu überprüfende Hypothese dieser Arbeit heißt:

H 4: Wenn Jugendliche einschätzen können, dass sich Jugendräte für ihre Interessen, Belange, etc. einsetzen, dann sind sie signifikant politisch interessierter als diejenigen, die deren Arbeit nicht einschätzen können. Dabei ist in Stuttgart die Zahl derer, die die Arbeit der Jugendräte einschätzen können, signifikant höher als in Düsseldorf.

Um die letzte Hypothese dieser Untersuchung zu überprüfen, musste dies anhand einer Kreuztabelle durchgeführt werden, in der der Zusammenhang zwischen der Frage nach der Einschätzung der Befragten, was Jugendräte bzw. Jugendparlamente sowie Jugendforen tun mit der Variablen des politischen Interesses und der städtischen Herkunft der Befragten untersucht werden. Anhand der erhobenen Werte muss gesagt werden, dass der zweite Teil

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 64

²⁴² Vgl. ebd.

²⁴³ Vgl. ebd., S. 65

und somit die gesamte Hypothese falsifiziert werden muss. In Düsseldorf wissen die Befragten anteilig signifikant häufiger über die Arbeit von Jugendräten, -parlamenten oder -foren Bescheid und sie sind gleichzeitig politisch interessierter als in Stuttgart. Der erste Teil der Hypothese kann aber gegensätzlich dazu bestätigt werden. Es ist tatsächlich so, dass diese Befragten, die die Arbeit der Jugendlichen in diesen Institutionen einschätzen können, auch tatsächlich politisch interessierter sind. Durch die Annahme, dass dieser Anteil in Stuttgart größer sein wird, muss trotzdem die Hypothese als nicht bestätigt angesehen werden.²⁴⁴

7. Fazit und Ausblick

Die Untersuchung der überprüften Hypothesen und die zuvor dargestellten generellen Beobachtungen anhand der gewonnenen Daten zu den einzelnen Fragen haben aufschlussreiche Ergebnisse zur zentralen These und den zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit gegeben. Zum Ende dieser Arbeit lohnt es sich, noch einen Blick auf diese Ergebnisse zu werfen.

Zunächst deutet der große Anteil einer Wahlbeteiligung von insgesamt 74,3 % der Befragten bei den Bundestagswahlen darauf hin, dass Jugendliche das Grundprinzip eines jeden Bürgers einer demokratischen Gesellschaft gerne in Anspruch nehmen würden. Auch wenn die Wahlabsicht bei der Befragung zum Forschungsprojekt geringer ausfiel, wäre so gesehen einer Absenkung des Wahlalters auf 16 oder 14 Jahre aus Sicht der Jugendlichen nur zuzustimmen. Erstaunt muss man dann hier über die Ergebnisse zu Frage 6) sein, mit der erhoben wurde, wer von den befragten Jugendlichen die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Bundestagswahlen befürwortet. Das Plädoyer der Befragten ist klar gegen eine Absenkung. Dabei wird das Ergebnis vom Forschungsprojekt sogar bekräftigt. Es scheint so, dass Jugendliche ihren Altersgenossen die Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung absprechen. Vor allem die Stuttgarter Befragten sind mit 51,9 % gegen eine Absenkung. Von besonderem Interesse wäre hier eine weitere Untersuchung nach den Gründen.

Unterschiede zwischen den Antworten anhand der städtischen Herkunft waren kaum zu erkennen. Stuttgarter fühlen sich im Vergleich zu den Düsseldorfer Jugendlichen weniger von der Politik angesprochen. Bezüglich der Frage nach dem politischen Interesse kann anhand der Werte behauptet werden, dass die grundsätzliche Annahme dieser Studie widerlegt werden muss. Der Anteil der politisch Interessierten ist in beiden Städten ungefähr gleich groß, wobei die kaum oder überhaupt nicht politisch Interessierten in Stuttgart sogar

²⁴⁴ Vgl. ebd., S. 66 f.

eine größere Gruppe darstellen. In beiden Städten denken die Befragten, dass sich ihr Interesse an politischen Themen mit steigendem Alter erhöhen wird.

Anhand der Angaben können andere Jugendliche die Befragten am häufigsten für politische Themen begeistern. Dies wird vor allem von den Stuttgartern öfter angegeben. Hier könnten Jugendräte in beiden Städten an diesen Punkten ansetzen und mit ein wenig mehr Öffentlichkeitsarbeit andere Jugendliche in Schulen, Jugendzentren oder Sportvereinen positiv beeinflussen und ihr politisches Interesse entfachen bzw. fördern.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das politische Interesse der Jugendlichen am besten über andere Gleichaltrige zum Themenbereich ‚Internationale Politik‘ in Form von leicht verständlichen Film- und Fernsehbeiträgen über die Kommunikationskanäle ‚Fernsehen‘ und ‚Internet‘ gefördert werden.

Sozial engagierte Personen findet man den Ergebnissen der Studie zufolge häufiger in Stuttgart, wobei sich insgesamt Personen ohne Migrationshintergrund häufiger sozial engagieren. In Stuttgart kennen anteilig mehr Jugendliche ihre Jugendräte als in Düsseldorf. In beiden Städten denken die Jugendliche, dass die Teilnahme bei Wahlen das politische Interesse bei anderen Jugendlichen fördert, aber auf ihr eigenes Interesse an Politik keinen Einfluss ausübt. Nur knapp ein Drittel der Befragten gab an, sich vorstellen zu können, was Jugendräte, Jugendparlamente und Jugendforen machen. Wenn diese Institutionen politisch Einfluss nehmen können, sollten sie sich vorwiegend um die Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen sowie die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität einsetzen.

Abschließend ist ein kurzer Blick auf das Gesamtergebnis der aufgestellten Hypothesen innerhalb der Dimensionen erforderlich. Nur so kann insgesamt eine Bewertung erfolgen, die auch Hinweise auf die Beantwortung der zentralen Forschungsfragen gibt und die zentrale These dieser Arbeit beantwortet.

Innerhalb der Dimension der politischen und sozialen Teilhabe wurden drei der aufgestellten Hypothesen falsifiziert und nur eine Annahme bestätigt, nämlich, dass jugendliches Engagement bei den Befragten signifikant häufiger sozial sein wird. Weitere Ergebnisse waren, dass Jugendliche nicht signifikant eher vorhaben wählen zu gehen, je älter sie sind. Stuttgarter Jugendliche sind nicht wie angenommen sozial oder politisch engagierter als die Düsseldorfer, sowie sind Jugendliche, die bereits an Jugendratswahlen teilgenommen haben, auch nicht häufiger politisch oder sozial engagiert sind.

Zur Dimension des politischen Interesses wurden insgesamt fünf Hypothesen aufgestellt, die Erkenntnisse zum politischen Interesse, zum Vertrauen in Institutionen und einen Vergleich zwischen Befragten ohne und mit Migrationshintergrund ermöglichen. Dabei konnte lediglich nicht bestätigt werden, dass das politische Interesse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund signifikant unter dem derer ohne Migrationshintergrund liegt. Die zentralen Ergebnisse innerhalb dieser Dimension lauteten wie folgt:

- Frauen sind signifikant weniger politisch interessiert als Männer.
- Das politische Interesse von Personen mit Migrationshintergrund liegt auf gleichem Niveau wie das der Personen ohne Migrationshintergrund.
- Junge Befragte mit Migrationshintergrund, die an Jugendratswahlen teilgenommen haben, zeigen ein signifikant größeres politisches Interesse als Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht teilgenommen haben.
- Junge Personen mit Migrationshintergrund vertrauen fast allen Institutionen aus der Politik, aus dem öffentlichen sowie dem privaten Sektor weniger als Personen ohne Migrationshintergrund.
- Die Teilnahme an den Jugendratswahlen wirkt sich vor allem in Düsseldorf positiv auf das politische Interesse der Befragten aus.

Auch innerhalb der Dimension der Maßnahmen- und Themeneinschätzung konnten interessante Ergebnisse gewonnen werden. In der Untersuchung der vier Hypothesen konnten folgende zentrale Ergebnisse gewonnen werden:

- Wenn Jugendliche von anderen Jugendlichen zur Förderung des politischen Interesses angesprochen werden wollen, wissen sie auch, was politische Jugendbeteiligungsangebote anbieten oder machen, etc.
- Die Stuttgarter Jugendlichen denken eher als die Düsseldorfer, dass Wahlen zum Jugendrat oder Jugendparlament das politische Interesse unter Jugendlichen fördert.
- Stuttgarter wie auch Düsseldorfer Jugendliche interessieren sich vor allem für den internationalen Politikbereich.

In der Dimension der Selbst- und Fremdschätzung wurden durch die Überprüfung der Hypothese folgende Ergebnisse hergeleitet:

- Wenn sich jugendliche Personen als politisch interessiert einschätzen, befürworten sie eine Absenkung des Wahlalters.
- Die Düsseldorfer wissen über die Arbeit in Jugendräten besser Bescheid als die Stuttgarter Jugendlichen.
- Gleichzeitig sind diejenigen, die die Arbeit der Jugendlichen in Jugendräten, Jugendparlamenten und Jugendforen einschätzen können, politisch interessierter als diese, die es nicht tun. Dabei ist der Anteil derer, die Bescheid wissen in Düsseldorf signifikant höher.

Insgesamt ist zu erkennen, dass viele der aufgestellten Hypothesen nicht bestätigt werden konnten. Vor allem der Vergleich der beiden Städte brachte keine grundlegenden Unterschiede auf, jedoch ist an den Ergebnissen ersichtlich, dass Personen mit

Migrationshintergrund in Stuttgart ein größeres Vertrauen gegenüber Institutionen, ein größeres politisches Interesse und überdurchschnittliches soziales Engagement aufzeigen. Es scheint so, dass sich hier Integrationsanstrengungen von öffentlicher Seite als lohnenswert erweisen. Dies sollte in Zukunft genauer untersucht und die genauen Gründe bzw. Voraussetzungen dafür herausgearbeitet werden. So können auch für andere Städte wie bspw. Düsseldorf Handlungsanweisungen geliefert werden, die das Zusammenleben aller Mitglieder in einer Gesellschaft positiv beeinflussen könnten.

Des Weiteren fiel in den Erhebungen auf, dass die Strukturen, vor allem der bezirksorientierte Aufbau der Jugendräte in Stuttgart, lebensnaher zu sein scheint. Die Jugendräte stehen in regem Kontakt zu den Jugendlichen aus ihrer Umgebung und das gefällt ihnen. So konnte nach den Erhebungen auch in Gesprächsrunden dieser Eindruck gewonnen werden. In Düsseldorf hingegen traten genau in solch informativen Gesprächen oftmals Beschwerden auf. Zugleich wurden die expliziten Fragen zu den Jugendbeteiligungsmöglichkeiten in Düsseldorf oftmals negativ kommentiert, so dass der Eindruck entstand, dass viele Jugendliche, vor allem diese, die an den Wahlen teilgenommen haben, sehr unzufrieden über die Arbeit des Jugendrates in Düsseldorf sind. Hier würde sich zum einen eine Umstrukturierung des Gesamtjugendrates nach dem Stuttgarter Modell der Bezirksjugendräte, sowie eine PR-Offensive empfehlen, mit der die Arbeit offen gelegt und anderen Jugendlichen näher gebracht wird. Als weiterer Baustein gilt die Arbeit in Bezug zu anderen Beteiligungsmöglichkeiten. Wie oben erwähnt, scheinen Jugendräte vor allem Jugendliche aus Gymnasien und Realschüler anzusprechen. Doch auch Förder-, Haupt- und Berufsschüler wollen das Gefühl bekommen, an Entscheidungen teilzuhaben. Für diese Gruppen müssen aber andere, am besten offene oder projektbezogene Formen angeboten werden. In dem von Möller vorgeschlagenen Partizipationsmix können so auch bildungsferne Jugendliche angesprochen und zur Teilnahme ermutigt werden. So kann insgesamt eine breitere Masse an Jugendlichen erreicht werden, die dann ein größeres Interesse an politischen Willensbildungsprozessen entwickeln. Um das genau zu überprüfen, sind weitere zentrale Untersuchungen dienlich, die die Qualität der Arbeit der Jugendräte und den Einfluss der Jugendräte bzw. der anderen politischen Jugendbeteiligungsangebote auf das politische Interesse von Jugendlichen misst. Auch wenn nun keine signifikanten Unterschiede zwischen Stuttgart und Düsseldorf beim politischen Interesse und beim politischen oder sozialen Engagement bestehen, sollte sich Düsseldorf an Stuttgart als Vorbild politischer Jugendpartizipation orientieren.

Der Partizipationsmix wäre der Schritt in die richtige Richtung. Doch auch in Stuttgart gibt es Optimierungsmöglichkeiten, so dass das politische Interesse Jugendlicher weiter gefördert wird. Zum einen wäre die Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre wie in Nordrhein-Westfalen ein erster Gedankenschritt, um Partizipation von Jugendlichen

auch bei Kommunalwahlen für die Jugendlichen greifbarer zu machen. In dieser Arbeit wurde kaum auf die Untersuchung des kommunalen Wahlrechts eingegangen, weil die letzten Kommunalwahlen in Düsseldorf im Jahre 2004 stattgefunden und somit auf die befragten Jugendlichen, außer auf die über 21-Jährigen, bisher keinen oder kaum Einfluss ausüben konnten. Eine Untersuchung des politischen Interesses der befragten Jugendlichen im Superwahljahr 2009 direkt nach den Kommunalwahlen wäre hier von besonderem Interesse.

Anhand der Antworten in dieser Untersuchung wäre eine umfangreichere Öffentlichkeitsarbeit durch Jugendräte in den Schulen anhand von Filmen mit leicht verständlicher Sprache vorteilhaft. Jugendliche, die lediglich offene Beteiligungsformen und nicht die konventionelle Form wie einen Jugendrat bevorzugen, sollten hiermit auch für andere Projekte angesprochen werden. Jeder einzelne Jugendliche, der dadurch ermutigt wird, sich für Politik zu interessieren und daran teilzuhaben und dies schließlich tut, wäre so das Ergebnis der umfangreichen Arbeit. Die positiven Folgen für die einzelnen Personen und die gesamte Gesellschaft wurden im theoretischen Teil bereits ausführlich erläutert und müssen hier nicht mehr angegeben werden. Wichtig ist nur, dass die Jugendlichen von erwachsenen Personen geführt werden und wissenschaftliche Untersuchungen diese Angebote stets ergebnisorientiert untersuchen. So werden gute Voraussetzungen für Kinder- und Jugendbeteiligung geschaffen und die Qualität dieser Angebote kontinuierlich weiter verbessert, um den nachfolgenden Generationen nachhaltig Beteiligung in deren Lebenswelt möglich zu machen.

8. Literatur

Achatz, Juliane/Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/Kleinert, Corinna/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de (2000): *Forschungsleitende Perspektiven und Konzept des Jugendsurveys*. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen. S. 11 – 32

Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf (2008): *Die städtischen Schulen und deren Schüler in den Stadtbezirken und Stadtteilen am Jahresende 2007 & Die Schüler an den städtischen Schulen nach Wohnort, besuchter Schulform und Nationalität am Jahresende 2007*. Quelle: Schulverwaltungsamt.

Amt für Statistik und Wahlen, Landeshauptstadt Düsseldorf (2008): *Extrakt aus Projekt-Konzept: Junior-Wahlen – In Zukunft mit uns. Wir wollen Mitwirkung mit Wirkung*. Düsseldorf.

Bach, Johannes (2001): *Möglichkeiten politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel des Jugendrats der Stadt Cham*. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München, S. 176 – 200

Berger, Gundel (2007): *Rechtlicher Rahmen für die Mitwirkung in der Kommune*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh, S. 115 – 130

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): *Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*. Gütersloh.

Bruner, Claudia/Winklhofer, Ursula/Zinser, Claudia (Deutsches Jugendinstitut e.V.) (Hrsg.) (1999): *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung*. München.

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): *Zum gesellschaftlichen Standort von Kinder- und Jugendforen. Eine erste Orientierung*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln. S. 19 – 33

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): *Zwischen Partizipation und Mitbestimmung*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln, S. 171 – 190

Burdewick, Ingrid (2003): *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Bonn.

Debiel, Stefanie (2001): *(Sozial-) Pädagogische Positionsmarkierung von Partizipation*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln, S. 34 – 55

Deth, Jan W. van (2000): *Das Leben, nicht die Politik ist wichtig*. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): *Demokratie und Partizipation*. Wiesbaden. S. 115 – 135

Diekmann, Andreas (2002): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg.

Fatke, Reinhard (2007): *Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs*. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh. S. 19 – 38

Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut/Meinhold-Henschel, Sigrid/Biebricher, Martin (2006): *Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/2006, S. 25 – 32

Fuchs, Dieter (1995): Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase. In: Klingemann, Hans-Dieter/Erbring, Lutz/Diederich, Nils (Hrsg.): *Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990*. Opladen. S. 135 – 147

Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (2006b): *Gesellschaftliche und politische Beteiligung*. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (Hrsg.): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Wiesbaden. S. 213 – 275

Gernbauer, Karolin (2008): *Geleitwort – Beteiligung von Jugendlichen als politische Herausforderung*. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.): *Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel*. Wiesbaden. S. 17 – 22

Geschäftsordnung des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf. In: *Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorfer Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007*.

Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de (2000): *Politische Orientierungen*. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen. S. 205 – 266

Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (2006a): *Vorwort*. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (Hrsg.): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Wiesbaden. S. 7 – 8

Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de(2006b): *Einleitung*. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/Rijke, Johann de (Hrsg.): *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Wiesbaden. S. 9 – 22

Godeweth-Pollmann, Thelse (2007): *Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern?* Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.) durch die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität. Düsseldorf

Hauptamt der Stadt Fellbach, Organisationsabteilung Ingo Hubl (2008): *Fellbach in Zahlen. ‚Stadtistik‘*. Fellbach

Hermann, Michael C. (1998): *Institutionalisierte Jugendparlamente. Über die Beteiligungsmotivation kommunaler Akteure – Formen, Chancen und Risiken*. In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. Neuwied, Kriftel, Berlin. S. 315 – 334

Hurrelmann, Klaus (2007): *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. 9. aktualisierte Auflage. München.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (2009): *Kommunalprofil Düsseldorf, krfr. Stadt. Regierungsbezirk Düsseldorf, Gemeindetyp: Große Großstadt*. Düsseldorf.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (2009): *Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler, Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler an öffentlichen und privaten Berufskollegs*. Liste vom 15.10.2007.

Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilung Information- und Kommunikationstechnik: *Datenbank ‚Gemeindeordnung für Baden-Württemberg. In der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl S. 581). Zuletzt geändert durch Gesetze vom 01. Dezember 2005 (GBl. S. 705) und vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20)‘*.

Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser: *Beschlussvorlage zu Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen -*

Jugendratswahlen 2008; Rahmbedingungen für die Beteiligung Jugendlicher am kommunalen Geschehen in der Landeshauptstadt Stuttgart vom 19.06.2007.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt, Statistik und Informationsmanagement: *Stuttgarter Zahlenspiegel 1995 - 2008*. In: Komunis (Kommunales Informationssystem).

Maurer, Marcus (2003): *Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung*. Konstanz.

Meinhold-Henschel, Sigrid (2007): *Räume eröffnen im demokratischen Gemeinwesen*. In: Bertelsmann Stiftung: *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Bertelsmann. S. 9 – 18

Meinhold-Henschel, Sigrid (2007): *Qualitätsanforderungen an Beteiligungsvorhaben*. In: Bertelsmann Stiftung: *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Bertelsmann. S. 221 – 245

Möller, Kurt (1999): *Die Stuttgarter Jugendrat-Studie – Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt*. Stuttgart.

Möller, Kurt (2000): *Orientierungspunkte für die Qualität von Beteiligungsmodellen*. In: *neue praxis*, Heft 4/2000. S. 379 – 396

Molinski, Waldemar (2001): *Partizipation aus der Sicht der Würde von Kindern und Jugendlichen*. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München. S. 17 – 36

Moser, Sonja (2008) „Partizipation wie wir sie sehen.“ *Gesellschaftliche Beteiligung aus der Sicht von Jugendlichen*. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.): *Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel*. S. 77 – 86

Neller, Katja (2002): *Politisches Interesse*. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Martina (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Auflage. Wiesbaden. S. 489 – 494

Nieto-Tröger, Oliver/Rodoniklis, Wasilios/Weisheit, Jens/Zander, Daniel (2008): *Politisches Interesse von Jugendlichen: Eine Fallstudie in Düsseldorf*. Unveröffentlichte Projektarbeit an der Heinrich-Heine-Universität. Düsseldorf.

Nohlen, Dieter (2003): *NGO*. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. 3. Auflage. München, S. 332 – 334

Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried (2001): *Zur Aktualität von Partizipation*. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München. S. 9 – 13

Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (1998): *Veränderte Jugend – veränderte Formen der Beteiligung Jugendlicher?* In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. Neuwied. Kriffel/Berlin. S. 11 – 32

Pickel, Gert (2002): *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?* Opladen.

Richter, Ingo (2007): *Kinderrechte – normativer Rahmen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen*. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh. S. 87 – 101

Sackmann, Markus (2001): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Politik*. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München. S. 166 – 200

Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007

Spindler, Susanne (2001): *Kinder- und Jugendöffentlichkeit (Foren und Öffentlichkeit)*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln. S. 191 – 203

Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter (2001): *Die Kommune als Ort lebendiger Demokratie: Beteiligungsprojekte in Schleswig-Holstein*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln. S. 288 – 296,

Reinders, Heinz (2001): *Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen*. Opladen.

Schneekloth, Ulrich (2006): *Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme*. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*. Bonn. S. 103 – 145

Schultze, Rainer-Olaf (2007): *Partizipation*. In: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): *Kleines Lexikon der Politik*. 4. überarbeitete Auflage. München. S. 398 – 400

Schwarz, Thomas (2004): *Die räumliche Gliederung Stuttgarts in Stadtbezirke und Stadtteile*. In: Komunis (Kommunales Informationssystem). Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt. Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2004

Vilmar, Fritz (1986): *Partizipation*. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): *Handlexikon zur Politikwissenschaft*. Bonn, S. 339 – 344

Wahlordnung für die Wahl des Jugendrates in der Landeshauptstadt Düsseldorf. In: Satzung Düsseldorf Jugendrat im Düsseldorf Amtsblatt, Amtliche Bekanntmachungen Nr. 26/27, 61. Jahrgang vom 7. Juli 2007

Zinser, Claudia (2001): *Erfahrungen mit Modellen gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der BRD*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne: *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder, Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Köln. S. 305 – 322

Zinser, Claudia (2001): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune*. In: Oerter, Rolf/Höfling, Siegfried: *Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*. München, S. 145 – 165

8.1 Internetquellen

- www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-9F1D25CC/bst/Partizipationsspirale_neu.pdf; eingesehen am 21.12.2008
- www.buergerliches-gesetzbuch.info/_buch/bgb.htm; eingesehen am 19.01.2009
- www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg_03.html; eingesehen am 15.01.2009

- www.duesseldorf.de/bv/index.shtml, eingesehen 12.01.2009
- www.duesseldorf.de/presse/pld/d2007/d2007_10/d2007_; eingesehen am 13.12.2008
- www.kinderrechte.gv.at; eingesehen am 03.01.2009
- www.komunis.de; eingesehen am 03.02.2009
- www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp; eingesehen am 26.01.2009
- www.prcenter.de/Stellenmarkt-weniger-Arbeitslose-in-Duesseldorf-als-2007.27158.html; eingesehen am 09.01.2009

8.1 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die Partizipationsspirale der Bertelsmann Stiftung.....	S. 17
Abb. 2: Landeshauptstadt Düsseldorf - Bezirke und Stadtteile.....	S. 33
Abb. 3: Landeshauptstadt Stuttgart - Stadt- und Jugendratsbezirke.....	S. 33
Abb. 4: Verteilung der Schüler in Düsseldorf und Stuttgart Ende 2008.....	S. 35
Abb. 5: Organe der Stadt Stuttgart und die Position des Jugendrates.....	S. 42
Abb. 6: Verteilung der Schüleranzahl nach Schulform und Stadt.....	S. 51
Abb. 7: Häufigkeitsauszählung der befragten Schüler nach Alter.....	S. 52
Abb. 8: Aufteilung der befragten Personen nach Migrationshintergrund und Stadt...	S. 53
Abb. 9: Codierung der Frage 1.....	S. 70
Abb. 10: Codierung der Frage 14.....	S. 71
Abb. 11: Codierung der Frage 18.....	S. 71
Abb. 12: Kreuztabelle nach Umcodierung der Variablen Wahlabsicht in tatsächliche..... Wahlabsicht der Befragten mit Aufteilung nach Stadt.....	S.72
Abb. 13: Kreuztabelle nach Umcodierung der Variablen politisches Interesse in drei Ausprägungen und Aufteilung nach Stadt.....	S. 73
Abb. 14: T-Test: Gruppenstatistiken mittleres Alter der Befragten in der jeweiligen	S. 74
Abb. 15: Politisches Interesse der weiblichen und männlichen Jugendlichen in..... und Stuttgart.....	S. 75
Abb. 16: Antworten zur Frage nach den am besten geeigneten Personen, die Jugendliche für politische Themen begeistern können.....	S. 76
Abb. 17: Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre.....	S. 77
Abb. 18: Sozial engagierte Jugendliche nach Geschlecht in Düsseldorf und Stuttgart....	S. 82
Abb. 19: Soziales Engagement nach Geschlecht in Düsseldorf und Stuttgart.....	S. 83
Abb. 20: Potentielle Wahlbeteiligung der Befragten.....	S. 87
Abb. 21: Politisches Interesse der Personen mit Migrationshintergrund.....	S. 90